

39/40 1991

Einheit leben
**Gemeinsam gestalten wir
Deutschlands Zukunft
in Freiheit**

CDU
II

**2. Parteitag
der CDU
Deutschlands**

14. bis 17. Dezember 1991
in Dresden

● mit dem
Dresdner Manifest
(Grüner Teil)

● und Berichten
aus den 6 Foren
(UiD extra)



Helmut Kohl:
 „Ich finde überhaupt, daß — trotz aller Probleme — die deutsche Einheit eine Riesenchance eröffnet: daß so etwas wie Aufbruchstimmung herrscht; daß wir ausgetretene Pfade verlassen können, um etwas Neues zu tun, was noch nicht dagewesen ist, daß wir uns wieder etwas zutrauen, daß wir sagen: Wir packen es und wir schaffen es.“



Angela Merkel und Christine Lieberknecht mit großer Mehrheit gewählt

Nachwahl des stellvertretenden Vorsitzenden und eines weiteren Mitglieds des Präsidiums

● Ergebnis der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden:

Vorschlag: **Angela Merkel.**

Abgegebene Stimmen 752, ungültige Stimmen 1, Enthaltungen 32; ergibt gültige Stimmen 719. Die erforderliche Mehrheit beträgt 360 Stimmen.

Es wurden abgegeben: Ja-Stimmen 621; das entspricht 86,4 Prozent.

● Ergebnis der Nachwahl zum Präsidium:

Vorschlag: **Christine Lieberknecht.**

Abgegebene Stimmen 751, ungültige Stimmen 2, Enthaltungen 17; gültige Stimmen 732. Die erforderliche Mehrheit beträgt 367 Stimmen.

Es wurden abgegeben: Ja-Stimmen 694; das entspricht 94,8 Prozent.

Beide gewählte Damen haben die Wahl angenommen.

Helmut Kohl: Wir werden auf diesem Parteitag die Schwerpunkte unserer Politik festlegen

Ich begrüße von den ausländischen Gästen sehr herzlich den Vorsitzenden unserer europäischen Volkspartei, den belgischen Ministerpräsidenten, unseren Freund **Wilfried Martens**.

Lieber Wilfried, sei herzlich willkommen. Ich will gern einmal vor dem Forum unserer Partei sagen, wie sehr Du uns geholfen hast. Auf dem Weg zur deutschen Einheit war der belgische Ministerpräsident ein treuer Freund und Unterstützer, und in den schwierigen Verhandlungen auf dem Weg zum geeinten Europa in diesen Tagen in Maastricht war das wieder so.

Ich grüße sehr herzlich unseren Freund, den schwedischen Ministerpräsidenten **Carl Bildt**.

Er ist seit Jahrzehnten — man sieht ihm das nicht an — ein guter Freund der Jungen Union, des Rings Christlich Demokratischer Studenten und unserer Partei. Wir freuen uns über seinen Wahlsieg. Wir freuen uns vor allem darüber, liebe Freunde, daß wir — wie ich denke — 1995 Schweden unter seiner Führung in der Europäischen Gemeinschaft begrüßen können.

Ich begrüße sehr herzlich unseren alten Freund, den Vorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union, unseren Freund **Alois Mock**, den Außenminister der Republik Österreich.

Lieber Alois, herzlichen Dank für Dein Kommen und auch für die Freundschaft, die Du uns oft erwiesen hast. Herzlichen Dank — das sage ich gerade in dieser wichtigen Woche im Blick auf ein bestimmtes Ereignis — für Deinen

Kampf für die Menschenrechte in der Nachbarschaft, in Kroatien, in Jugoslawien.

Ich begrüße ganz herzlich **Jan Bielecki**. Lieber Freund Bielecki, ich bedanke mich bei Ihnen, dem Chef des Liberal-Demokratischen Kongresses, vor allem auch dafür, was an Gemeinsamkeit in

Aus der Eröffnungsrede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl

Ihrer Zeit als Ministerpräsident möglich war. Wir werden nachher Bischof Nossol hören. Wir alle wissen — und das wurde auch heute morgen im Gottesdienst drüben in der Kathedrale deutlich: Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen ist eine Voraussetzung für den Frieden in Europa. Ohne die wirkliche Aussöhnung gibt es keinen Frieden in Europa.

Liebe Freunde, auf diesem Parteitag in Dresden erinnere ich mich — und sicherlich mit mir viele — noch an den Tag vor fast zwei Jahren — am Donnerstag wären es genau zwei Jahre —, an die bewegende abendliche Kundgebung vor der Ruine der Frauenkirche. Nicht nur mir hat sich jener 19. Dezember 1989 tief eingepreßt.

Die Botschaft von Dresden ging damals um die Welt. Nicht nur ich, sondern viele andere werden nie das Meer von deutschen und sächsischen Fahnen und die vielen Spruchbänder „Deutschland, einig

Vaterland“ und „Wir sind ein Volk“ vergessen.

Ich habe damals in meiner Rede gesagt: „Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt, die Einheit unserer Nation.“ Und ich habe hinzugefügt: „... ich weiß, daß wir dieses Ziel erreichen können.“ Liebe Freunde, wir können gemeinsam stolz sein auf das, was wir inzwischen erreicht haben.

Selbst die kühnsten Optimisten unter uns hätten sich damals nicht träumen lassen, daß wir heute, zwei Jahre später, den 2. Parteitag der vereinten CDU Deutschlands in einem neuen Bundesland, hier in Dresden abhalten würden.

Und deswegen, finde ich, ist es mehr als symbolisch, daß ich genau an diesem Punkt Lothar de Maizière begrüße.

Lieber Lothar de Maizière, wir alle wissen um Ihren Beitrag auf dem Weg zur deutschen Einheit in einer Zeit ungewöhnlicher Herausforderungen, schwierigster Probleme. Der Parteitag hat es bezeugt, und ich will es noch einmal wiederholen: Wir danken Ihnen sehr, sehr herzlich für diesen Dienst an unserem Vaterland.

Wie hier in Dresden, sind vor zwei Jahren in vielen Städten und Regionen der damaligen DDR die Menschen zu Zehntausenden auf die Straße gegangen. Sie haben sich gegen die Unterdrückung durch das SED-Regime aufgelehnt. Mit mutigem Eintreten für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung gehörten sie ganz entscheidend zu den Wegbereitern der deutschen Einheit.

Ende 1989 gab es sicherlich kaum jemanden, der vorhergesagt hätte, daß weniger als ein Jahr später die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen stattfinden würden. Und wer sich die Prognosen jener Zeit noch einmal vergegenwärtigt, der

weiß: Es hat auch niemand erwartet, daß die Wähler CDU und CSU als eindeutige Sieger bestimmen würden.

Wir haben seit dem letzten Parteitag am 1. und 2. Oktober 1990 in Hamburg in zehn Landesverbänden Wahlkämpfe zu bestehen gehabt. In fünf dieser zehn Länder stellen wir den Bürgermeister bzw. den Ministerpräsidenten. Wie hier in Sachsen, gehören in vier der fünf neuen Bundesländer die Ministerpräsidenten der CDU an.

Wir haben in Hessen denkbar knapp verloren, und schmerzlich war für uns auch die Niederlage und vor allem der Verlust der Regierungsverantwortung in meinem Heimatland, in Rheinland-Pfalz.

Gerade in jüngster Zeit haben wir aber auch höchst erfreuliche Erfolge erzielt. Unsere Parteifreunde in Bremen haben mit Ulrich Noelle und Bernd Neumann an der Spitze bei der Bürgerschaftswahl ein gutes Ergebnis erzielt.

Liebe Freunde, wir stehen jetzt vor zwei wichtigen Landtagswahlen am 5. April 1992. Unsere Freunde in Baden-Württemberg leisten hervorragende Arbeit. Alle, auch alle in der Bundespartei, müssen sich in diesem Wahlkampf engagieren, damit wir dort die Mehrheit halten und damit Erwin Teufel Ministerpräsident von Baden-Württemberg bleibt.

Ebenso kämpfen wir mit Ottfried Hennig und unseren Freunden in Schleswig-Holstein. Wir wissen, daß sie vor einer besonders schwierigen Aufgabe stehen, und wir wissen, daß Ottfried Hennig der richtige Mann ist, die Probleme zu lösen. Wir wünschen ihm nicht nur Glück. Wir werden ihn mit all unserer Kraft unterstützen, damit wir auch dort ein großartiges Ergebnis erzielen.

Liebe Freunde! Dieser Parteitag steht unter dem Motto „Einheit leben“. Wir wollen die Vollendung

Wir wollen noch bestehende Mauern und trennende Grenzen abbauen

Wir müssen endlich alles unternehmen, was in Europa zum Übergang vom Leben nebeneinander oder gar gegeneinander zu einem Miteinander und Füreinander führt.

Wenn dies geschehen soll, muß selbstverständlich das Recht des anderen auf seine Eigenart, auf seine Identität gewahrt werden. Er muß so angenommen werden, wie uns alle Christus schon zuvor angenommen und mit sich versöhnt hat.

Wobei der Westen von den christlichen Erfahrungen des Ostens durchaus auch so manches zu übernehmen hätte, und zwar im Sinne der Hervorhebung von Johannes Paul II: Beide Gestalten unseres Glaubens bilden eben zwei Lungenhälften, und den Kirchen gebührt es, mit beiden zu atmen anzufangen.

Das, was gegenseitig zu übernehmen ist, darf selbstverständlich nicht geschluckt werden. Es muß verdaut, verarbeitet werden. Wir müssen es uns

aneignen, weil es uns gegenseitig bereichert und uns allen hilft, noch mehr, noch weit mehr Mensch zu werden.

Zu gedenken sei auch der ethnischen, nationalen und religiösen Minderheiten sowie der Gastarbeiter und Asylanten und aller anderen Menschen in

Aus dem geistlichen Grußwort des Bischofs von Oppeln (Polen), Alfons Nossol

Not. Im gemeinsamen Haus Europa, einem Europa der Regionen, sollte es dann auch keine Heimatlosen und Heimatvertriebenen mehr geben.

Seitdem sich verschlossene Türen aufgetan haben, trennende Mauern niederbrachen und uns allen mehr Freiheit, Wahrheit und auch Liebe gegeben ist, besteht auch eine neue Hoffnung und ein neuer Trost für die Zukunft Europas und der Welt.

der inneren Einheit Deutschlands weit über die ökonomischen und sozialen Fragen hinaus, die gelöst werden müssen. Wir wollen die innere Einheit Deutschlands, und wir wollen die Einheit Europas verwirklichen. Das ist zugleich immer ein Beitrag für Frieden in der Welt. Das ist Thema unseres Parteitag hier in Dresden.

Es geht um die innere Einheit der Partei und um die Einheit unseres Volkes, und dazu sind offene Gespräche und Diskus-

sionen notwendig — in einer Weise, daß wir Verständnis füreinander zeigen, nicht, indem wir Dinge verschweigen, sondern indem wir sie offen ansprechen, aber aus dem selbstverständlichen Geist des Miteinanders der Christlich Demokratischen Union, und darum bitte ich Sie sehr herzlich.

Wir werden auf diesem Parteitag die Schwerpunkte unserer Politik festlegen und die Aufgaben benennen, die wir auch im kommenden Jahr lösen wollen. ■

Gemeinsam werden wir den Weg in die deutsche Zukunft schaffen

Es ist eine große Ehre für Dresden, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands als Tagungsort für ihren 2. Parteitag unsere Stadt ausgewählt hat. Im Namen der Dresdner grüße ich alle Delegierten und alle Gäste aus dem In- und Ausland recht herzlich und heiße sie in unserer Stadt willkommen. Sie erweisen einer Stadt die Reverenz, in der sich die friedliche Revolution besonders früh und besonders machtvoll entfaltet hat.

Hier und heute rufen wir Dresdner Ihnen zu, Herr Bundeskanzler: Jawohl, wir sind auf einem schwierigen Weg. Jawohl, wir sind auf einem schwierigeren Weg, als manche erst dachten. Aber Sie, Herr Bundeskanzler, haben dies von Anfang an gesagt, und deshalb brauchen Sie von Ihrer Dresdner Rede kein einziges Wort zurückzunehmen.

Wir alle haben die Ärmel hochgekrem-pelt. Wir alle nutzen unsere neu gewonnene Freiheit. Wir alle arbeiten hart daran, den gewaltigen Probleberg abzutragen, den uns das SED-Regime hinterlassen hat: eine wettbewerbsunfähige Wirtschaft, eine zerstörte Umwelt, eine ruinierte Bausubstanz.

Zahlreiche Wohnungen in dieser Stadt sind baufällig oder grundlegend erneuerungsbedürftig. 30 000 Dresdner suchen eine Wohnung. Gleichzeitig sind 27 000 Wohnungen leer, baufällig, verfallen — nach den Prinzip: Ruinen schaffen ohne Waffen, Marke DDR. Das ist die katastrophale Erblast, die wir übernommen haben.

Nun werden einige von Ihnen sagen: Warum privatisiert ihr denn nicht? Dieser Rat ist leichter gegeben als ausgeführt. Sehr gern wollen wir privatisieren. Aber wer kauft diese heruntergekommene Bausubstanz und wer kann sofort diese ungeheure Sanierungssumme aufbringen, ohne die Mieter auf einen Schlag zu sehr zu belasten? Wenn Sie sich die Bausubstanz ansehen, werden Sie sich fragen: Was ist denn davon privatisierungsfähig? Was kann man zu Eigentumswohnungen machen?

Von den 240 000 Wohnungen in der Stadt — die Hälfte davon im kommunalen

Aus dem Grußwort des Dresdner Oberbürgermeisters Herbert Wagner

Bestand — sind, so schätzen wir, maximal 30 000 bis 40 000 vom technischen Zustand und von der Anlage her privatisierungsfähig. Von den Großplattenbauten ist grundsätzlich — wenn überhaupt — nur ein geringer Teil privatisierungsfähig.

Man fragt uns weiter: Warum stellt ihr dann nicht Flächen für den Wohnungsneubau zur Verfügung? Das versuchen wir natürlich händeringend. Aber ein schlichtweg gigantisches Hindernis bilden die ungeklärten Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden. Allein im Dresdner Vermögensamt zur Regelung offener Vermögensfragen werden 40 000 Restitutionsansprüche bearbeitet. Wenn sie bei uns bearbeitet worden sind, wer-

den sie von den Gerichten weiterbearbeitet.

Das in 40 Jahren allmählich wachsende bundesdeutsche Recht ist oft noch viel zu kompliziert, um hier im Osten vernünftig zum Tragen zu kommen.

Doch trotz aller Schwierigkeiten geht es sichtbar voran. In Dresden ist das erste nach der Wende geplante Wohngebiet im Bau, ein Wohngebiet, in dem zuerst die Versorgungseinrichtungen und dann die Wohnungen erstellt werden, in dem nicht mehr mit den Großplatten, sondern in Ziegelbauweise gebaut wird. Es ist das erste Wohngebiet, in dem die Wärmeversorgung mit dem umweltfreundlichen Erdgas erfolgen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich eines klarstellen. Auch wenn Ihnen manch einer immer wieder etwas anderes sagen will, manch einer, der von Anfang an gegen die deutsche Einheit war: Wir hier im Osten sind für die Hilfe aus dem Westen zutiefst dankbar, für die finanzielle Hilfe, für die ideelle Hilfe, für die materielle Hilfe und für die personelle Hilfe. Dafür sind wir hier zutiefst dankbar.

Die Hilfe aus dem Westen trifft hier im Osten auf hochmotivierte Menschen, auf äußerst leistungsbe-reite Menschen, die in ihrer Lern- und Anpassungsfähigkeit bis an die Grenze des Möglichen gefordert sind. Dies erklärt so manche Turbulenzen hier.

Bei uns spielt sich Geschichte im Zeitraffer ab. Was in den westlichen Bundesländern in 40 Jahren wachsen konnte — und das war wahrlich auch kein Schnecken-tempo —, das will hier oft in wenigen Monaten geschafft sein. An einem geschichtlichen Aufbauwerk mitzuwirken, das bringt erhebliche Mühen mit sich, das schafft aber auch Begeisterung.

Der Funke dieser Begeisterung ist übersprungen auf unsere westdeutschen Helfer, die hier oft bis zur Erschöpfung arbeiten. Trotz des oftmals geringen Wohnkomforts, trotz der weiten Entfernung zu Elternhaus und Freunden, wer von den jungen Menschen aus den Alt-bundesländern Pioniergeist besitzt und wer das Glücksgefühl erleben möchte, schwierigste Situationen überwunden zu haben, dem kann ich nur raten: Go east.

Gerade jetzt bieten sich für junge Menschen hier im Osten, in den neuen Bundesländern, enorme Aufstiegschancen, besonders für die dringend benötigten guten Juristen.

Am Rande sei bemerkt: So manch einer dieser jungen Helfer hat hier nicht nur enorm viel Arbeit vorgefunden, sondern inzwischen auch einen Partner fürs Leben gefunden, obwohl wir uns hier nicht in erster Linie als Ehevermittlungsinstitut verstehen.

Aber nicht nur für die jungen Menschen, die aus den alten Bundesländern zu uns kommen, sind wir dankbar, sondern auch für die geistig Junggebliebenen auf der Höhe ihrer Schaffenskraft. So kam Kurt Biedenkopf Anfang 1990 nach Leipzig, um Vorlesungen über Soziale Marktwirtschaft zu halten — nicht mehr.

Nach einem Dreivierteljahr wählten ihn die Sachsen zum Ministerpräsidenten, und vorigen Woche wählte ihn die sächsische CDU zum Landesvorsitzenden.

Zeiten des Aufbruchs sind Zeiten der Chancen.

Fast auf den Tag genau zwei Jahre nach der unvergessenen Rede des Bundeskanzlers vor der Ruine der Frauenkirche wünschen wir Dresdner Ihnen allen ein gutes Gelingen des Parteitages und zukunftsweisende Beschlüsse zum Wohle unseres Vaterlandes. ■

Brückenschlag zwischen Ost und West und ein Stück Wiederbelebung Mitteleuropas

Wir sind im letzten Jahr von vielen gefragt worden, was denn die Deutschen in Ostdeutschland in dieses geeinte Deutschland mitbringen oder ob sie nur Nehmende seien. Wir bringen viel ein, nicht nur den Reichtum der Geschichte, der Kultur, der Landschaften, wir bringen vor allem uns selbst ein.

Im Dresdner Manifest heißt es nach dem Wort von Lothar de Maizière, daß man die Teilung durch Teilen überwinden muß. Viele sehen unter diesem Begriff nur die finanzielle Seite. Das ist aber gar nicht das Entscheidende.

Das Entscheidende ist, daß wir — das wünschen wir uns auch von diesem Parteitag — unsere Erfahrung, unsere Geschichte, unsere Vergangenheit, unsere Freuden und unsere Leiden in der Vergangenheit miteinander teilen und auf diese Weise uns gegenseitig erfahren.

Hier haben die Menschen, die als Folge des Zweiten Weltkriegs hier leben mußten und die nicht das Glück hatten, auf der anderen Seite von Mauer und Stacheldraht in Freiheit leben zu können, eine ganze Menge eigene Erfahrungen mitzubringen:

Sie bringen mit das Wissen darum, wieviel Kraft man hat, wenn man die Angst überwindet und an sich selbst glaubt. Diese Kraft werden wir auch in Zukunft brauchen; denn die Aufgaben, die uns gestellt sind, sind groß.

Wir bringen mit eine ganz bestimmte Erfahrung mit politischer Zusammenar-

beit: die Erfahrung der Runden Tische, die Erfahrung, daß es möglich ist, auch dann, wenn man im Wettbewerb miteinander steht, in einem Dialog miteinander zu verbleiben.

Wir bringen mit die Beziehungen, das Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten. Bischof Nossol hat davon gesprochen. Dieser Teil Deutschlands — das gilt für alle ostdeutschen Bundesländer — ist in besonderer Weise aufgerufen, am Brückenschlag zwischen West und Ost mitzuwirken — das ist ein eigenständiges

Aus dem Grußwort des Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen, Ministerpräsident Kurt Biedenkopf

Mitwirken — und damit auch an einem Stück Wiederbelebung Mitteleuropas.

Wir wollen mithelfen — und wir erhoffen uns von diesem Parteitag Unterstützung — bei dem Ebnen des Weges unserer östlichen und südöstlichen Nachbarn in die Europäische Gemeinschaft. Wir wissen um die Hoffnungen, die die Tschechen und die Polen mit der Europäischen Union verbinden. Wir haben deshalb von Anfang an zur gemeinsamen Arbeit in einer Euroregion Böhmen-Sachsen-Schlesien eingeladen, um auf diese Weise die drei Industrieräume, die früher wie selbstverständlich miteinander verbunden waren, wieder zusammenzuführen und der Entstehung einer neuen Mauer, nämlich einer Mauer des Wohlstandes gegen die Not vorzubeugen.

Helmut Kohl: Wir sind und bleiben die Partei der deutschen Einheit

Zum ersten Mal halten wir einen Bundesparteitag hier in Sachsen ab, und es ist das erste Mal, daß wir nach der Überwindung der Teilung in einem der neuen Bundesländer — ich sagte es bei der Begrüßung — zusammenkommen können. So demonstrieren wir ganz einfach das, was für die Partei Konrad Adenauers, Jakob Kaisers, von Andreas Hermes und von Hermann Ehlers immer selbstverständlich war: Wir sind und bleiben die Partei der deutschen Einheit.

In den Tagen und Wochen nach dem Fall der Mauer bot sich uns Deutschen eine einmalige Chance: die Chance — und das ist einmalig in der Geschichte —, ohne Krieg und ohne Blutvergießen, mit der Zustimmung all unserer Nachbarn die Einheit des Landes zu gewinnen.

Wir haben diese Chance genutzt. Wir waren nicht allein, und auch in dieser Stunde soll das nicht vergessen werden: In Ost und West haben uns viele geholfen. Ich nenne genauso George Bush wie Michail Gorbatschow — gerade jetzt und heute.

Aber der Erfolg war auch — und dies dürfen wir bei aller Bescheidenheit sagen — ein Erfolg einer beharrlichen und konsequenten Außen- und Deutschlandpolitik, vor allem seit dem Ende des Jahres 1982.

Liebe Freunde, ich will nicht nachkarten: Aber wenn wir über die Geschichte der deutschen Einheit sprechen, müssen wir darüber sprechen, daß der Ausgangspunkt für diese einmalige Chance in der

Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses bestand. Ohne diese Entscheidung hätte es diesen Weg nicht gegeben! Es hätte damals sehr leicht zu einer Erosion der NATO kommen können, und ich weiß, nicht zuletzt von Michail Gorbatschow, daß die Stabilisierung der NATO eine entscheidende Voraussetzung für die Einleitung der Perestroika war.

Beides gehört zusammen: die Standfestigkeit unserer Landsleute damals hier in der ehemaligen DDR, in den jetzigen neuen Bundesländern, die revolutionäre Aufbruchstimmung und das mutige Handeln der Solidarnosc in Polen, der Menschen in Ungarn und anderswo, aber auch die Bereitschaft der Deutschen

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl

unter Führung der Union in der alten Bundesrepublik, zur Freiheitsidee des Westens zu stehen.

An manchen Tagen ist es schon wie in einem Traum, und es geschieht soviel, daß viele von uns es kaum mehr wahrnehmen — ich nehme mich dabei nicht aus. Die nuklearen Kurzstreckenwaffen in Europa werden um 80 Prozent verringert. Wer das vor drei, vier, fünf Jahren auf einem Parteitag der CDU als Ziel verkündet hätte, wäre ausgelacht worden; das hat doch niemand für möglich gehalten. Wir haben gesagt: „Frieden schaffen mit weniger Waffen“, und wir konnten unser Wort einlösen. Dafür sind wir dankbar.

Liebe Freunde, wir haben auch an der anderen entscheidenden Weichenstellung einen wesentlichen Anteil — im Sinne der Präambel unserer Verfassung —, die deutsche Einheit zu vollenden und einen Beitrag zur politischen Einigung Europas zu leisten.

Das war immer unsere Politik seit den Zeiten Konrad Adenauers. Und das, was letzte Woche in Maastricht erreicht wurde, ist — bei allen Mängeln in diesem oder jenem Punkt — der Durchbruch in Europa. Man muß sich klarmachen, man muß sich wirklich klarmachen, was es heißt, daß es im Jahre 1997 oder 1999 — das spielt gar keine Rolle — in Europa nicht nur den großen Binnenmarkt geben wird, von Stockholm bis nach Edinburgh, von Dublin bis Rom, von Paris bis Lissabon, sondern daß es auch eine gemeinsame Währung geben wird und daß es — ungeachtet manchen Denkens in welchen Bürokratenstuben in Europa auch immer — das politische Europa natürlich auch geben wird; das eine formt das andere ganz zwangsläufig. Und am Ende dieses Jahrhunderts — ob drei Jahre oder ein Jahr vor der Jahrhundertwende — wird es für jeden ein für allemal offenbar sein: In diesem alten Kontinent wird es keinen Bruderkrieg untereinander mehr geben. Das ist doch die Botschaft, die wir jetzt verkünden können!

Ich habe den Wunsch und die Bitte an Sie alle — weil doch in vielen unserer Diskussionen danach gefragt wird: Haben wir eigentlich Visionen? — die Gegenfrage zu stellen: liebe Freunde, gibt es eine größere Vision als Freiheit und Frieden und Einheit für diesen alten, ewig jungen Kontinent? Das ist doch eine Vision, für die es sich zu arbeiten lohnt.

Und wir erleben in diesen Tagen ein anderes, ich finde, viel zu wenig beachtetes Ereignis: Wir erleben den Zusammenbruch der anderen der beiden schrecklichen Ideologien, die die Welt in diesem Jahrhundert beherrschen wollten: nach dem Faschismus-Nationalsozialismus den Zusammenbruch des Kommunismus, und zwar in einer unglaublich dramatischen Weise. Ich denke, wir müssen erkennen, daß dadurch auch im geistigen Leben Europas und Deutschlands jetzt ein Vakuum entstehen kann, das uns besonders fordert; ich will gleich darüber sprechen.

Die Kommunisten haben nie verstanden, daß der Mensch die Achtung seiner Würde braucht wie die Luft zum Atmen, daß er Freiheit braucht. Jetzt ist auch dort, wo früher der Kommunismus herrschte, die Chance der Freiheit da, und es gilt, sie zu nutzen.

Im November 1989 habe ich im Bundestag in meiner Rede zu den zehn Punkten gesagt: „Die Wiedervereinigung, d. h., die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“ Ich karte nicht nach, aber man wird nach zwei Jahren wenigstens darauf hinweisen dürfen. Es gilt ja heute als wenig vornehm, auf solche Zitate hinzuweisen. Ich will jetzt bewußt nicht so vornehm sein, sondern einfach daran erinnern, wie das war. Und zwar vor allem deswegen, weil die Gleichen, die damals die falschen Ratschläge gaben, jetzt wieder falsche Ratschläge geben. Und wir haben doch die Lebenserfahrung gemacht — jedenfalls im privaten Leben — daß wir den Ratgebern nicht folgen sollten, die immer das Falsche raten.

Deswegen will ich doch daran erinnern, daß nicht irgendwann, sondern noch im

Oktober 1989 kurz vor dem Fall der Mauer, der damalige Vorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, von der „Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes“ gesprochen hat. Ähnlich Lafontaine und Engholm. Herr Schröder aus Niedersachsen verstieg sich sogar zu der Feststellung, die Wiedervereinigung sei „reaktionär und hochgradig gefährlich“.

Liebe Freunde, das ist der Grund — weil sie so völlig außerhalb der geschichtlichen Tatsachen und Erfahrungen lagen — weshalb sich die Sozialdemokraten im Blick zurück auf das Jahr 1989 so schwer tun und jetzt vieles veranstalten — bis hin zu Publikationen vielfältiger Art — um die Geschichte umzuformulieren — nicht so, wie sie war, sondern, wie sie sie gern gezeichnet hätten.

Deswegen ist es wichtig — und das ist ein Aufruf an uns alle —, daß wir uns darum kümmern, daß die Zeugnisse jener Tage offenbar und dokumentiert werden, damit nicht in zehn Jahren junge Studenten in den Seminaren deutscher Universitäten nur eine Darstellung bekommen, die nichts mit der Wirklichkeit von heute zu tun hat.

Und vom Grundwertepapier von SPD und SED will ich in diesem Zusammenhang schon gar nicht mehr sprechen.

Es ist einfach wahr: Viele führende deutsche Sozialdemokraten — ich sage bewußt: nicht alle — hatten das Ziel der deutschen Einheit aufgegeben und nicht mehr daran geglaubt. Sie sind in der Zeit danach — sie tun das zum Teil bis heute — durch die neuen Bundesländer gezogen und haben, statt den Menschen zu helfen, Katastrophengemälde entworfen.

Aber ich will nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch einmal von

jenen reden, die auf Grund ihrer besonderen Sensibilität eigentlich dazu berufen sein sollten, geschichtliche Vorgänge zu begreifen: Unter den Schriftstellern beispielsweise wandte sich Martin Walser als einer von wenigen im August 1989 gegen die — wie er sagte — „Gesund-sprechung des kranken Zustandes“ der deutschen Teilung. Er sagte: „Wenn du dich darum kümmerst, ... dann bist du ein Nationalist. ... Dann ist man kein Links-Intellektueller, für manche schon gar kein Intellektueller mehr.“ Ich weiß nicht, wen er im einzelnen gemeint hat, aber er könnte an Günter Grass gedacht haben, der sogar noch im Februar 1990 sagte: „Das Einheitsgebot gehört auf den Müllhaufen unserer Geschichte.“

Vieles bewußt verwischt

Wie weit hat sich doch dieser gefeierte Schriftsteller von der Wirklichkeit der Menschen in unserem Land entfernt! Nach meinem Verständnis kennzeichnet es einen Schriftsteller, daß er ein ausgeprägtes Gespür für das hat, was die Menschen bewegt. Was eigentlich müssen angesichts solcher Äußerungen Millionen empfinden, deren Sehnsucht nach Freiheit und Einheit sich endlich — nach über 40 Jahren Diktatur und Spaltung — erfüllte?

Weil die Zeit doch so schnelllebig ist und weil auch vieles bewußt verwischt wird, füge ich hinzu: Wie schäbig war doch das Verhalten von nicht wenigen im Westen, die in Freiheit lebten und dennoch zu Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl schwiegen. Heute wird jeden Tag gefordert — das ist auch richtig so —, daß vor allem die eigentlich Verantwortlichen des SED-Regimes vor Gericht gestellt werden sollen, daß nicht zugelassen wird, daß nach dem Motto verfahren wird: Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen.

Aber dafür sind eben auch beweiskräftige Unterlagen erforderlich. Ich erinnere hier an die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter, die einmal von allen Bundesländern in der Überzeugung, daß der Tag der deutschen Einheit kommen werde, eingerichtet wurde. Ich frage heute die SPD-Ministerpräsidenten des Saarlandes und von Nordrhein-Westfalen, die SPD-Bürgermeister von Bremen und Hamburg, wie sie es angesichts der auch von ihnen erhobenen Forderung nach Bestrafung der Schuldigen eigentlich rechtfertigen wollen, daß sie 1988 beschlossen haben, ihre finanzielle Unterstützung dieser Einrichtung der Bundesländer zur Dokumentation des Unrechts zu streichen.

Der SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hat diesen Schritt — Streichung der Zuschüsse — im Jahr 1989 getan — gut ein halbes Jahr, bevor Ungarn die Grenze nach Österreich für die Flüchtlinge aus der damaligen DDR öffnete.

Das alles sind schon beachtliche Armutszeugnisse, die sich so mancher ausstellte, der sich selbst gerne als moralische Instanz begreift. Liebe Freunde, ich habe diese Beispiele nicht genannt, um — ich sage es noch einmal — nachzukarten, sondern um noch einmal deutlich zu machen, daß diejenigen, die sich so verhielten und handelten, heute nicht berufen sind, sich mit Ratschlägen hervorzu-tun. Auf diese Schlußfolgerung kommt es mir an.

Ich wollte damit auch darauf hinweisen, daß vor allem sie Grund hätten, aus diesen Vorgängen und Fehlern zu lernen und daß sie die Notwendigkeit begreifen sollten, jetzt gemeinsam zu helfen, statt hier in den neuen Bundesländern durch die Lande zu ziehen und — ich sagte es

schon — die Menschen mit Katastrophenszenarien zutiefst zu verunsichern.

Liebe Freunde, niemand hat die Verwirklichung der deutschen Einheit konkret absehen können; wir nehmen das jedenfalls für uns nicht in Anspruch. Aber wahr ist auch, daß wir, wenn sich uns die Chance der deutschen Einheit zum Ende der Regierungszeit der SPD 1980 oder 1981 geboten hätte, die notwendigen materiellen Herausforderungen gar nicht hätten bewältigen können.

Wir haben damals das Ruder herumgeworfen, weil unsere Vorstellung von Sozialer Marktwirtschaft völlig anders war als die unserer Vorgänger. Das hat dem Land gutgetan. Fast vier Millionen neue Arbeitsplätze in den alten Bundesländern seit 1983 sprechen für sich. Über Jahre hinweg hat sich die finanzpolitische Situation in der alten Bundesrepublik hervorragend entwickelt. Wenn wir die deutsche Einheit nicht bekommen hätten, könnte ich heute vor Ihnen stehen und eine hervorragende Bilanz der Staatsfinanzen für die alte Bundesrepublik vorlegen. So paradox es klingt: Ich freue mich, daß ich es nicht kann!

Ich glaube, daß das, was wir für die deutsche Einheit, für die Einheit unseres Vaterlandes tun, jede Anstrengung wert ist. Jeder muß doch erkennen, daß sich die Lage bei uns und in Europa dramatisch verändert hat.

Wir haben unser Ziel, die deutsche Einheit, erreicht. Aber wir dürfen uns nicht abkapseln und so tun, als seien die deutschen Dinge das Maß allen Handelns.

Wir haben gewachsene Verantwortung in Europa und in der Welt.

Das, was Bischof Nossol hier gesagt hat, gilt nicht nur für Polen! Es gilt genauso für Ungarn, die

CSFR und für die baltischen Staaten. Man kann doch nicht die Freiheit des Baltikums bejubeln und die Menschen dort gleichzeitig allein lassen! Das wäre eine heuchlerische Politik!

Das gilt natürlich auch für die Hilfe zur Selbsthilfe für die Menschen in den Republiken der Sowjetunion. In Mittel-, Ost- und Südosteuropa sind die Menschen fasziniert vom Einigungsprozeß im Westen. Es liegt gerade auch in unserem Interesse, daß sich Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft überall auf unserem Kontinent durchsetzen. Es ist wahr: Wir sind bis an die Grenze dessen gegangen, was wir an Lasten tragen können. Ich habe diesen Weg bewußt beschritten, auch in Kenntnis der Tatsache, daß wir das alles allein nicht schultern können.

Aber wir haben ja auch Milliarden und Abermilliarden für Rüstung aufgebracht. Wenn wir in der vor uns liegenden Zeit Rüstung abbauen und die freiwerdenden Mittel in Werke des Friedens investieren können, dann ist gerade dies unsere Politik, wie wir sie immer verstanden haben.

Ich sprach mit Blick auf die dramatischen Veränderungen bereits von dem großen Ziel der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas, die jetzt Wirklichkeit wird.

Hinzu kommt: Der Ost-West-Konflikt ist überwunden. Der Nord-Süd-Konflikt tritt in den Vordergrund. Wirtschaftliches Elend, soziale Not, Armutsflichtlinge, globale Umweltzerstörung verlangen Antworten auch von den Deutschen. Auch wiederhole ich: Wir dürfen nicht zulassen, daß in der Welt die Stimmung aufkommt, die Deutschen haben ihr Ziel

erreicht; jetzt kümmern sie sich um nichts, außer um sich selbst.

Liebe Freunde, das sage ich hier in die nachdenkliche Stimmung eines Parteitage, der sich nicht mit bevorstehenden Wahlen befaßt, sondern der sich aus gutem Grund einmal mit der Partei selbst, mit ihrem Selbstverständnis, ihrer Identität beschäftigt. Es ist zugleich die Stunde, zu fragen, ob wir angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt wirklich fähig sind, unsere Prioritäten neu zu bedenken. Kurt Biedenkopf hat es soeben treffend formuliert, als er sagte — ich gebe es mit meinen Worten wieder — : Auch für den Kölner z. B. sollte es eine phantastische Sache sein, daß das wunderbare historische Stadtbild Dresdens, die Brühlsche Terrasse in ihrem Glanz, in ihrer Tradition wiederersteht. Wenn ich den Alltag in der Partei, in der Fraktion, im Bundesrat, in der kommunalen Politik in den westlichen Bundesländern betrachte, dann habe ich nicht den Eindruck, daß wir das schon ganz begriffen haben.

Ich habe manchmal eher das Gefühl, wir haben einen historischen Moment genutzt, haben dann — was richtig war — ordentlich gefeiert, und jetzt läuft es mehr oder minder so weiter wie vorher. Das heißt zum Beispiel in den Gemeinden der alten Bundesländer, daß jedes Hallenbad, das in der Planung war, nun auch gebaut werden soll. Mit Blick auf die neuen Prioritäten in Deutschland sage ich: Es muß jetzt nicht gebaut werden.

Von uns erwarten die Menschen, daß wir fähig sind, auch zu sagen, was wir uns jetzt eben nicht leisten können. Es ist nicht die Zeit des Verteilens.

Es ist die Zeit der Konzentration auf das jetzt wirklich Notwendige. Seit der Wiedervereinigung vor 14 Monaten haben wir in den neuen Ländern bereits vieles auf den Weg gebracht. Es sind weit mehr als 100 Milliarden DM pro Jahr in die neuen Bundesländer gegangen. Aber, meine Damen und Herren, dieses Opfer hat sich ja auch für die Menschen im Westen gelohnt.

Ohne den Nachfrageboom durch die deutsche Einheit hätten wir im Jahre 1990 niemals eine solche Wirtschaftskraft entwickelt. Selbst in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft können Sie das ablesen an der Zunahme ihrer Exporte nach Deutschland.

Wenn wir jetzt dabei sind, vieles neu zu entwickeln, zahlt sich das für Sachsen, für Dresden, aber natürlich auch für ganz Deutschland aus. Denn das, was hier in den neuen Bundesländern neu entsteht, wird künftig den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Mehr als hierzulande kann man aus vielen ausländischen Äußerungen hören, daß die neuen Bundesländer in wenigen Jahren zu den besten Standorten in Europa zählen werden. Nur, wir müssen den Menschen hier sagen, daß es das Ergebnis unserer Politik sein wird.

Natürlich geht das alles nicht über Nacht. Und besonders verständlich ist: Die Menschen, die eine völlige Veränderung nicht nur eines ökonomischen Systems, sondern ihrer ganzen Lebensumstände erleben, machen sich Sorgen — Sorgen um Arbeitsplätze, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie haben Ängste, weil das, was sie — wenn auch mehr oder minder wider Willen — erfahren haben, doch ein Stück Rahmen, ein Stück Geborgenheit enthalten hat. Wenn der Staat vorsorgte für die Arbeitsplätze, und

wenn man glaubte, daß diese Arbeitsplätze sicher seien, und wenn man sich dann jetzt auf eine marktwirtschaftliche Ordnung umstellen muß, ist es doch ganz selbstverständlich, daß der Übergang schwierig ist.

Die Deutschen im Westen sollten nicht so tun, als sei das bei ihnen anders gewesen. Liebe Freunde, wer es miterlebt hat — ich war damals 18, als die Währungsreform kam — der weiß, daß wir in unserer Bundestagsfraktion bis in die frühen 50er Jahre hinein gestritten haben — von den Sozialdemokraten rede ich schon gar nicht —, ob die Soziale Marktwirtschaft der richtige Weg sei. Es ist doch wahr, und es gehört zur Geschichte unserer Partei, daß es damals in unserer Partei Stimmen gab, die forderten, Ludwig Erhard sollte besser abtreten, weil seine Politik nicht die richtige Politik für die Zukunft sei.

Was heute wie ein Denkmal erscheint, war damals durchaus kein Denkmal. Damals stellten manche die Frage, ob das der richtige Weg sei. Erhards Weg hat sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Aber es war auch damals ein sorgenvoller Weg. Das müssen wir unseren Freunden und Landsleuten in den neuen Bundesländern sagen.

Entwicklungen, die im Westen Deutschlands Jahrzehnte in Anspruch nahmen, vollziehen sich hier in den neuen Bundesländern in wenigen Monaten. Dieser umfassende und rasche Wandel verunsichert viele. Wiedervereinigung, liebe Freunde, heißt deshalb für mich: Die Sorgen der Menschen in den neuen Bundesländern müssen die gemeinsamen Sorgen aller Deutschen sein. „Einheit leben“ muß doch heißen, daß es für uns kein „hüben“ und kein „drüben“ mehr gibt.

Deswegen ist solidarisches Handeln nicht im Reden, sondern im Handeln angesagt. Zu den praktischen Beispielen zählen 400.000 ABM-Plätze und 800.000 Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Qualifikation. Ich will das hier auch einmal sagen, weil es oft vergessen wird: Dies wird überwiegend von den Beitragszahlern aus den alten Ländern finanziert.

Zu den Erfahrungen der letzten Monate gehört auch, daß es für alle Schulabgänger in den neuen Bundesländern eine Lehrstelle gibt. Liebe Freunde, das ist eine phantastische Leistung!

Das ist eine Leistung, die vor allem aus der Gesellschaft getragen wird. Es waren Unternehmer, die sich sozial verpflichtet verhalten haben: Handwerksmeister, mittelständische Unternehmer, Betriebsräte und Gewerkschaftler. Das ist eine solidarische Leistung: Junge Leute weg von der Straße in erstklassige Ausbildungsverhältnisse zu bringen.

Die DM bleibt stabil

Wir haben seit Ludwig Erhard ja nicht von Marktwirtschaft, sondern von Sozialer Marktwirtschaft gesprochen. Ich sage das auch im Nachgang zu den stundenlangen Debatten auf dem Maastrichter Gipfel. Wir waren nie reine Marktwirtschaftler. Wir wissen um die Grenzen der Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft schließt das Gebot der Solidarität mit ein. Und Solidarität ist auch notwendig zur Sicherung der Stabilität unserer Währung.

In einem Land, in dem zwei Generationen Inflation und Vermögensverluste bitter erfahren haben, in einem Land, in dem man im Rückblick auf die Geschichte doch sagen kann, daß die erste Inflation nach dem Ersten Welt-

krieg sehr viel mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus und der Verelendung breiter Massen unserer Bevölkerung zu tun hatte, ist die Sensibilität für diese Frage ganz besonders groß.

Deswegen sage ich gerade auch im Blick auf den Weg in das vereinte Europa: Was jetzt in Maastricht in dem Vertrag so sorgfältig ausgearbeitet wurde, ist ein Beweis dafür, daß wir nichts tun werden, was die Stabilität unserer Währung gefährdet.

Denn wir wissen nur allzu gut, daß eine stabile Währung die zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit ist. Es werden immer breite Massen der Bevölkerung, die sogenannten kleinen Leute, bestraft, wenn die Währung nicht mehr stabil ist. Das kann und wird niemals unsere Politik sein.

Wir haben eine veränderte weltwirtschaftliche Lage. Es muß doch — das gehört zu den Prioritäten — bei abgebremster Weltkonjunktur unser Ziel sein, Arbeitsplätze und Stabilität im eigenen Land zu erhalten. Sie wissen, ich respektiere die Tarifautonomie. Als letztes kann ich mir vorstellen, daß die Regierung auch noch über Lohntarife bestimmt. Das wäre ein Grund zum Auswandern. Natürlich hat auch die Politik Mitverantwortung, etwa als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst. Zugleich müssen wir bei der Entwicklung zwischen den neuen Bundesländern und den alten Bundesländern insgesamt immer wieder auf die engen Zusammenhänge von Sicherung von Arbeitsplätzen und Stabilität unserer Währung hinweisen.

Mein Appell ist daher, daß jeder, der in der Verantwortung steht, das Notwendige tut, damit wir bei den Tarifrunden in diesem Jahr zu Ergebnissen kommen, die der

Gesamtwirtschaft dienen und die jetzt vor allem die Interessen der neuen Bundesländer vorrangig berücksichtigen. Das gehört ebenfalls zur neuen Prioritätensetzung.

Liebe Freunde, ich sprach von den finanziellen Anstrengungen, die wir unternehmen müssen. Jeder weiß, der Investitionsbedarf in den neuen Bundesländern ist gewaltig. Mir scheint nur, von allen Krediten, die das Deutsche Reich und dann später die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahrhundert aufgenommen haben, sind die Kredite für den Frieden und die Freiheit und die deutsche Einheit die sinnvollsten. Das sind im übrigen Kredite, die gerade der jungen Generation ihre Zukunft sichern. Selbstverständlich ist aber auch: Wir werden die Neuverschuldung des Bundes wieder zurückführen.

Solide Finanzpolitik gehört zum Markenzeichen unserer Politik. Und ich füge hinzu: Finanzpolitik wird auch ein zentrales Wahlthema sein, weil es mit dem persönlichen Glück und dem Schicksal vieler Menschen etwas zu tun hat.

Meine Bitte in dieser föderal gegliederten Partei ist, daran zu denken, daß das nicht nur ein Thema der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion ist, sondern genauso eine Frage der Länder und der Gemeinden. Für solide Staatsfinanzen und stabile Währung unseres Landes stehen wir alle gemeinsam in gesamtstaatlicher Verantwortung.

Aber wenn ich von den notwendigen Prioritäten spreche, dann stellt sich genauso die zentrale Frage nach dem künftigen Standort Deutschland. Wer attraktive und sichere Arbeitsplätze will, der muß international leistungsfähig sein. Er muß ganz einfach auch besser sein als die Konkurrenz.

Gerade an der Schwelle zum großen europäischen Markt in zwölf Monaten ist es eben töricht, nach der Art der Sozialdemokraten eine Frage wie die Neuregelung der Besteuerung von Betrieben abzuwerten. Hier geht es doch nicht um Geschenke für die Reichen. Hier geht es ausdrücklich darum, daß unsere Unternehmungen mit ihren Arbeitsplätzen, mit ihrer Produktion im europäischen Markt mit 380 Millionen Menschen wettbewerbsfähig sind. Das ist das Ziel, das wir uns gesetzt haben!

Wenn wir uns klug verhalten, müssen wir uns — etwa im Jahre 1999, wenn die Währungsunion vollendet ist — nicht sorgen, auch mit den Japanern und den Amerikanern, den Ländern im Fernen Osten im Export konkurrieren zu können.

Wir sind aber noch nicht soweit! Ich weiß, daß viele das nicht gern hören. Doch Weglaufen vor den wirklichen Problemen unseres Landes hilft niemandem. Als eine der bedeutendsten Exportnationen der Welt müssen wir uns fragen: Sind wir jetzt, im Dezember 1991, für diesen härteren Wettbewerb gerüstet? Tun wir wirklich genug dafür, daß beispielsweise das umweltfreundliche und technisch anspruchsvolle Auto des Jahres 2000 in erster Linie am Standort Deutschland gebaut wird? Es stimmt mich schon nachdenklich — ohne daß ich deswegen Ängste beschwöre —, daß deutsche Automobilexporte etwa in den USA an Boden verlieren, während die Japaner kräftig zulegen.

Wer also über viele besondere Leistungen im Sozialen nachdenkt — in den Tarifverträgen, vom Jahresauto bis hin zu der Verkürzung der Arbeitszeiten —, der muß vor allem daran denken: Wie wird im Jahre 2000 und 2010 die Arbeitsplatzsituation hier in Deutschland aussehen?

Das muß jetzt das Ziel sein, um das wir uns bemühen!

Es geht aber beim Standort Deutschland nicht nur um Produktions- und Exportergebnisse. Es geht um mehr. Es geht um unsere Fähigkeit, um die Fähigkeit unserer Gesellschaft — ob Arbeitgeber oder Gewerkschaften oder andere wichtige Gruppen — zu einer über Gruppeninteressen hinausgreifenden Zusammenarbeit.

Es geht um die Leistungsfähigkeit unserer Schulen und Hochschulen. Auch hier müssen wir fragen, ob wir konkurrenzfähig sind. Es geht beispielsweise um die seit Jahrzehnten auf Parteitagungen immer wieder aufkommende Frage, wie lange wir uns noch die längsten Ausbildungszeiten in Europa leisten können, ob wir wirklich vor Verbänden kapitulieren wollen, oder ob wir fähig sind, endlich das zu tun, was alle unsere Nachbarn längst getan haben.

Deutschlehrer gefragt

Es geht ebenso um Forschungsinvestitionen und um Spitzentechnologie. Aber es geht vor allem nicht nur um wirtschaftliche Dinge, sondern um das Bild Deutschlands, das in der Welt entscheidend geprägt wird durch Reichtum und Vielfalt von Kunst und Kultur. Das wachsende Interesse vor allem im Norden und Osten Europas an unserer Muttersprache, an der deutschen Sprache, eröffnet eine ungeheure Chance! Ist es nicht eigenartig, daß wir es in unserem föderalen Gemeinwesen einfach nicht zustande bringen, jetzt in einer Sonderaktion eine genügende Zahl von Deutschlehrern in den neuen Republiken der früheren Sowjetunion, in Polen und anderswo zur Verfügung zu stellen? Das ist eine neue Priorität. Wir kriegen nicht jedes Jahr die

Chance, für die deutsche Sprache in der Welt etwas zu tun. Jetzt ist die Chance da; lassen Sie sie uns nutzen!

Wenn ich an die Kultur denke, denke ich natürlich hier in Sachsen an das Leipziger Gewandhausorchester, das von hier nach New York geht. Ich denke an umfassend informierende Tagungen der Goethe-Institute in Asien, an Gastprofessuren in Lateinamerika und an Projekte für politische Bildung in Afrika: auch dies bestimmt das Bild Deutschlands in der Welt!

Mit einem Wort, liebe Freunde: Mir geht es um die Offenheit und die Anpassungsfähigkeit unserer Gesellschaft gegenüber neuen Entwicklungen und Herausforderungen. Das bestimmt entscheidend den Standort Deutschlands und seine Attraktivität in Europa und darüber hinaus.

Zu diesem Zukunftsstandort Deutschland gehört selbstverständlich der wirksame Schutz von Natur und Umwelt, die Bewahrung der Schöpfung, der Einklang von Ökologie und Ökonomie. Gerade hier in den neuen Bundesländern sehen wir ja das katastrophale Erbe, das die SED hinterlassen hat. Wir müssen auch hier die Priorität sehen, die notwendig ist. Die Beseitigung gehört zu unseren drängendsten Aufgaben.

Was wir am Rhein geschafft haben, werden wir auch an Oder und Elbe erreichen. Dies ist ein weiteres Beispiel für konkretes und solidarisches Handeln.

Meine lieben Freunde, wenn wir von der inneren Einheit unseres Landes sprechen, dann sollten wir zuerst einmal von jenen sprechen, die den längsten und schwierigsten Weg in Deutschland hatten. Das ist die Generation der Rentner. Die Renten in den neuen Bundesländern — und ich danke bei dieser Gelegenheit einmal Nor-

bert Blüm, der immer ein Vorkämpfer für diese Solidaritätsverpflichtung war — sind seit 1989 schneller gestiegen als die realen Einkommen der Arbeitnehmer. Ich finde das richtig, weil ich glaube, daß es keine Generation gibt, die die Last der Geschichte unseres Volkes so getragen hat wie die Rentner in den neuen Bundesländern. Wer dort heute 70 oder 80 Jahre oder älter ist, der hat die ganze Last des Jahrhunderts getragen. Denken wir nur an Inflation, Weltwirtschaftskrise, Nazi-Zeit, Krieg und Gefangenschaft, kommunistische Diktatur hier. Man muß sich immer wieder klarmachen, das alles ist ein Deutschland. Wer 1939 Soldat wurde, Krieg und Gefangenschaft überlebte und hier nach Dresden in die Heimat zurückkehrte, der hatte dann noch 40 Jahre SED-Diktatur vor sich. Und viele Frauen, deren Männer gefallen waren und die nicht die Chance hatten, einen Partner zu finden, mußten ihren Lebensweg auch noch über 40 Jahre im Sozialismus allein bewältigen.

Wer das Glück hatte, auf der Sonnenseite, im freien Teil unseres Landes, zu leben, der muß sich gegenwärtigen, was dies heißt und daß gerade die ältere Generation in den neuen Bundesländern weit mehr Last zu tragen hatte als irgendein anderer. Deswegen verdient sie in besonderer Weise unsere Sympathie und unsere Zuneigung. Diese ältere Generation muß wissen, daß sie zu uns gehört, daß wir offen sind für ihre Fragen und Probleme!

Für uns als christliche Demokraten war es immer klar — das ist ein Teil unserer Programmatik und unseres Selbstverständnisses —, daß die Familie im Mittelpunkt unserer Politik stehen muß. Sie ist der wichtigste Ort persönlicher Geborgenheit und Orientierung. Natürlich ist es

die persönlich-private Entscheidung eines jeden einzelnen, ob er eine Familie gründen und Kinder haben will oder nicht.

Aber ich finde, es ist richtig, offen auszusprechen, daß jeder, der sein Leben ohne Kinder gestaltet, letztlich auch von denjenigen lebt, die mit ihren Kindern für die Gesellschaft einen entscheidenden, unentbehrlichen Beitrag erbringen.

Ohne Kinder keine Zukunft

Ich sage es noch einmal: Ich respektiere die persönliche, die private Entscheidung, aber wahr ist: Auch wenn es sich der einzelne erlauben kann, als Single zu leben, gilt dennoch der Satz: Eine Gesellschaft ohne Familien mit Kindern hat keine Zukunft. Das muß wieder jedem Mann klargemacht werden.

Das heißt: Familien — und auch Alleinerziehende — brauchen eben nicht nur öffentliche Sympathiebekundungen. Sie müssen auch die notwendige Unterstützung erfahren. Familien mit Kindern müssen Vorfahrt haben. Das ist eine Priorität, die nicht geändert werden darf!

Das kann der Staat allein nicht leisten. Wir haben allen Grund, denen zu danken, die in privater Initiative Hilfe leisten. Dies ist auch wegen des menschlichen Klimas in unserer Gesellschaft wichtig. Wir haben allen Grund — in diesem wie in anderen Zusammenhängen — unseren Kirchen und ihren karitativen und diakonischen Einrichtungen für ihr Engagement zum Wohle der Menschen zu danken.

Ich verbinde damit die Bitte, daß die Kirchen gerade jetzt, bei unseren Anstrengungen, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, ihre moralische Autorität dafür einsetzen, daß dieser Weg gemein-

sam gegangen wird und zum Erfolg führt. Ich glaube, hier kann sich in einer ganz neuen Dimension auch Kirchlichkeit bewähren.

Es wird viel über Menschlichkeit in unserer Gesellschaft gesprochen. Unsere Gesellschaft beweist ihre Menschlichkeit vor allem dann, wenn viele bereit sind, für den Nächsten dazusein und nicht jeder nur für sich selbst. Wir wissen, daß staatliche Sozialpolitik allein kein Ersatz für tätige Nächstenliebe sein kann. Deswegen wollen wir all jenen im freien und gemeinnützigen Bereich helfen, die bereit sind, hier ihren Dienst zu tun.

Das ist ja nicht nur eine Frage der Organisation; es geht vielmehr in einer „Prestige-gesellschaft“ — lassen Sie mich dies so sagen — auch darum, daß dieses Dienen, dieser Dienst am Nächsten bei uns auch als eine großartige Leistung für die Allgemeinheit anerkannt wird. Es ist wichtig, dies immer wieder deutlich zu sagen!

Wir sind stolz auf unser Grundgesetz. Es ist die freiheitlichste Verfassung in der Geschichte der Deutschen. Dieses Grundgesetz hat sich in über vierzig Jahren bewährt. Wir wissen: Auch die Menschen in den neuen Bundesländern wollten keine andere Bundesrepublik. Sie haben sich für das Grundgesetz entschieden. Natürlich wissen wir auch, daß wir das Grundgesetz in einigen Punkten der veränderten Situation — der Einheit Deutschlands und der Einigung Europas — anpassen müssen. Aber manche reden ja jetzt auch von einer Totalrevision des Grundgesetzes, und dazu will ich hier für die Christlich Demokratische Union klar und deutlich sagen: Wir wollen diese Verfassung, keine andere!

Ich betone nochmals: Wenn ich das so prononciert sage, schließt das nicht aus, daß notwendige Veränderungen vorgenommen werden; aber

niemand kann mit uns die Achse unserer Republik durch eine Totalrevision unserer Verfassung verschieben. Dies muß klar und deutlich ausgesprochen werden.

Liebe Freunde! Dieses Grundgesetz ist auch das Fundament für ein weltoffenes Deutschland. Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land und muß es auch bleiben.

Das sollen die Millionen von Ausländern wissen, die bei uns leben, die wir zu uns geholt haben, damit sie uns helfen. Sie tragen mit ihrem Fleiß zu unserem Wohlstand bei. Manche bedenken gar nicht, daß auch ihr persönliches Wohlbehagen und ihr Wohlstand darauf beruhen, daß Ausländer in Deutschland mitarbeiten. Auch das gehört zum Bild unserer Republik.

Wir als Christlich Demokratische Union Deutschlands verurteilen jede Form von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit. Wir verurteilen jede Form von Rassismus, erst recht in der besonders erschreckenden und brutalen Form etwa des Antisemitismus, den man gelegentlich antrifft. Dies alles ist mit unserer Vorstellung für unser Land nicht vereinbar! Wir treten all diesen Tendenzen mit äußerster Schärfe und Entschiedenheit entgegen und werden dies auch weiterhin tun.

Zur aktuellen Diskussion über das Asylrecht will ich noch einmal kurz unsere Position bekräftigen: Für uns ist das Recht auf Asyl unantastbar. Wer aus religiösen, rassischen oder politischen Gründen in seiner Heimat verfolgt wird, findet selbstverständlich bei uns Zuflucht und Asyl. Aber angesichts von Hunger und Armut in der Welt gibt es heute immer

mehr Menschen, die aus wirtschaftlicher Not ihre Heimat verlassen und zu uns kommen wollen. Wer genau hinschaut, weiß: Wir sind nicht in der Lage, dieses Problem in unserem Lande zu lösen.

Wir müssen den Menschen helfen, in ihrer Heimat ihr Glück und ihre Zukunft zu finden. Das heißt, man kann nicht über das Asylrecht diskutieren und gleichzeitig schweigen, wenn es darum geht, den Ländern der Dritten Welt bei der Bekämpfung von Hunger und Armut zur Seite zu stehen und ihnen zu helfen.

Im übrigen hat auch die Diskussion in diesen Tagen auf dem EG-Gipfel in Maastricht gezeigt: Das ist kein isoliertes deutsches Problem; es ist ein Problem aller europäischen Länder. Die Lösung kann nur in einer gemeinsamen europäischen Regelung liegen, und ich bin sicher, daß die Beschlüsse von Maastricht uns auf diesem Felde sehr rasch voranbringen. Und dann wird sich zeigen — darüber brauchen wir keinen Gelehrtenstreit abzuhalten —, daß ein wirklich praktikables europäisches Asylrecht ohne eine Änderung unseres Grundgesetzes nicht möglich ist. Wir brauchen eine europäische Lösung, wir müssen tun, was dazu notwendig ist, und wir erwarten, daß andere das endlich auch begreifen.

Liebe Freunde, bei all dem, was wir als Fehler einzuräumen haben — das gilt auch für mich persönlich —, glaube ich doch, daß wir im Blick zurück auf den letzten Parteitag Anfang Oktober 1990, im Blick zurück auf die vergangenen Monate Grund zum Selbstbewußtsein haben.

Wir konnten vieles erreichen. Aber wir dürfen nicht damit zufrieden sein, wie wir diese gemeinsamen Erfolge vertreten. Wir müssen dabei mehr Mut und Stehvermögen aufbringen, und wir dürfen uns vor allem nicht von jedem Gegenwind

beeindrucken lassen — oder, was noch törichter ist, unsere Leistungen selber zerreden.

Zu einer kämpferischen Vertretung unserer Politik gehört auch, daß wir uns vor unsere eigenen Leute stellen. Das, was Woche für Woche von manchen vorgebracht wird, um Persönlichkeiten der Union zu schädigen, darf uns, meine Damen und Herren, nicht beirren.

Stolz auf unsere Erfolge

Wer wie ich Gelegenheit hatte — der ich ja nie angegriffen werde; deswegen kann ich darüber ganz ruhig sprechen —, dies im Laufe von Jahren, ja, von Jahrzehnten zu verfolgen, der weiß: Es wird immer eine bestimmte Person herausgesucht, die an- oder abgeschossen werden soll, aber treffen will man doch die gesamte Union. Das ist — um es einmal ganz klar zu sagen — die Rache derer, die die geschichtliche Stunde verschlafen haben.

Wenn ich sage, wir sind stolz auf unsere Erfolge, dann meine ich damit nicht, daß wir mit den Erfolgen von gestern etwa morgen Wahlen gewinnen können. Die Menschen erwarten eine Handreichung, einen Ausblick auf die Zukunft, eine Aussage, wie wir die Lage sehen, wie wir die Probleme sehen und wie wir sie lösen wollen.

Die Welt hat sich dramatisch verändert. Vor 15 Jahren, ja, vor 10 Jahren waren der europäische Binnenmarkt und die Währungsunion noch in weiter Ferne. Weltweiter Klimaschutz war noch ein Thema für Spezialisten. Katalysatorauto und Erziehungsgeld waren noch nicht durchgesetzt. Ich könnte viele weitere Beispiele bringen.

Noch viel tiefgreifender sind die Folgen, die mit der deutschen Einheit und mit

dem Ende des Ost-West-Konflikts verbunden sind. Der Zusammenbruch des Kommunismus hat die Gewichte verschoben. Das Scheitern der marxistischen Ideologie ließ ein geistiges Vakuum entstehen. Auch im Westen Europas sind die kommunistischen Parteien in einer tiefen Krise. Sie haben sich umbenannt oder aufgelöst. Die sozialistischen Parteien wie jene in Spanien, in Österreich oder in England rücken jeden Tag mehr von ihren marxistisch-sozialistischen Parteitraditionen ab.

Marktwirtschaft ist heute auch bei den sozialistischen Parteien „in“, vielleicht mit Ausnahme der deutschen Sozialdemokraten, die die umgekehrte Entwicklung nehmen. Aber das ist eine der Tatsachen, die ich sowieso nicht verstehen kann.

Die geschichtliche Entwicklung hat die große Linienführung unserer Politik bestätigt. Deswegen müssen wir uns heute schon auch die Mühe machen, im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag zur Diskussion über die geistige Führung für die Zukunft zu leisten. Für mich stellt sich in diesen Jahren, 1990 und jetzt 1991, sehr wohl die Frage, ob wir alle begreifen, daß angesichts des entstandenen Vakuums die christlich-demokratische Idee eine wirklich neue Chance gewonnen hat.

Unsere Aufgabe als Christlich Demokratische Union ist nicht leichter geworden, aber unser Beitrag ist notwendiger denn je. Die Welt, in der wir für unsere Ziele eintreten, ist nicht mehr eine Welt, die das „C“ ohne weiteres akzeptiert. Der Prozeß der Säkularisierung ist weit fortgeschritten. Immerhin gehören im vereinigten Deutschland mehr als 21 Millionen Menschen keiner Kirche mehr an. Liebe Freunde, machen wir es uns nicht so ein-

fach, daß wir sagen: Das kommt von der Entwicklung in der DDR und von der Unterdrückung durch die SED. Das ist ein Teil der Wahrheit; wahr ist aber auch, daß in einer Großstadt wie Hamburg — sie steht nur symbolisch für andere deutsche Großstädte — nur 60 Prozent der Kinder eines Jahrgangs getauft werden.

Die Christlich Demokratische Union, unsere Partei, unsere politische Heimat, ist nach 1945 in einer Zeit entstanden, in der nach der nationalsozialistischen Katastrophe Religion und Kirchlichkeit augenscheinlich eine Renaissance erlebten. Für eine Zeit war es so, daß in der Gesellschaft christlichen Werten eine neue Verbindlichkeit zuwuchs. Davon können wir heute nicht mehr ausgehen.

Die knappen Hinweise machen deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß unser christliches Verständnis vom Menschen und die ethischen Grundlagen unserer Politik gültig sind und bleiben. Ich sage klar und deutlich: Mit uns, der CDU, ist eine Anpassung an den Zeitgeist nicht zu machen; damit läßt sich Zukunft nicht gewinnen. Wer dem Zeitgeist hinterherläuft, wird immer hinterherlaufen. Das ist die Erfahrung der Geschichte.

Das heißt, ungeachtet der Tagespolitik und auch ungeachtet mancher Schwierigkeiten, um unsere Ideale klar und deutlich zu vertreten, ist es notwendig, daß wir für unsere Grundwerte und die Fundamente unserer Politik kämpferisch eintreten und daß wir fähig sind, für sie auch dann kämpferisch einzutreten, wenn das nicht so populär zu sein scheint.

Ich sage das ganz bewußt auch mit Blick auf die Diskussion in unserer Partei über den Schutz des Lebens ungeborener Kinder. Es gibt Fragen, bei denen man sich nicht nach der Demoskopie verhalten kann, sondern nach dem, was der Kompaß unserer Grundsätze anzeigt.

Ich glaube, angesichts der Veränderungen, von denen ich sprach, ist es wichtig, daß wir jetzt damit begonnen haben, unser Grundsatzprogramm zu diskutieren, zu überdenken und Überlegungen anzustellen, was wir jetzt verändern wollen. Wir wollen gestalten und nicht einfach reagieren; das ist unser Ziel bei dieser Diskussion.

Der Zeitplan ist klar. Ende 1992/Anfang 1993 wird der Entwurf des fortgeschriebenen Grundsatzprogramms vorliegen. Das ganze Jahr 1993 steht dann für die Diskussion in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden zur Verfügung. Ich denke, es wird uns guttun, daß wir das Programm im Frühjahr des Jahres 1994 — also eines Jahres, liebe Freunde, in dem die Wahlen zum Europaparlament im Juni, zu vielen Kommunalvertretungen, die Bundestagswahlen im Oktober und viele Landtagswahlen stattfinden werden — auf einem eigenen Bundesparteitag verabschieden.

Es tut uns gut, unsere Prinzipien ungeachtet all dieser Anstrengungen in einem solchen Wahljahr vor der deutschen Öffentlichkeit deutlich zu machen, und ich lade Sie alle herzlich ein, an der Diskussion in den Kreis- und Ortsverbänden mitzuwirken. Das ist wichtig für den Kompaß der Partei für die Zukunft.

Dabei gewinnen wir eine gute Chance, in den Orts- und Kreisverbänden abseits der Routine über das zu sprechen, was die CDU ausmacht. Dazu gehören unsere

Defizite bei der Mitgliedschaft junger Leute und von Frauen. Beschlüsse haben wir genug gefaßt. Wenn ich die Essener Beschlüsse zum Thema Frauen betrachte, müßten wir aus diesem Problembereich längst heraus sein. Es geht also nicht darum, neue Beschlüsse zu fassen, sondern sie endlich ernst zu nehmen, auch dort, wo es unbequem wird.

Dazu gehört auch die Arbeit vor Ort, die Arbeit in der Kommunalpolitik. Ich kann dies nicht oft genug sagen: Wir dürfen nicht zulassen, daß sich die kommunalpolitische Ebene von der Gesamtpolitik etwa nach dem Motto absondert: Für die Landes- und Bundespolitik sind andere zuständig; im Rathaus wissen wir schon, was geht. Die Bürger machen diese angeblich gescheite Unterscheidung nicht. Die Bürger sehen uns als Ganzes, und sie haben damit recht. Als Ganzes haben wir unsere Politik zu vertreten.

Auf die Menschen zugehen

Nach den Landtagswahlen im April haben wir die für deutsche Verhältnisse ungewöhnliche Chance, nahezu zwei Jahre keine Wahl auf der Ebene der Landtage und des Bundestages zu haben. Natürlich werden in der Zwischenzeit Kommunalwahlen stattfinden; das weiß ich.

Ich finde jedenfalls, wir sollten diese Zeit nutzen, und ich selbst will das auch tun. Ich will mich dabei voll einsetzen, damit wir uns, was die Organisation der Partei angeht, für die Zukunft fit machen.

Wir müssen dabei flexibler werden. Nicht nur die programmatische Arbeit muß vorankommen, sondern wir müssen fähig sein, auch auf die Menschen zuzugehen, damit sie erfahren, daß wir ihre Sprache sprechen und daß wir ihre Probleme kennen. Am Beispiel der neuen Landesver-

bände sehen wir ja, daß es in unserer Bevölkerung sehr viel mehr junge Talente gibt, als in unseren Kreisverbänden gemeinhin angenommen wird. Nur müssen sie eben das Gefühl haben, daß sie erwünscht sind, meine Damen und Herren.

Wir sind hierher nach Dresden gekommen, um ganz offen über die Frage des Zusammenwachsens unserer Partei zu sprechen — was ja ein Problem ist, wie es sich nicht allein bei uns stellt. Ich finde das, was andere in diesem Zusammenhang in den letzten Monaten gesagt haben, ziemlich überheblich. Ich erinnere mich an einen Parteivorsitzenden, der beschworen hat, das Problem gäbe es überhaupt nicht. Na ja, dann war er auf dem FDP-Parteitag und hat erlebt, daß ihn die Probleme eingeholt hatten. Ich glaube also, es ist sehr viel besser, wenn sich jeder zunächst um sich selbst kümmert und versucht, seiner eigenen Verantwortung gerecht zu werden.

Ich sage das übrigens auch im Blick auf die deutsche Sozialdemokratie; denn so einfach, wie es jetzt in Bonn gelegentlich dargestellt wird, war der Ablauf der Geschichte nach 1945 nicht. Auch dazu läßt sich sehr, sehr viel sagen.

Seit dem 1. Oktober 1990 sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Aber wir wissen auch, daß noch viel zu tun ist. Unser Umgang untereinander muß geprägt sein von gegenseitigem Verständnis und Geduld. Wie wir miteinander umgehen — das sollten wir uns immer wieder klar machen —, ist exemplarisch für den Umgang der Deutschen untereinander.

Das wichtigste ist, daß wir uns dabei nicht von vorgefaßten Meinungen leiten lassen. Das gilt nicht zuletzt im Blick auf die Vergangenheit. Es ist richtig, daß die

Vergangenheit der CDU in den neuen Bundesländern Teil der Geschichte der CDU Deutschlands ist und daß wir uns gemeinsam dieser Geschichte zu stellen haben. Dabei rate ich all denen, die — wie ich — in den westlichen Bundesländern gelebt haben, zur Zurückhaltung. Es geht vor allem darum, in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden der neuen Bundesländer das fortzuführen und, wie ich hoffe, zu einem guten Ende zu bringen, was nicht erst jetzt — ich blicke Lothar de Maizière an —, sondern schon 1989/1990 begonnen wurde. Es geht darum, daß man vor Ort darüber diskutiert, wie sich der einzelne in der Vergangenheit verhalten hat und ob das Konsequenzen haben sollte oder nicht.

In unserer Dresdner Erklärung, die wir am Dienstag verabschieden wollen, heißt es:

Das Verhalten und die Konflikte unter den Bedingungen einer Diktatur können am ehesten diejenigen beurteilen, die unter solchen Bedingungen zu leben hatten. Pauschale Urteile versperren den Zugang zur Wahrheit ebenso wie Versuche, notwendigen Diskussionen auszuweichen und Klärungen zu verschleppen. Erforderlich sind daher ein fairer Umgang mit Personen und eine differenzierte Bewertung von Fakten.

Diese Sätze halte ich für sehr, sehr wichtig.

Ich will es so formulieren, wie ich es für mich ganz persönlich im Bundestag schon einmal formuliert habe. Ich glaube, es ist wichtig, Ihnen dies als die Meinung des Parteivorsitzenden zur Kenntnis zu geben. Ich hatte das Glück, 1930 am Rhein geboren zu werden. Als ich zu Weihnachten 1946 als Schüler zur Partei kam, lag meine Heimatstadt Ludwigsha-

fen in der französischen Besatzungszone, im westlichen Teil Deutschlands.

Wenn ich in jenen Tagen in Leipzig gelebt hätte, wäre ich auf Grund meines Elternhauses mit größter Wahrscheinlichkeit ebenfalls in die CDU eingetreten, vor allem schon deswegen, weil für mich und meine Freunde die CDU damals die Partei von Jakob Kaiser und Andreas Hermes war. Das waren für uns leuchtende Vorbilder.

Es war die Partei jenes Andreas Hermes, der unmittelbar vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden aus der Todeszelle von Plötzensee herausgekommen war. Es war die Partei Jakob Kaisers und Ernst Lemmers.

Gegen Besserwisserei

Liebe Freunde, in jener Zeit sind Hunderttausende in die CDU eingetreten. Viele haben die Partei später wieder verlassen. Nicht wenige sind wegen ihrer politischen Überzeugung geflohen. Nicht wenige wurden verhaftet oder verschleppt. Wir wissen bis heute nicht genau, wie viele von ihnen in Workuta oder in Buchenwald umgekommen sind. Ein beachtlicher Teil der Gründergeneration ist in der sowjetischen Besatzungszone, später der DDR, in der CDU geblieben. Ich sage ganz einfach: Ich wehre mich leidenschaftlich dagegen, daß sie pauschal verdächtigt und diffamiert werden.

Und ich füge für mich persönlich hinzu: Ich weiß nicht, welchen Weg ich genommen hätte. Ob ich in jenen Tagen, als die Chance dazu noch bestand, in den Westen gegangen wäre, ob ich die Kraft zum Widerstand gehabt hätte, ob ich Bautzen riskiert hätte — oder ob ich mir eine Nische gesucht hätte und Kompro-

misse eingegangen wäre: Ich weiß es nicht. Aber weil ich es nicht weiß und viele es für sich ebenfalls nicht wissen können, rate ich uns, nicht mit Besserwisserei oder gar mit Arroganz an diese Frage heranzugehen.

Liebe Freunde, das gehört ebenso zur Aussöhnung wie das Aussprechen der Wahrheit. Dazu gehört noch etwas, nämlich unser Respekt vor jenen, die den Mut hatten, mit allen Konsequenzen dem SED-Regime entgegenzutreten, und die zum Teil schwerste Opfer haben bringen müssen.

Wer nun das zurückliegende Jahr überblickt, wird zustimmen müssen, wenn ich sage: Die Vereinigung ist unserer Partei in vielfältiger Form zugute gekommen. Es ist doch ein Gewinn, daß der Mitgliederanteil in der Altersgruppe der 25- bis 40jährigen in den Landesverbänden der neuen Bundesländer fast doppelt so groß ist wie in den alten Bundesländern, daß der Anteil der weiblichen Mitglieder dort doppelt so groß ist wie jener in den alten Bundesländern.

Ich weiß nicht, worauf das beruht. Vielleicht ist das paschahafte Verhalten unter dem Eindruck des Sozialismus früher abgebaut worden.

Gewonnen, liebe Freunde, hat auch die Bundestagsfraktion. Wenn Sie heute das Bundestagshandbuch zur Hand nehmen und die Vielfalt der Berufe sehen, so stellen Sie fest, daß eine erfreuliche Entwicklung zu registrieren ist.

Daß in diesem technisch und naturwissenschaftlich geprägten Zeitalter endlich wieder viele Abgeordnete aus naturwissenschaftlichen Berufen kommen, finde ich gut. Daß Mediziner zu uns kommen,

nicht um über dieses oder jenes Gesetz zu klagen, sondern um mitzuarbeiten, finde ich sehr gut, um ein weiteres Beispiel hinzuzufügen.

Ist es nicht eine phantastische Chance für uns alle, daß wir jetzt in den neuen Bundesländern mehr als 7 000 Mandatsträger und überwiegend die Bürgermeister und Landräte stellen? Sie sind natürlich nicht so routiniert, natürlich nicht so ausgebildet, daß sie jede Finanzierungsquelle sofort auszuschöpfen wissen. Eines haben sie im Regelfall freilich schon gelernt, nämlich zu sagen: Der Bund muß mehr tun. — Das ist eine Sache, die Bürgermeister und Landräte auch in den neuen Bundesländern längst gelernt haben.

Man muß sich aber einmal vorstellen, was dort von Männern und Frauen geleistet wird, die vor zwei Jahren nicht im Traum daran dachten, daß sie Bürgermeister oder Landräte werden würden.

Wenn man sieht, wie manchmal — mehr oder minder elegant — die Planung kommunalpolitischer Karrieren in der alten Bundesrepublik erfolgt, wie in der KPV — ich schaue jetzt Horst Waffenschmidt an — sorgfältig besprochen wird, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung steht und was man für ihn tun kann, dann hat man um so größeren Respekt vor denen, die über Nacht Bürgermeister oder Landrat geworden sind und jetzt voll gefordert werden.

Voneinander lernen ist keine Einbahnstraße. Das gilt auch für das Gespräch mit jungen Leuten. Ich war vor einigen Wochen bei einer Tagung des RCDS in Jena. Die Begegnung mit diesen jungen Leuten, die einen völlig neuen Horizont haben, die sich verständlicherweise natürlich auch schwertun, sich unter den veränderten Bedingungen zurechtzufinden, ist immer eine großartige Erfahrung.

Ich finde überhaupt, daß — trotz aller Probleme — die deutsche Einheit eine Riesenchance eröffnet: daß so etwas wie Aufbruchsstimmung herrscht; daß wir ausgetretene Pfade verlassen können, um etwas Neues zu tun, was noch nicht dagewesen ist; daß wir uns wieder etwas zutrauen, daß wir sagen: Wir packen es und wir schaffen es.

Liebe Freunde, damit bin ich beim Thema Maastricht, beim Thema Europa. Wenn Sie sich die Pressekommentare in Europa und weltweit anschauen, dann können Sie — bei aller Kritik in diesem oder jenem Punkt — einen Tenor feststellen: Die Deutschen haben den entscheidenden Beitrag zum Durchbruch nach Europa geleistet. Die Deutschen wollen nicht zurück zum nationalstaatlichen Denken, das uns in der ersten Hälfte des Jahrhunderts soviel Elend gebracht hat. Die Deutschen sind engagierte Europäer, weil sie einen Beitrag zum Frieden leisten wollen. Natürlich ist auf diesem Weg noch manches zu tun. Natürlich gibt es auch Risiken.

Wenn Konrad Adenauer zu Beginn der Diskussion über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eine Volksabstimmung hätte durchführen lassen, hätte er womöglich keine Mehrheit bekommen. Wenn er über die Wiederbewaffnung hätte abstimmen lassen, hätte er keine Mehrheit bekommen. Sie machen sich doch hoffentlich keine Illusionen: Beim Stationierungsbeschluß 1983 wäre es mit einer Mehrheit auch nicht ganz einfach gewesen. Wir wollen uns jetzt nichts in die Tasche lügen. Wir wissen doch, wie es war.

Führen heißt eine Vision in die Realität umsetzen. Die deutsche Einheit, die europäische Einigung waren immer unsere Visionen. Jetzt

realisieren wir die europäische Einigung, weil es dem Frieden, weil es der Freiheit, weil es der Zukunft dient.

Dieses Europa darf keine Festung werden, in der wir uns vor den anderen abschotten. Es muß offen sein. Deswegen wollen wir, daß die Schweden — ich habe bereits unseren Freund Carl Bildt angesprochen —, deswegen wollen wir, daß die Österreicher, deswegen hoffen wir, daß die Finnen bis 1995 in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Für einen späteren Zeitpunkt, der in nicht allzu weiter Ferne liegen sollte, wünsche ich mir, daß Polen, die ČSFR und Ungarn der Gemeinschaft beitreten können, sobald sie — auch mit unserer Hilfe — die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllen.

Krakau liegt nicht in Osteuropa, Krakau liegt in Mitteleuropa. Man kann es gar nicht oft genug sagen.

Deshalb wollen wir Hilfe zur Selbsthilfe geben — den Menschen in der bisherigen Sowjetunion jetzt, mitten im Winter, vor allem Hilfe gegen Hunger und Elend. Als ich im Sommer mit Michail Gorbatschow in Kiew war, gab es neben vielem, was mich beeindruckt hat, eine Begegnung mit einer ganzen Zahl alter Frauen, die sich für die deutsche Hilfe im Winter 1990/91 bedankt haben. Diese Frauen haben dann erzählt, wie es war, als die Deutschen im Krieg dort waren, sie haben erzählt, wie es war, als sie nächste Familienangehörige verloren haben. Ich habe erzählt, wie es in meiner eigenen Familie war. Dabei konnte man erkennen, daß die Brücke der Menschlichkeit, die wir jetzt schlagen können, nicht nur für den Tag wichtig ist, sondern daß sich hier in beide Richtungen ein Strom von Sympathie und Zuneigung zwischen den Völkern bewegt — und das ist ein Werk des Friedens.

Der Satz „Von deutschem Boden soll Frieden ausgehen“ gefällt mir gut, aber er darf nicht in der Theorie steckenbleiben. Wenn wir gefordert sind, in bitterer Not zu helfen, dann müssen wir wissen: Wir sind eines der reichsten Länder dieser Erde und wollen das tun, was wir tun können.

In meiner ersten Regierungserklärung 1982 — das habe ich schon erwähnt — sagte ich: „Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen!“ Wir haben in den letzten Jahren großartige Erfolge bei Abrüstung und Rüstungskontrolle erzielt. Bis 1994 wird die Bundeswehr zeitgleich mit dem Abzug der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte auf 370 000 Mann vermindert, alle Mittelstreckenwaffen weltweit sind bereits verschrottet, Kurzstreckenwaffen werden jetzt um 80 Prozent vermindert, auf deutschem Boden wird es künftig keine landgestützten Nuklearwaffen mehr geben, alle chemischen Waffen — die Amerikaner haben Wort gehalten — sind von deutschem Boden abgezogen.

Europa braucht die NATO

Trotzdem spüren wir gerade in diesen Tagen, daß wir die NATO auch in Zukunft brauchen, daß Sicherheitsrisiken bleiben, daß neue Sicherheitsrisiken hinzukommen können und daß es eine absolute Torheit wäre, auf Forderungen nach Abschaffung der Bundeswehr einzugehen. Wir brauchen auch als vereintes Deutschland im Rahmen der neuen europäischen Sicherheitsidentität, die wir in Maastricht beschlossen haben, eine einsatzfähige Bundeswehr, und wir sagen ja zu dieser Bundeswehr.

Denn ohne unseren Beitrag zur Lastenteilung innerhalb des Bündnisses werden

die Amerikaner nicht bei uns in Europa bleiben. Wir brauchen auch in Zukunft die amerikanische Präsenz in Europa.

Das, was wir jetzt in der Gemeinschaft im Blick auf eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und schließlich auch Verteidigungspolitik der Europäer diskutiert und beschlossen haben, ist ja nicht gegen die NATO gerichtet, sondern darauf, daß wir den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO gemeinsam mit unseren Freunden stärken. Dies erfordert nicht zuletzt, daß wir auch weiterhin zu unseren Soldaten stehen.

Es kann nicht angehen, daß nur die Gegner der Bundeswehr sich zu Wort melden. Sie können ihre Meinung doch deshalb frei zum Ausdruck bringen, weil die Soldaten der Bundeswehr, die Armee unserer Söhne, in den vergangenen Jahrzehnten ihre Pflicht getan haben.

Wir wollen auch zu weltweiter Partnerschaft unseren Beitrag leisten und uns an der Lösung globaler Aufgaben der Zukunft aktiv beteiligen. Die Armut in den Ländern der Dritten Welt, Krankheit, Hunger, Umweltzerstörung zu bekämpfen, das ist doch nicht irgendein Thema, das ist für christliche Demokraten ein zentrales Thema. Wer zu Recht feststellt, daß wir die Probleme der Welt nicht in Deutschland lösen können, der muß eben auch bereit sein, die Probleme dort lösen zu helfen, wo sie entstehen — vor Ort in den Entwicklungsländern.

Ich fand es außerordentlich gut und sympathisch, daß sich die Junge Union auf ihrem diesjährigen Deutschlandtag mit dieser menschlichen und moralischen Verpflichtung befaßt hat. Es ist wichtig, daß die junge Generation immer wieder deutlich macht: Es geht um ihren

Globus, um ihre Zukunft. Wir haben gemeinsam das Notwendige dazu beizutragen.

Die Bewahrung der uns Menschen anvertrauten Schöpfung, diese Herausforderung können wir nur in weltweiter Partnerschaft lösen. In einem sind wir uns als Partei der Mitte hoffentlich einig: Es ist eine zutiefst wertkonservative Aufgabe für unsere Partei, daß wir die Schöpfung bewahren.

Keine Generation hat das Recht, diesen Globus verkommen zu lassen. Wir haben vielmehr die Pflicht, den Schatz der Natur in bestmöglichem Zustand an nachfolgende Generationen weiterzugeben.

Die Vernichtung der tropischen Regenwälder, das Ozonloch über der Antarktis, die Gefahr weltweiter Klimaveränderung betreffen die Menschen überall in der Welt, hier in Dresden an der Elbe genauso wie am Amazonas. Meine herzliche Bitte ist: Überlassen wir dies nicht einer Handvoll — oft selbsternannter — Spezialisten! Es geht um eine Aufgabe für uns alle! Alle Kreisverbände, alle Landesverbände, alle Vereinigungen sind hier angesprochen.

In Erfüllung gegangen

Liebe Freunde, vor über 46 Jahren, am 26. Juni 1945, wurde die Christlich Demokratische Union Deutschlands in Berlin auch für die sowjetische Besatzungszone gegründet. Das war rund 50 Tage nach der Kapitulation. Die Gründung geschah mit dem Ziel, eine neue Ordnung in demokratischer Freiheit für unser Vaterland aufzubauen.

Fast alle der 35 Unterzeichner dieses Aufrufs waren Verfolgte des Naziregimes. 15 von ihnen waren Beteiligte, Eingeweihte

und dann auch Verfolgte im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944. Sie kamen zum großen Teil aus Zuchthäusern und Lagern des NS-Regimes. Sie standen, wie sie in ihrem Aufruf schrieben, „vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte“. Sie wollten mit ihren Freunden in allen damaligen Besatzungszonen den geistigen und materiellen Wiederaufbau Deutschlands beginnen. Doch nur in den westlichen Besatzungszonen konnte dieses Werk konsequent verwirklicht werden. Nicht nur die christlichen Demokraten, sondern unser ganzes Volk wurde gegen seinen Willen über 40 Jahre auseinandergerissen.

Heute sind wir mit diesem Parteitag in Dresden zum erstenmal in einem neuen Bundesland. Halten wir einen Moment inne und vergegenwärtigen wir uns, was das heißt! Es ist in Erfüllung gegangen, liebe Freunde, wofür die Gründergeneration damals angetreten ist: eine neue Ordnung in demokratischer Frei-

heit für unser Vaterland und für Europa. Deutschland ist heute ein wichtiges, ein geachtetes Glied in der Gemeinschaft freier Völker. Es war ein weiter Weg dorthin — aus Trümmern, aus weltweiter Verachtung.

Wir, die Christlich Demokratische Union, haben diesen Weg entscheidend mitprägen dürfen. Das Erbe Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Jakob Kaisers bleibt eine Verpflichtung auch für die Zukunft.

Liebe Freunde, wir haben in Schicksalsstunden unseres Volkes immer den Mut und die Kraft zu den notwendigen Entscheidungen gehabt. Ich bin sicher, wir werden sie auch jetzt haben bei der Gestaltung der inneren Einheit, bei der Wahrnehmung unserer größer gewordenen Aufgaben für eine friedlichere Welt, für Freiheit und Zukunft. Ich möchte uns dazu einladen, mit Mut und Entschiedenheit gemeinsam diesen Weg zu gehen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall — Die Delegierten erheben sich)

Hermann Gröhe: Der Kanzler hat sich zum Anwalt der Jugendlichen gemacht

Wenn ich an die jungen Leute in Dresden und in anderen Städten und Gemeinden der neuen Länder denke, dann waren es in den letzten Wochen sicher vor allem die Sorgen um eine gute und moderne Ausbildung, an denen sich Politik als konkreter Anwalt auch der Belange junger Menschen bewähren konnte und bewähren mußte.

Ich denke, es ist ein großartiger Erfolg, wenn heute festgestellt werden

kann, daß jeder Jugendliche in den neuen Ländern einen Ausbildungsplatz erhält.

Wir als Junge Union sagen auch Dank dafür, daß der Bundeskanzler in der Weise, in der er das Anfang der 80er Jahre auch im Westen getan hat, sich persönlich zum Anwalt dieses Anliegens gemacht hat. Sich konkret als Anwalt junger Leute zu bewähren: dies stärkt wieder das Vertrauen in uns, wie es notwendig ist.

Generalsekretär Volker Rühle:

Wir werden im nächsten Jahr eine Offensive der Parteiarbeit starten

Am Anfang meines Rechenschaftsberichts sollen drei Feststellungen stehen.

Erstens: Im kommenden Jahr wird die Regierung Helmut Kohl zehn Jahre im Amt sein. Ich denke, Sie werden alle zustimmen: Das waren zehn gute Jahre für Deutschland.

Ich weiß nicht, ob wir uns angesichts der dramatischen Veränderungen in den letzten beiden Jahren immer bewußt sind, was in diesen zehn Jahren bewirkt worden ist. Helmut Kohl hat vieles angesprochen, Ihnen die Zahlen zur Abrüstung genannt. Wir haben die Abrüstung heute weiter vorangetrieben, als die eifrigsten Ostermarschierer je gefordert haben; denn die haben bekanntlich immer nur einseitige Abrüstung gefordert.

Unsere Strategie war richtig. Wer den politischen Konflikt beseitigt — wie die Spaltung Deutschlands und Europas —, kann dann auch kräftig abrüsten. Viele Schwerter sind inzwischen zu Pflugscharen geworden, weil Freiheit und Menschenrechte in ganz Deutschland und in ganz Europa verwirklicht wurden.

Ich erinnere an die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, unsere Politik für die Familien, die Umweltpolitik. Wir haben als erste Partei Europas den Katalysator und bleifreies Benzin durchgesetzt. Und es war nicht zuletzt die CDU, die in Europa die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion entscheidend vorangebracht sowie die Ein-

heit und Freiheit unseres Vaterlandes wiederhergestellt hat. Das alles war nicht selbstverständlich, sondern ist das Ergebnis einer guten Politik, die von uns entwickelt und durchgesetzt wurde.

Zweitens: In wenigen Jahren geht dieses Jahrhundert zu Ende. Was werden Historiker dann über die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts schreiben? Sie werden schreiben — so denke ich —, daß zwei Politiker die deutsche Geschichte dieser Jahre nachhaltig geprägt haben: Konrad Adenauer und Helmut Kohl. Sie werden weiter schreiben, daß nach dem Zweiten Weltkrieg alle wesentlichen politischen Entscheidungen in Deutsch-

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Volker Rühle

land von der Union getroffen worden sind. Darauf, liebe Freunde, können wir stolz sein. Die deutsche Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist durch uns und durch unsere Ideen geprägt worden.

Drittens: Wir haben nicht nur alle wesentlichen Entscheidungen getroffen. Noch wichtiger ist: Wir haben jedenfalls alle wesentlichen Entscheidungen richtig getroffen. Wo stünden wir heute in Europa, wenn wir in den 50er Jahren nicht die Entscheidung für die Westbindung und für das Atlantische Bündnis gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt hätten?

Von der historischen Entscheidung Anfang der 80er Jahre im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß ist schon gesprochen worden.

Was wäre schließlich aus Deutschland geworden, wenn wir 1990 dem Rat der Sozialdemokraten gefolgt wären und die Einheit unseres Vaterlandes weniger zügig angestrebt hätten?

Die Sozialdemokraten hatten damals einen spöttischen Slogan, mit dem sie uns entgegengetreten sind. Sie haben gesprochen von „Deutschland, eilig Vaterland“. Heute weiß jeder Deutsche angesichts der Entwicklung in der Sowjetunion: Wenn wir es mit unserem Vaterland nicht so eilig gehabt hätten, hätten wir die Einheit unseres Vaterlandes nicht erreichen können!

Auf unsere Leistungen in der Vergangenheit können wir zu Recht stolz sein. Sie geben uns das notwendige Selbstbewußtsein und Vertrauen in unsere Leistungskraft, um auch in politisch stürmischen Zeiten Kurs halten zu können. Aber wir dürfen uns angesichts unserer Leistungen nicht selbstzufrieden zurücklehnen. Wir müssen als Partei fit bleiben und, wo das nötig ist, wieder fit werden für die großen Herausforderungen, die vor uns liegen.

In den 80er Jahren haben wir den Generationswechsel verschleppt, und die Formen unserer Parteiarbeit entsprechen längst nicht immer den Erwartungen der Bürger an uns. Deshalb, so meine ich, müssen wir die begonnenen Reformen konsequent fortsetzen. Vier Aufgaben halte ich für vordringlich.

Erstens: Jedes Jahr wächst das Durchschnittsalter unserer Mitgliedschaft um etwa ein halbes Jahr. Bei den unter 30jährigen sind wir inzwischen stark unterre-

präsentiert. Zum Charakter einer Volkspartei gehört aber, daß sich möglichst alle Generationen in der Struktur der Mitgliedschaft widerspiegeln.

Zweitens: 27 Prozent der SPD-Mitglieder und 25,6 Prozent der CDU-Mitglieder sind Frauen. Ob mit oder ohne Quote: Zu wenige Frauen — vor allem jüngere Frauen — fühlen sich von der Arbeit der politischen Parteien so angesprochen, daß sie sich auch als Mitglied engagieren.

Wenn fast ein Viertel aller CDU-Ortsverbände — wir haben das ganz nüchtern analysiert, und es unterscheidet uns von den anderen Parteien, daß wir uns dieser Diskussion offen stellen — keine oder nur eine einzige Frau als Mitglied hat, dann bedeutet das in aller Regel, daß Themen, die junge Frauen und Familien besonders betreffen, in diesem Ortsverband keine Rolle spielen und auch von niemandem in der örtlichen CDU glaubwürdig vertreten werden. Damit aber wird ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Identität vielerorts überhaupt nicht mehr sichtbar.

Die Gründe für diesen Zustand sind sicherlich vielfältig. Wir sollten sie nicht zuletzt in unserer Arbeitsweise suchen. Bieten wir wirklich Themen und Aktionsformen an, die besonders Frauen interessieren? Nehmen wir bei der Veranstaltungsplanung Rücksicht auf Frauen mit kleinen Kindern, die eher am Nachmittag, kaum aber am Abend Zeit haben?

Müßten wir nicht viel mehr Möglichkeiten schaffen, damit Frauen sich in der CDU nur für ein ganz bestimmtes Anliegen und auch nur auf Zeit engagieren, ohne Mitglied zu werden?

Ist es wirklich notwendig, daß eine Mutter, die sich z. B. für die Sicherheit ihrer Kinder auf dem Schulweg einsetzt, sich

an Bürgerinitiativen wenden muß?
Warum machen wir nicht ein Angebot
auf Zeit auch für eine solche Zusammen-
arbeit mit der CDU?

**Man muß ja nicht immer gleich in
die CDU eintreten, sondern es muß
auch möglich sein, andere Formen
der Zusammenarbeit auszuprobieren
und dann später vielleicht eine
festere Bindung einzugehen.**

Die Anziehungskraft einer politischen
Arbeit aber hängt nicht nur von dem Pro-
gramm ab, das sie sich gibt, sondern ent-
scheidend auch von den Persönlichkeiten,
mit denen die Partei in wichtigen
Politikbereichen identifiziert wird. Wer
mehr Frauen, wer mehr junge Menschen
in der CDU haben will, der muß zunächst
einmal dafür sorgen, daß mehr Frauen
und mehr junge Menschen in der CDU
politische Verantwortung übernehmen
und die Partei nach außen vertreten.

Das ist eine politische Führungsaufgabe,
eine Aufgabe, die nicht nur auf der Bun-
desebene wahrgenommen werden muß,
sondern in allen Orts-, Kreis-, Bezirks-
und auch Landesverbänden; denn auch
dort kann man sich Frauen an der Spitze
durchaus vorstellen.

Drittens: Wir werden im Jahr 1992
eine Offensive der Parteiarbeit starten,
um für das Superwahljahr 1994 fit zu wer-
den. Wir müssen sehr selbstkritisch prü-
fen, ob unsere Arbeitsweisen, ob unsere
Veranstaltungsformen noch zeitgemäß
sind. Wieviel Zeit wenden wir eigentlich
auf, um uns in Vorständen, internen
Arbeitskreisen und Parteiversammlungen
mit uns selbst zu beschäftigen?

**Wieviel Zeit bleibt uns eigentlich
für das Gespräch mit Bürgergrup-
pen und -initiativen? Wie attraktiv
sind unsere Veranstaltungen im
Wettbewerb mit anderen Möglich-
keiten, die Freizeit zu gestalten?**

Wie viele Chancen räumen wir kreativen Seiteneinsteigern in die Politik ein?

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir
nicht nur unsere Arbeitsweise, sondern
auch unsere Denkweise überprüfen müs-
sen.

Um wirklich Volkspartei bleiben zu kön-
nen, müssen wir auf ein breiteres Spek-
trum unserer Wählerschaft eingehen.
Gefordert sind von uns mehr Offenheit
und mehr Pluralität. Das muß auch inner-
parteilich verkräftet werden. Notwendig
ist eine größere Bereitschaft, die geistige
Auseinandersetzung mit Menschen und
Gruppen auch außerhalb der CDU zu
suchen, unterschiedliche Meinungen zu
ertragen und eine diskussionsfreudige
und in einem guten Sinne streitbare Par-
tei zu sein.

**Ich bin für eine spannende Partei,
wie das in diesen Tagen auch wieder
angeregt worden ist, aber spannend
ist es vor allem dann, wenn man
sich wirklich schwierigen, auch
schmerzhaften Diskussionen stellt.**

Ich glaube, mit den offenen Diskussions-
foren, die wir morgen hier in Dresden
durchführen, können wir einen Beitrag
leisten, um das offene Gespräch zu pfl-
gen.

Die Erneuerung unseres Grundsatzpro-
gramms schafft eine hervorragende Mög-
lichkeit, neben der organisatorischen
Reform auch unser inhaltliches Profil neu
zu schärfen.

Viertens: In den neuen Landesverbän-
den ist im zurückliegenden Jahr eine tief-
greifende Organisationsreform in Angriff
genommen worden. Es wurden neue
Arbeitsstrukturen geschaffen, die Zahl
der Kreisgeschäftsstellen ist von über 200
auf rund 80 verringert worden. Ich meine,
daß hier insgesamt eine Leistung erbracht
worden ist, für die ich den Kollegen in

den neuen Ländern — und wir alle — ein Wort des Dankes und der Anerkennung sagen möchte; denn das ist eine gewaltige Umstrukturierung.

Als Starthilfe hat die Bundespartei die neuen Landesverbände durch ein technisches Infrastrukturprogramm unterstützt. Auch in den kommenden Jahren müssen wir dort beim Aufbau der Parteiarbeit helfen. Der Parteivorsitzende hat sich deshalb in diesen Tagen an alle Mitglieder der westlichen Parteigliederungen gewandt und sie um einen Solidarbeitrag zur Unterstützung dieser Aufbauarbeit gebeten. Auch ich möchte an Sie appellieren: Helfen Sie mit, daß der Aufbau in den neuen Landesverbänden gelingen kann! Ein Erfolg liegt in unser aller Interesse.

Wir sind eine CDU, und nur wenn alle Gliederungen in der Lage sind, erfolgreich zu arbeiten, wird auch die CDU insgesamt erfolgreich arbeiten können.

Ich verweise im übrigen auf den Rechenschaftsbericht der Bundesgeschäftsstelle, was die Arbeit als wiedervereinigte Partei im ersten Jahr angeht.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort des Dankes sagen an unseren Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher und alle Mitarbeiter in Bonn für ihre hervorragende Arbeit und ihren großen Einsatz.

Ich weiß nicht, wie viele es wissen — oder schon verdrängt haben: Wir hatten im Jahre 1989 eine äußerst komplizierte Finanzsituation, um es zurückhaltend auszudrücken. Wir haben daraufhin entscheidende Einsparungen auch in der Bundesgeschäftsstelle vorgenommen. Und ich muß Ihnen sagen, ich bin stolz darauf, daß wir heute mit 50 Mitarbeitern weniger arbeiten als vor der deutschen Einheit, d. h. eine viel größere Aufgabe

bewältigen mit sehr viel weniger Mitarbeitern. Das ist ein gewaltiger Beitrag zu der notwendigen Sparsamkeit in der Partei.

Liebe Freunde, in den vergangenen Monaten ist vor allem in den neuen Landesverbänden eine intensive, aber auch sehr schwierige Diskussion über die Bewältigung der Vergangenheit geführt worden. Ich glaube, es war richtig, daß wir uns als Partei dieser Diskussion gestellt haben. Sie wird uns — trotz aller Schwierigkeiten — letztlich stärken und nicht schwächen, weil wir dadurch Glaubwürdigkeit gewinnen. Das Vertrauen der Bürger werden diejenigen gewinnen, die sich offen und vorbehaltlos ihrer Geschichte stellen.

Beispielgebend in dieser Diskussion sind der Görlitzer Leitantrag der sächsischen CDU und die Arbeitsergebnisse, die von der Reformkommission der Thüringer CDU unter Minister Zeh entwickelt wurden. Und allein schon die Tatsache, daß diese beiden wichtigsten Arbeitsergebnisse in den neuen Bundesländern entwickelt wurden, zeigt, daß die Diskussion im Kern dort geführt wird, weil auch die Menschen in den neuen Bundesländern vor allen Dingen auf eine solche Diskussion hoffen.

Wir freuen uns über die langjährigen Mitglieder in den östlichen CDU-Landesverbänden, die als Christen in der Vergangenheit vielfach an der Basis der Partei Zuflucht gefunden haben. Wir freuen uns aber auch über solche neuen Mitglieder, die aktiv gegen das SED-Regime Widerstand geleistet haben. Ich freue mich z. B., daß ein Mann wie Pfarrer Rainer Eppelmann heute Mitglied der CDU ist, daß er zu uns gehört und mit uns zusammen kämpft.

Andere Parteien versuchen noch immer, dem Thema zu entkommen. Ich bin aber überzeugt, es wird ihnen nicht gelingen. Der SPD-Vorsitzende Engholm hat in seiner Bremer Parteitagrede behauptet: „Was im Osten Deutschlands gescheitert ist, kann mit unserem Namen nicht verbunden werden. Kommunismus und Sozialdemokratie sind traditionell gekennzeichnet durch unüberbrückbare Gegensätze.“

Ich glaube, Herr Engholm hat hier ein sehr kurzes Gedächtnis. Denn wo waren diese unüberbrückbaren Gegensätze, als die Sozialdemokraten der SED in einem gemeinsamen Papier den Anspruch bestätigten, „Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen“? Was war das denn anderes als Wandel durch Anbiederung?!

Und ich frage weiter: Wo waren diese unüberbrückbaren Gegensätze, als Teile der SPD der KPD die Hand entgegenstreckten und die SED damit erst möglich wurde im östlichen Teil Deutschlands?

Und wo sind diese unüberbrückbaren Gegensätze heute, wenn Herr Engholm ehemalige SED-Mitglieder öffentlich zum Eintritt in die SPD ermuntert? Ich frage mich, wie solches Werben um SED-Mitglieder heute auf jene Regimegegner wirken muß, die 1989 die SPD in der DDR neu gegründet haben.

Die SPD hatte in der Vergangenheit, wie es die Bürgerrechtlerin Freya Klier einmal formuliert hat, dem „erzreaktionären SED-Klüngel die Absolution erteilt“. Bevor das nicht aufgearbeitet ist, können die Sozialdemokraten nicht glaubwürdig um neues Vertrauen werben.

Auch die FDP wird nicht umhinkommen, sich der Vergangenheit der LDPD und NDPD zu stellen. Man kann nicht deren umfangreiches Parteivermögen in den

neuen Ländern schlucken, ohne zu fragen, unter welchen Bedingungen dieses Vermögen erworben wurde, nämlich im wesentlichen durch direkte Zuwendungen von der SED!

Nein, hier muß man einen klaren Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen, wenn man Glaubwürdigkeit erreichen will. Wir jedenfalls wollen mit dem finanziellen Gebaren der SED nichts zu tun haben.

Liebe Freunde, wir haben in diesem ersten Jahr der Einheit weitreichende Entscheidungen treffen und auch als Partei vertreten müssen. Rückschläge und Verluste waren zu verkraften. Es ist richtig: Die CDU trägt die Hauptlast bei der Vollendung der inneren Einheit.

Bei aller Genugtuung über das bisher Erreichte bleiben wir dennoch nüchtern. Die Schwierigkeiten, die vor uns liegen, müssen offen angesprochen werden. Dann, glaube ich, werden wir die Menschen auch davon überzeugen, daß wir die Partei sind, die am ehesten mit diesen Schwierigkeiten fertig werden kann.

Wenn Sie sich die Führungsdiskussionen der SPD heute anschauen, dann müssen Sie feststellen, daß sie nicht einmal die Zeit hat, politische Alternativen zu entwickeln. Sie beschäftigen sich fast ausschließlich mit internen Führungsproblemen und sind unfähig, Konzepte für die Bewältigung der Herausforderungen zu entwickeln, vor denen unser Land jetzt steht.

Es entspricht dem normalen demokratischen Wettbewerb — wir kennen das aus der eigenen Partei —, sich um Führungsaufgaben zu bewerben. In der SPD aber gibt es im Augenblick einen Wettlauf darum, Verantwortung nicht übernehmen zu müssen. Die Kanzlerkandidatur wird in der SPD herum-

gereicht wie eine heiße Kartoffel. Ich meine, wer so wenig zur Übernahme von Verantwortung in der eigenen Partei bereit ist, der ist auch unfähig, Verantwortung für Deutschland zu tragen.

Wer von uns hat nicht schon von der Toskana gehört, und wer liebt sie nicht, diese herrliche europäische Landschaft, diese wunderschöne Region? Wer möchte dort nicht Urlaub machen? Aber eines muß man auch sagen: Der Weg ins Kanzleramt führt ganz gewiß nicht über die Toskana. Das müssen die Herren von der Sozialdemokratie noch begreifen.

Im übrigen bin ich auch ganz sicher: Die Deutschen wählen niemanden zum Kanzler, der stolz darauf ist, daß er seinen Arbeitstag gelegentlich erst um 10 Uhr morgens beginnt. Die Deutschen wissen nämlich ganz genau, daß es harte Arbeit erfordert, um dieses Land durch die Schwierigkeiten hindurchzusteuern.

Seit einiger Zeit gibt es in der deutschen Politik einen neuen Begriff: die „Ampel-Koalition“ — ein Bündnis von Roten, Gelben und Grünen. Das klingt zunächst harmlos und sogar hilfreich, denn eine Ampel soll ja den Verkehr sichern.

Aber die Bündnisse von SPD, FDP und Grünen in Brandenburg und Bremen sind alles andere als harmlos; sie sind in Wirklichkeit Bündnisse gegen die Bürger. Diese Ampeln zeigen nur eine Farbe, nämlich Rot für die Anliegen der Bürger.

Das Land Brandenburg etwa braucht — wie alle neuen Bundesländer — schnell Entscheidungen zur Lösung der großen Infrastrukturprobleme. Aber die dort regierende Ampel-Koalition unter Ministerpräsident Stolpe hat aus parteipolitischen Gründen das Beschleunigungsge-

setz abgelehnt, das auch für die Bürger Brandenburgs schnell den Bau moderner Verkehrswege ermöglichen soll. Wenn nicht andere Bundesländer gehandelt hätten, wäre schwerer Schaden entstanden. Dieses Beispiel zeigt: Solche Koalitionen sind Bündnisse gegen die Interessen der Länder, denn auch die Brandenburger brauchen schnelle Entscheidungen.

Das Bundesland Bremen befindet sich durch das Versagen eines abgewirtschafteten SPD-Senats in einer desolaten Situation. Es ist klar und die Umfragen haben es ergeben: Wer dort eine Ampel-Koalition eingeht, schafft ein Bündnis gegen die Bürger. Die Bürger Bremens werden durch dieses Regierungsbündnis um ihre Zukunft betrogen. Deswegen unterstützen wir die Kollegen in Bremen bei ihrem Kampf gegen dieses Bündnis gegen die Bremer Bürger.

Liebe Freunde, wir müssen bei der Bundestagswahl 1994 einerseits eine Erfolgsbilanz im Hinblick auf die Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Deutschland vorweisen können. Wir müssen andererseits aber auch rechtzeitig unsere Vision für die Zukunft Deutschlands in einem sich grundlegend ändernden Europa und in einer immer enger zusammenwachsenden Welt mit einem zunehmend dramatischer werdenden Wohlstandsgefälle entwickeln.

Wir wollen 1994 Anerkennung für die von uns geleistete Arbeit in Deutschland. Wir kämpfen aber vor allem auch um ein Mandat für die Gestaltung der Zukunft in Deutschland.

Die CDU hat in den 50er und 60er Jahren auf die damaligen Fragen der Zeit die richtigen Antworten gegeben. Die wesent-

lichen Stichworte hießen: Soziale Marktwirtschaft, Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft und das Atlantische Bündnis.

Heute sind uns neue Herausforderungen gestellt. Jetzt müssen wir neue Antworten zur Lösung der Zukunftsaufgaben in einer sich verändernden Welt geben. Die Stichworte müssen sich ändern. Sie heißen heute:

Erstens: Wir müssen das Prinzip der Subsidiarität konsequent verwirklichen. Wir müssen die Staatsaufgaben auf das wirklich Notwendige begrenzen, d. h. den Sozialstaat umbauen und eine neue Kultur des Helfens entwickeln.

Zweitens: Angesichts einer zunehmend stärker werdenden internationalen Konkurrenz müssen wir auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland in Europa und in der Welt achten.

Drittens: Wir wollen ein freies und geeintes Europa schaffen, in dem alle Demokratien unseres Kontinents ihren Platz finden, in dem Freiheit und Frieden gesichert sind und das in enger Zusammenarbeit zu mehr Gerechtigkeit in der Welt beiträgt.

Wir haben viel erreicht — das gilt auch für Maastricht —, aber wir werden von unseren Mitbürgern auch gefragt: Was ist ein Europa wert, wenn es ihm nicht gelingt, einen Bürgerkrieg wie den, der im Augenblick in Jugoslawien tobt, zu beenden?

Der Zerfall der Sowjetunion ist eine Situation ohne Beispiel in der Weltgeschichte, an Gefährlichkeit nicht zu vergleichen mit dem Zerfall anderer Imperien oder Weltreiche. Er kann sich zu einer Tragödie entwickeln. Der Westen, wir alle, haben in der Vergangenheit nicht nur Milliarden, sondern wahrscheinlich Billionen ausgegeben, damit wir uns gegen einen potentiellen Aggressor schüt-

zen. Ich meine, wir müssen jetzt auch Mittel einsetzen, um uns gegen unbeabsichtigte Explosionen im Zerfallsprozess dieses ehemaligen potentiellen Aggressors zu schützen. Es sollte uns leichter fallen, zu helfen bei der Demobilisierung starker Streitkräfte, beim Abbau des militärisch-industriellen Komplexes. Die sozialen Folgen dieses lange ersehnten Prozesses müssen mit unserer Hilfe aufgefangen werden. Das ist eine entscheidende Aufgabe der Sicherheitspolitik in unserer Zeit.

Viertens: Die Bewahrung der Schöpfung ist zur Überlebens-Aufgabe geworden, bei der es um die Bewältigung des ökologischen Erbes des Sozialismus in Deutschland und Europa geht, aber auch um eine globale Umweltaußenpolitik, die mithilft, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu bewahren.

Fünftens: Das vereinte und souveräne Deutschland muß seine größer gewordene Verantwortung für Freiheit, für Menschenrechte, Demokratie und Frieden in der Welt wahrnehmen.

Liebe Freunde, vor uns liegen schwierige Aufgaben. Deren Lösung wird uns alle Kräfte abverlangen. Wir werden dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn wir uns nicht selbstzufrieden zurücklehnen, sondern wenn wir die Reform der Partei im Organisatorischen, in der Arbeitsweise energisch betreiben und wenn wir uns öffnen für schwierige Diskussionen, für alle Gruppen in der Gesellschaft, damit wir in ganz Deutschland eine Volkspartei werden.

Dann werden wir stark genug sein, um die vor uns liegenden Aufgaben zu lösen und um die schwierigen Zeiten zu bewältigen. Dann bleiben wir die Partei für eine gute Zukunft in Deutschland.

(Anhaltender lebhafter Beifall) ■

Alfred Dregger:

Die beste Aufarbeitung der Vergangenheit ist die Arbeit für die Zukunft

Heute berichte ich zum neunten Mal und zugleich zum letzten Mal über die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion. Wolfgang Schäuble, der seit dem 25. November die Fraktion führt, wird meinen Bericht ergänzen. Unsere Hoffnungen richten sich jetzt vor allem auf Wolfgang Schäuble.

Deshalb möchte ich vor dem Bundesparteitag wiederholen, was ich beim Stabwechsel vor der Bundestagsfraktion gesagt habe: Wir wünschen Wolfgang Schäuble Gottes Segen, Kraft, Geduld, Beständigkeit und das Stück politischer Leidenschaft, ohne die die Lasten und auch die Freuden dieses Amtes nicht getragen werden können.

Nach dem Bundeskanzler, der die Richtlinien bestimmt, ist es vor allem der Fraktionsvorsitzende, der Garant sein muß für die Handlungsfähigkeit und damit auch für die Handlungseinheit der Union. In der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU, die jetzt 318 Mitglieder zählt, darf es kein Gegeneinander, auch kein beziehungsloses Nebeneinander, sondern nur ein wenn auch manchmal streitiges Miteinander für die Einheit und die Handlungsfähigkeit der Fraktion geben. So war es neun Jahre, und ich denke, so wird es bleiben.

Meine Damen und Herren, die Arbeit der Fraktion galt vor allem Deutschland und der Union.

Zunächst zu Deutschland: Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als wollten Opposition und Teile der Medien besorgen,

was nicht einmal der SED gelungen war, nämlich Deutschland kaputtzureden. Dieses Zusammensein von Klagemauer und Schadenfreude war unerträglich.

Wir müssen ganz nüchtern sehen, was da geschah. Diejenigen, hüben wie drüben, die sich eingerichtet hatten in der Bequemlichkeit der Teilung, wurden 1989 von den Entwicklungen überrollt. Sie hatten keine Zeit, sich darauf einzustellen, keine Zeit, ihre Kampagnen dagegen zu inszenieren. Deshalb haben sie es dem Bundeskanzler Helmut Kohl auch so

Bericht des Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alfred Dregger

übelgenommen, daß dieser die kurze und einmalige Chance der Wiedervereinigung beim Schopfe gepackt hat.

Deshalb hat der Bundeskanzler den Europapreis für Staatskunst, den er vor einigen Wochen in Straßburg verliehen bekommen hat, mehr als verdient. Der Parteitag beglückwünscht Sie, Herr Bundeskanzler, zur Verleihung dieses Preises und mehr noch zu Ihrer wahrhaft historischen Leistung.

Partei und Fraktion haben Anteil an dieser Leistung. Wir haben das Ziel der deutschen Einheit nie aufgegeben. Wir haben Jahrzehnte hindurch unverdrossen

gegen allen Hohn und Spott an der Einheit unseres Vaterlandes festgehalten. Wir haben dieses Ziel immer wieder in der Öffentlichkeit geltend gemacht, im Deutschen Bundestag, in öffentlichen Veranstaltungen und auch in Gesprächen mit ausländischen Nachbarn und Freunden.

Stützen konnten wir uns dabei auf den Deutschlandvertrag, durch den sich unsere westlich Verbündeten verpflichtet hatten, für die Einheit Deutschlands einzutreten. Konrad Adenauer hat diesen Vertrag ausgehandelt — übrigens bevor er dem Wunsch der späteren Alliierten Deutschlands nachkam, die Bundeswehr aufzustellen.

Wir haben es nicht versäumt, den einen oder anderen auf seine Verpflichtungen aus dem Deutschlandvertrag hinzuweisen. Aber die allermeisten haben aus eigenem Antrieb die deutsche Einheit unterstützt. Das gilt insbesondere für den amerikanischen Präsidenten Bush und auch für den Präsidenten der Sowjetunion Gorbatschow. Dafür sind wir dankbar.

Wir mußten vor allem auch innere Widerstände überwinden, nicht zuletzt die der SPD. Anstatt für die Einheit Deutschlands einzutreten, ist sie in den entscheidenden Monaten auf Distanz zur Einheit gegangen. Darunter leidet sie noch heute. Heute machen manche den Eindruck, daß sie sich an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den neuen Bundesländern geradezu ergötzen. Es sind dieselben, die vor der Wende den SED-Unrechtsstaat als einen ganz normalen Staat bewertet haben, mit dem man nicht nur diplomatische, sondern auch parteipolitische Beziehungen pflegen konnte. Dabei war die Unfreiheit im SED-Staat ebenso total wie das System repressiv und totalitär war. Dieser Staat war kein Staat der Bürger, es war ein Staat der Täter und der Opfer.

In unseren Medien dürfen heute die Täter, ob sie nun Schalck-Golodkowski, Honecker oder Markus Wolf heißen, die Szene beherrschen. Das ist unanständig. Ich sehe darin einen Mißbrauch der Mikrophone und der Bildschirme.

Ich fordere dazu auf, den Opfern Gelegenheit zu geben, sich öffentlich zu äußern, und nicht den Tätern, die in der Maske des Biedermannes auftreten.

Ein ernster Punkt, zu dem ich etwas sagen möchte: Ich glaube nicht, daß wir eine bessere Zukunft gewinnen können durch das, was man Vergangenheitsbewältigung nennt. Vergangenheit kann man nicht bewältigen; man kann sie nur überwinden.

Natürlich dürfen wir die SED-Vergangenheit nicht ausklammern. Das tun wir ja auch nicht. Wir werden die SED-Diktatur auch durch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages aufarbeiten. Aber der Weg zum inneren Frieden im vereinten Deutschland würde verbaut, wenn wir die SED-Vergangenheit in den Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns rücken würden.

Ich verstehe natürlich die Wut der Opfer im ehemaligen SED-Staat auf ihre Peiniger, die Wut der Menschen, die ihr Leben in Angst verbringen mußten, die verboten wurden oder verbogen werden sollten. Verbrechen aus dieser schrecklichen Zeit müssen natürlich verfolgt werden; das ist klar. Ebenso klar ist auch, daß die Peiniger von gestern nicht die Herren von heute sein dürfen. Da gibt es sicherlich manches zu korrigieren; das ist wahr.

Dennoch sage ich: Wer Gerechtigkeit nur in der Vergangenheit sucht, könnte leicht die Zukunft verlieren. Die beste Aufarbeitung der Vergangenheit ist die Arbeit für die

Zukunft, für die Zukunft ganz Deutschlands, für seine Freiheit, für seine Einheit, für seine Ehre — ja, für seine Ehre! — und für Gerechtigkeit. Das ist die Aufarbeitung der Vergangenheit durch Arbeit für die Zukunft.

Dazu werden alle gebraucht, die ehrlich mitwirken wollen, gleichgültig ob sie vor oder nach der Wende oder überhaupt nicht in die CDU eingetreten sind, gleichgültig auch, ob sie im Westen oder in Mitteleuropa gelebt haben.

„Alte“ oder „neue“ Mitglieder, „Ossis“ oder „Wessis“: das sind keine Kategorien, die ich akzeptieren könnte. Wir alle sind Deutsche, und wir alle sind Anhänger der Union. Jeder von uns sollte seinen Beitrag leisten können und ihn dann auch tatsächlich erbringen.

Im übrigen: je mehr Menschen vom Schwung unseres Erfolges getragen werden, desto stärker wird unsere Kraft. Wir sollten auch deshalb niemanden, der in Frage kommt, an der Teilnahme hindern. Meine Damen und Herren, damit komme ich zur Union. Die Union ist es, die den Deutschen nach dem Krieg den Weg in die Zukunft gewiesen hat. In seinen Erinnerungen sagt Konrad Adenauer — ich zitiere ihn ganz kurz —:

„Der Sinn des Staates muß es sein, die schöpferischen Kräfte eines Volkes zu wecken, zusammenzuführen, zu pflegen und zu schützen.“

Wir in der Union haben dies getan. Wir wollen dies auch in Zukunft tun.

Es gibt in Europa keine Regierung, die erfolgreicher wäre als die unionsgeführte, als die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl.

Es gibt zur Zeit auch keine denkbare

deutsche Regierung, die geeigneter wäre, die deutsche Einheit zu vollenden und zur Vereinigung Europas beizutragen. Beides, deutsche Einheit und europäischer Zusammenschluß, ist unser Ziel. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts — und wir müssen das mal auf dem Hintergrund der Geschichte sehen — stand Deutschland allein.

Wir hatten kaum Verbündete, und wenn, dann nicht immer die richtigen. Heute, meine Damen und Herren, sind wir die Verbündeten des Westens und zugleich die bevorzugten Partner des Ostens. Das ist für ein Volk in der Mitte, das die meisten Nachbarn hat und deswegen die größten Risiken trägt, eine Traum-Konstellation.

Diese Konstellation ist das Ergebnis unserer Politik, und diese Konstellation in die Zukunft zu tragen ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.

Trotz unserer Erfolge haben wir Wahlen verloren. Woran liegt das? An den Inhalten unserer Politik liegt es nicht. Diese haben sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Liegt es am Verkauf dieser Politik? Das hören wir oft draußen im Lande. Seit vielen Jahren wird uns gesagt: Eure Politik ist gut, aber ihr verkauft sie schlecht! — Ich glaube, wir sollten es uns nicht zu einfach machen.

Politik ist nicht nur eine Sache der Regierung. Für den Verkauf gilt das erst recht. Es handelt sich um unsere Politik, die Politik der gesamten Union, und für den Verkauf dieser Politik ist nicht nur die Union als Ganzes, sondern jeder einzelne ist dafür verantwortlich. Keiner darf sich zurücklehnen, wenn die Union oder Freunde der Union unfair angegriffen werden. Dann müssen wir den Mund aufmachen, jeder einzelne!

Ich habe den Eindruck, daß hier die Defizite noch groß sind und daß da sehr viel abgebaut werden muß. Mutig müssen wir sein, klar, und wir müssen unsere Position vertreten. Jeder einzelne muß es tun.

Zum Erfolg gehört auch, daß wir ein klares und notfalls kantiges Profil haben. Dieses Profil, das uns unverwechselbar, das uns stark, das uns mehrheitsfähig macht, — das müssen wir auch zeigen. Seien wir uns im klaren: gewählt werden wir nicht wegen der Gemeinsamkeiten, sondern wegen der Unterschiede zu den anderen Parteien, und die gilt es herauszuarbeiten.

Unsere Geschichte ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben die katholische Soziallehre, die evangelische Sozialethik und das Gedankengut der neoliberalen Schule zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verbunden, das heute ein Weltmodell ist. Wir, die Union, schaffen wirtschaftliche und soziale Stabilität!

Ein zweiter Punkt, der wichtig ist: Wir haben die Idee des Nationalstaates mit der europäischen Idee verbunden. Wir schaffen Europa nicht, um seine Nationen abzuschaffen, sondern um diesen die Möglichkeit zu bieten, ihre Identität zu wahren. Es sind ja Weltkulturen und nicht Provinzdialekte: das Deutsche und das Italienische, das Englische, das Französische und die anderen europäischen Sprachen.

Wir gehen nicht in Europa auf. Die deutsche Nation bleibt wie die französische, die britische, die polnische und all die anderen unentbehrlicher Bestandteil Europas, dessen Reichtum die Vielfalt, nicht die Uniformität ist.

Wir Deutschen haben immer den kulturellen Austausch mit den anderen Kultu-

ren Europas und der Welt gepflegt, mehr als andere. Man muß wissen: wer hat denn die polnische, die tschechische, die slowakische Nationalkultur aus den Trümmern der Vergangenheit wiederaufgebaut? Das waren deutsche Gelehrte! Wenn Sie nach Indien kommen, — wer hat die Indologie begründet?! Wir lieben die Ausländer, und wir lieben auch ausländische Kulturen. Aber damit der Austausch möglich bleibt, bleiben wir, was wir sind: das deutsche Volk in einer deutschen Gesellschaft mit einer deutschen Kultur.

Denn Austausch setzt ja Verschiedenheit voraus. Wenn keine Unterschiede bestehen, können Sie nichts mehr austauschen; dann kann man höchstens noch umrühren.

Die Politik der CDU/CSU ist sozial, liberal und national; sie ist konservativ und europäisch. Keines dieser Elemente ist verzichtbar, auch nicht das nationale.

Warum haben wir die Last des Zusammenschlusses in den neuen Bundesländern wie in der alten Bundesrepublik Deutschland auf uns genommen? Doch nur deshalb, weil beiderseits der Teilungsgrenze Deutsche lebten, die Deutsche waren, Deutsche sind und es bleiben wollen!

Das war doch der Grund für unsere Anstrengungen. Das Nationale wird auch für die Zukunft ein wesentlicher Faktor politischer Integration bleiben.

Auf der anderen Seite wissen wir — das sage ich ebenso klar —, daß die Elemente sozial, liberal und national Teilwahrheiten enthalten, die durch Verabsolutierung zu Unwahrheiten werden. Das christliche Menschenbild bewahrt uns davor, diesen falschen Weg zu gehen. Andere setzen das Soziale absolut, lösen es von seinen

Bedingungen. Dann wird daraus Sozialismus. Wir aber wissen: Sozial ist gut, Sozialismus ist schlecht — in allen seinen Varianten.

Für die anderen Teilwahrheiten gilt das ebenso: Liberal ist gut, aber ein Liberalismus, der in seinen Ansätzen rücksichtslos und egoistisch ist, ist schlecht. Wir haben keine liberale Marktwirtschaft, wir haben eine soziale Marktwirtschaft, und so heißt sie von Anbeginn.

National ist gut, aber ein die Rechte anderer Völker verletzender Nationalismus ist schlecht, ist eine furchtbare zerstörerische Kraft, wie wir es in Deutschland erlebt haben und jetzt in Jugoslawien erleben.

Auf das Maß kommt es an und darauf, daß das eine Element nicht zu Lasten des anderen verherrlicht wird. Halten wir an unserem Gesamtbild vom Menschen fest, an unserem christlichen Menschenbild, dann werden wir die große Volkspartei bleiben, die die Mehrheit unseres Volkes in einer politischen Heimat zusammenführt.

Ein Letztes: Hinzu kommen muß das Kämpferische. Wir müssen unsere Politik und unsere Grundsätze solidarisch und offensiv vertreten. Meine Damen und Herren, wer nicht von sich selbst überzeugt ist, der kann auch andere nicht überzeugen; das hängt irgendwie miteinander zusammen.

Die Union muß eine kämpferische Gemeinschaft bleiben und dort, wo sie es nicht oder nicht mehr ist, wieder werden. Wir kämpfen um die Herzen der Menschen. Die Menschen sind nicht vor allem „kopfgesteuert“, mögen sie noch so klug sein oder sich dafür halten.

Der Zentralpunkt des Menschen ist das Herz. Die Menschen werden unserer Politik auf Dauer nur zustimmen, wenn diese mit ihrem Denken und Fühlen in Einklang steht. Es ist die Seele des Menschen, die seine Würde ausmacht.

Am Ende meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender — nicht als CDU-Politiker; das bleibe ich natürlich — darf ich sagen: Wenn wir das, was ich angedeutet habe, beherzigen, wenn wir fähig sind, uns den Menschen wirklich und ehrlich zuzuwenden, dann werden wir das Fundament verbreitern, auf dem Vertrauen wächst, jenes Vertrauen, das unserer Partei auch in Zukunft Mehrheiten ermöglicht.

Ich fasse zusammen: Seien wir stolz auf das Geschaffene, verteidigen wir unsere Werte, und arbeiten wir für die Zukunft unseres Volkes.

Es lebe Dresden, diese herrliche Kulturstadt, die wieder aufblühen wird!

Es lebe Sachsen, der Stamm der Sachsen und ihr Freistaat, und es lebe Deutschland, unser Vaterland!

(Anhaltender Beifall)

Helmut Kohl: *Lieber Alfred Dregger, ich habe Ihnen persönlich für Freundschaft und Kameradschaft, für Hilfe und Unterstützung zu danken. Auch und vor allem habe ich Ihnen dafür zu danken, daß Sie — auch im Verhältnis zu den Jüngeren — immer versucht haben, einen ganz selbstverständlichen Gesprächskontakt und ein selbstverständliches Miteinander herzustellen. Wir wünschen Ihnen noch viele gute und erfüllte Jahre in unserem Kreise. Wir wollen und brauchen Ihren Rat und Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank!*

Wolfgang Schäuble:

Statt Selbstgerechtigkeit brauchen wir die Bereitschaft zum Verstehen

Der Dank der Partei an Alfred Dregger, das ist eine bewegende Stunde auch für mich. Wir sind in dieser Partei und in unserer Fraktion eine Gemeinschaft, die sich in vielen Auseinandersetzungen und bei vielen auseinanderstrebenden Interessen immer neu bewähren muß.

Alfred Dregger hat soeben die Grundlagen unserer Gemeinschaft beschrieben, die uns die Kraft geben, diese Aufgaben zu meistern. Wir, die 318 Abgeordneten von CDU und CSU im Deutschen Bundestag, sind entschlossen, auf dieser Grundlage weiterzuarbeiten und unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Maß und Mitte, unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen, unser vom christlichen Glauben geprägtes Bild vom Menschen und seinem Auftrag sind es, die uns befähigen, unser Volk zu einen und unser Land zu führen.

Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Deshalb haben wir mit Helmut Kohl auch die Einheit in Frieden und Freiheit erreicht. Nun gilt es, die Einheit zu vollenden. Dem ist dieser Dresdner Parteitag gewidmet, und das ist auch die vorrangige Aufgabe der Fraktion der CDU/CSU in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, der ersten im wiedervereinigten Deutschland.

Wir sind in der Fraktion dabei, zwischen Kollegen aus neuen und alten Ländern gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis zu lernen

und zu üben. Das ist nicht leicht bei so unterschiedlichen Erfahrungen.

Ich möchte ein Wort des Dankes sagen an unsere Kollegen aus den östlichen Bundesländern, die mehr an Spannungen, Erwartungen und Enttäuschungen aushalten müssen, als viele sich vorstellen können, und die deshalb Anspruch auf mehr Solidarität haben.

Ich möchte die stellvertretenden Vorsitzenden unserer Fraktion, Maria Michalk

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Wolfgang Schäuble

und Johannes Nitsch, nennen und den Parlamentarischen Geschäftsführer Clemens Schwalbe und die Vorsitzenden unserer Landesgruppen, Michael Wonneberger aus Brandenburg, Paul Krüger aus Mecklenburg-Vorpommern, Rolf Rau aus Sachsen, Rainer Krziskewitz aus Sachsen-Anhalt und Udo Haschke aus Thüringen. Ich möchte auch Günther Krause und Angela Merkel nennen.

Ich sagte, wir versuchen, Verstehen und Rücksichtnahme zu lernen und zu üben. Beim Tempo und beim Ausmaß der Veränderungen, denen die Menschen im so lange geteilten Deutschland ausgesetzt sind, bei den Wechselbädern von Betroffenheit und Verdrängungen ist die Gefahr groß, daß wir uns gegenseitig überfordern.

Statt Selbstgerechtigkeit und Beserwisserei brauchen wir die Bereitschaft zum Zuhören und Verstehen.

Erneuerung tut not und die Einsicht in Fehler, Verstrickung und Verantwortung. Aber wir müssen auch begreifen, daß die Teilung und die Vergangenheit gemeinsames Erbe und gemeinsame Last sind. Die meisten hatten im geteilten Deutschland nicht die Chance, sich auszusuchen, ob sie im Westen oder im Osten leben wollten, und die einen wie die anderen haben sich so gut wie möglich ihr Leben einzurichten versucht. Da hat nicht der eine alles ganz richtig und der andere alles ganz falsch gemacht.

Oder auf aktuelle Aufgaben bezogen: Die im Westen müssen sich daran erinnern, daß die Soziale Marktwirtschaft nach dem Krieg auch nicht von heute auf morgen gelernt und akzeptiert wurde und daß auch im Westen viele Abstriche von der reinen Lehre gemacht wurden und Kompromisse — auch faule — immer neu eingegangen werden. Die im Osten sollten ertragen, daß Erfahrungen auch mit eigenen, früher selbst gemachten Fehlern vorhanden sind, die man ungern ungenutzt sehen möchte und auf die man deshalb so häufig verweist, daß das im Osten leicht als Überheblichkeit verstanden wird.

Erneuerung und Aufarbeitung der Vergangenheit erfordern vor allem Ehrlichkeit. Deshalb müssen wir uns auch gegen die Geschichtsfälscher wehren, die schon fleißig unterwegs sind. Bei manchen Diskussionsbeiträgen habe ich gelegentlich den Eindruck, als habe die frühere DDR bestanden aus dem Zentralkomitee der SED, der Stasi, Schalck-Golodkowski, den „Blockflöten“ von der CDU und im übrigen aus 16 Millionen Widerstandskämpfern. So war es aber nicht.

Im übrigen: Hätten die im Westen unter gleichen Verhältnissen zu leben gehabt, dann hätten sie sich kein Haar anders verhalten als die Menschen in der damaligen DDR.

Übrigens war es auch nicht so, daß die Union die eigentliche Stütze des SED-Regimes war. Die CDU hat ja im Gegensatz zu anderen immer an der Einheit festgehalten und auch nicht auf die eine deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet. Wenn wir versucht haben, durch eine Zusammenarbeit mit denjenigen, die die Macht innehatten, die Folgen der Teilung zu lindern, dann haben wir damit nicht nur den Menschen im geteilten Deutschland geholfen, sondern auch der Einheit gedient.

Es war übrigens nicht irgendeine stalinistische oder sonstige Entartung, die in Deutschland, in Europa und in der Sowjetunion gescheitert ist, liebe Freunde, sondern es war der real existierende Sozialismus.

In den über 70 Jahren seit der Oktoberrevolution hat dieser Sozialismus, wo immer er tatsächlich verwirklicht wurde, nichts anderes zustandegebracht als das Elend und die Not, die wir jetzt nach dem endgültigen Scheitern mühsam zu überwinden haben.

Dies darf weder verdrängt noch vergessen werden. Deswegen haben wir in der Fraktion beschlossen, im Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission einzusetzen, die die politischen, historischen, sozialen und moralischen Aspekte des SED-Systems aufarbeiten soll.

Natürlich muß die Justiz im Rechtsstaat ihre Aufgaben erfüllen; aber wir wissen, daß der politische und moralische Unrechtsgehalt eines totalitären Systems mit der Strafjustiz eines Rechtsstaats nur sehr unvollkommen aufgearbeitet werden

kann. Gleichwohl sind wir gegen ein Tribunal, also die Fortsetzung der Strafgerichtsbarkeit mit anderen, vielleicht nicht rechtsstaatlichen Mitteln. Wir hoffen stattdessen, daß eine solche Enquetekommission, in die wir neben Mitgliedern des Bundestags auch Fachleute von außen berufen können, einen Beitrag dazu leisten kann.

Daneben bleibt auch die Aufarbeitung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität eine gesamtstaatliche Aufgabe, mit der das Land Berlin, seine Justiz und Polizei nicht alleine gelassen werden können.

Alle 16 Bundesländer sind bei der Erfüllung dieser gesamtstaatlichen Aufgabe, die nach der föderalen Ordnung unseres Grundgesetzes Ländersache ist, gefordert, und der Bund wird im Rahmen seiner Möglichkeiten dabei helfen.

Alfred Dregger hat recht: Bei aller Notwendigkeit, die Vergangenheit aufzuarbeiten, müssen wir darauf achten, daß wir unsere Kraft nicht darin erschöpfen, sondern daß wir auch fähig bleiben, die Aufgaben von Gegenwart und Zukunft zu meistern.

Die Überwindung der Folgen von 40 Jahren Teilung und Sozialismus — wirtschaftlich, sozial und ökologisch — hat Vorrang und muß Vorrang haben. Prioritäten setzen heißt im Alltag auch, daß nicht alles zur selben Zeit möglich ist — in den westlichen Ländern nicht und in den östlichen auch nicht.

In einer Zeit, in der große Aufbauarbeiten rasch geleistet werden müssen, haben Investitionen Vorrang. Bei aller Notwendigkeit, die Folgen des raschen Strukturwandels sozial abzusichern, dürfen sich unsere Kräfte darin nicht erschöpfen. Wir müssen unsere finanzielle und wirtschaft-

liche Leistungsfähigkeit erhalten, und wir müssen sie für den Aufbau der östlichen Länder nutzen.

Das muß auch beim Steueränderungsgesetz und bei der Unternehmensteuerreform im Hinblick auf den einheitlichen Binnenmarkt in Europa durchgesetzt werden. Deshalb muß die SPD ihre Blockade- und Verweigerungshaltung aufgeben.

Der Aufbau muß schnell gehen. Deswegen ist es gut, daß Günther Krause das Beschleunigungsgesetz für große Infrastrukturprojekte durchgesetzt hat.

Das Thema ist übrigens ein gutes Beispiel dafür, daß im Westen nicht alles glänzend geworden ist. Wenn man daran denkt, daß jedes größere Investitionsprojekt heute einen Vorlauf von mindestens zehn Jahren Planungs- und Genehmigungszeit hat, dann wird deutlich, daß die Erneuerung durch die Überwindung der Teilung uns allen guttut.

Daß aber die Regierung des Landes Brandenburg sich diesem Beschleunigungsgesetz verweigert hat, habe ich nicht verstanden. Die existentiellen Interessen des Landes und seiner Bürger hinter die parteipolitische Rücksichtnahme auf eine Ampelkoalition zurückzustellen — das ist ein Skandal, der sich mit den historischen Aufgaben im vereinten Deutschland nicht verträgt.

Im übrigen zeigt sich auch, daß mit Ampelkoalitionen in dieser Zeit wahrlich kein Staat zu machen ist.

Um unsere Einheit gut zu vollenden, liebe Freunde, müssen wir uns daran erinnern, daß wir sie nicht allein errungen haben. Ohne Europa mit unserer Integration im Westen wie mit den Reformprozessen im Osten hätten wir Einheit und Freiheit nicht erreicht. Deshalb müssen wir unsere Einheit auch in Europa einbringen und für Europa nut-

zen. Wir dürfen uns nicht nur mit unseren eigenen Problemen befassen.

Der Zusammenbruch des Weltkommunismus und der Wegfall des Eisernen Vorhangs hat in Osteuropa die Tür zu Freiheit, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft aufgestoßen. Das sind vielleicht noch größere Änderungen auch für die betroffenen Menschen als bei uns in Deutschland. Das muß gelingen. Das ist auch unsere Aufgabe. Deshalb darf die deutsche Einheit nicht von der europäischen Einigung getrennt werden. Deshalb war der Gipfel in Maastricht so wichtig.

Die europäische Einigung ist gewiß mühevoll, aber sie ist der Mühe wert. Nur wenn Europa sich zusammenschließt und seine Kräfte bündelt, können wir unserer Verantwortung in einer Welt gerecht werden, in der die Erhaltung des Friedens wie die Bewahrung der Schöpfung immer mehr unteilbar werden. Die Aufgaben sind riesig, aber die Chancen zur Gestaltung auch. Deshalb gibt es keinen Grund zur Resignation. Wir haben auch kein Recht dazu. Wir brauchen vielmehr Kraft zur Zuversicht und Mut zur Zukunft.

Zukunft in Deutschland heißt im besonderen Zukunft für junge Menschen. Junge Menschen stellen neue Fragen, und wir müssen sie hören, aber wir schulden auch Antworten. Zur Antwort gehört, daß wir nicht alles wissen. Wir wissen aber z. B., daß Freiheit und Menschenrechte in Ost und West, in Nord und Süd unteilbar sind.

Wir wissen, daß große Erfolge möglich wurden, weil wir vorbehaltlos und ohne Scheuklappen für Freiheit und Menschenrechte überall auf der Welt eingetre-

ten sind: in Chile und in Südafrika, in vielen Staaten Asiens, aber eben auch in der früheren DDR und in anderen Ländern des Sowjetkommunismus.

Wir wissen, daß unsere Verantwortung für soziale Gerechtigkeit, gegen Hunger und Not, für Arme und Schwache bei uns und überall auf der Welt unteilbar ist. Wir wissen auch, daß wir mit Sozialer Marktwirtschaft, mit Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft, mit Investitionen und technischen Innovationen Probleme besser lösen können. Wir wissen, daß wir damit nicht nur gute wirtschaftliche Ergebnisse, sondern auch mehr soziale Gerechtigkeit erreicht haben als irgendwann zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Dabei wissen wir auch, daß die Balance zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Ausgleich eine ständige Aufgabe ist, der wir uns jeden Tag neu zu stellen haben. Wir wissen, daß unsere Verantwortung für den Frieden und für die Bewahrung unserer Umwelt und Natur dieser einen Welt immer weniger unteilbar ist. Wir wissen auch, daß dazu nicht nur Nachdenklichkeit und Betroffenheit, sondern auch Handeln gefordert ist, in Jugoslawien so sehr wie zum Erhalt der tropischen Regenwälder.

Mit Verweigerungshaltung und Aussteigermentalität sind weder Umweltprobleme zu lösen noch ist der Frieden damit zu bewahren.

Mut und Demut sind für uns keine Gegensätze. Wir wollen neue Fragen aufnehmen, zuhören, und wir sind auch bereit zu lernen. Wir schulden aber auch Antworten, denn Antworten sind die Grundlage von Verantwortung. Die Fraktion von CDU und CSU ist zu dieser Verantwortung bereit.

(Langanhaltender lebhafter Beifall - Die Delegierten erheben sich)

Günter Rinsche:

Die neuen Länder sind integraler Bestandteil der EG geworden

Die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament haben mit zahlreichen Initiativen, Anfragen, Anträgen und Berichten für die deutsche Wiedervereinigung auf der Grundlage des Artikels 23 unseres Grundgesetzes gearbeitet und durch ihre Aktivität dazu beigetragen, daß die ehemalige DDR integraler Bestandteil der EG werden konnte.

Wenngleich rund achtzig Prozent des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts mit der Herstellung der deutschen Einheit unmittelbar im Beitrittsgebiet Geltung erhielt, so mußte doch ein Teil des EG-Sekundärrechts an die Bedingungen des vergrößerten Wirtschaftsgebietes der EG und an die Bedingungen des Beitrittsgebietes angepaßt werden. Des weiteren wurde es notwendig, den Zeitpunkt für die Anwendung einzelner Rechtsvorschriften insoweit hinauszuschieben, als eine sofortige Anwendung des EG-Rechts aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen der erheblichen technischen Umstellungen nicht möglich war.

Diese — im Interesse der neuen Bundesländer erforderlichen — Anpassungs- und Übergangsmaßnahmen wurden in einem beschleunigten EG-Gesetzgebungsverfahren mit voller Beteiligung des Europäischen Parlaments am 4. Dezember 1990 vom Rat der Europäischen Gemeinschaft verabschiedet.

Im „Bericht der Bundesregierung über die Integration der Bundesrepublik Deutschland in die Europäischen Gemeinschaften“ vom 26.

September 1991 wird die Leistung des Europäischen Parlaments und seiner Abgeordneten für die deutsche Einheit ausdrücklich und positiv bewertet.

So heißt es in der Stellungnahme der Bundesregierung u. a.: „Bei der Einbeziehung des Gebiets der ehemaligen DDR in die EG hat das Europäische Parlament eine konstruktive Rolle gespielt. Der im Februar 1990 dafür eingesetzte Ad-hoc-

Aus dem Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche

Ausschuß des Parlaments hat zwar nach der deutschen Vereinigung 1990 seine Arbeiten eingestellt, doch zeigt das Europäische Parlament weiter großes Interesse an den Entwicklungen in den neuen Ländern. Mehrere Fachausschüsse des Parlaments haben dort bereits Sitzungen abgehalten, u. a. um sich — wie im Fall des Haushaltskontrollausschusses — über die Implementierung der Übergangsmaßnahmen in den neuen Ländern zu informieren. Die Bundesregierung hat von Anfang an großen Wert auf gute Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament in dieser Angelegenheit gelegt und, soweit möglich, alle vom Europäischen Parlament erbetenen Auskünfte über die Lage in den fünf neuen Ländern gegeben.“

Neben der aktiven Unterstützung der staatsrechtlichen und institutionellen Einbeziehung der neuen Bundesländer in die Europäische Gemeinschaft haben sich die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments insbesondere für die Initiierung der EG-Programme zum Aufbau der Wirtschaft eingesetzt. Ein Schwerpunkt unserer Bemühungen war die Nutzbarmachung der drei Strukturfonds der EG für die neuen Bundesländer.

Die drei Strukturfonds der Europäischen Gemeinschaft sind:

- der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE),
- der Europäische Sozialfonds (ESF),
- der Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL).

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) soll zur Verringerung des Ungleichgewichts zwischen den Regionen der Gemeinschaft beitragen und insbesondere helfen, daß das Defizit mancher Regionen im Bereich der Basisinfrastruktur ausgeglichen wird;

der Europäische Sozialfonds (ESF) unterstützt die Schaffung neuer Arbeitsplätze und fördert Umschulungsmaßnahmen;

der Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL), bezuschußt Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, die Agrarproduktion effizienter zu gestalten und Überschubbereiche zu entlasten.

Im Rahmen ihrer Fördermaßnahmen für die Regionen Europas hat die Europäische Gemeinschaft jetzt 6,1 Milliarden DM für die neuen Länder der Bundesrepublik bereitgestellt. Die EG-Kommission hat in diesem Zusammenhang ein gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK) gebilligt, das in Anlehnung an einen von den deutschen Behörden vorgelegten Entwicklungsplan ausgearbeitet wurde. Die-

ses gemeinschaftliche Förderkonzept ist der Rahmenplan für die Unterstützung der neuen Länder durch die Gemeinschaft.

Jedes der neuen Bundesländer wird über sogenannte „operationelle Programme“ die konkrete Mittelverteilung vornehmen. Das Förderkonzept für die neuen Bundesländer zielt darauf ab, den Prozeß der wirtschaftlichen Umstrukturierung im Industrie-, Agrar- und Dienstleistungsbereich voranzutreiben. Besonderes Gewicht erhalten die Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftsnahen Infrastruktur, zur Unterstützung produktiver Investitionen, zur Aus- und Weiterbildung von Arbeitskräften, zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung von Jugendlichen, Maßnahmen zur Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei sowie der Lebensmittelindustrie.

Schließlich bildet die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ländlichen Gebieten (einschließlich Dorferneuerung und Verbesserung der ländlichen Infrastruktur) einen weiteren Förderungsschwerpunkt.

Sachsen erhält mit rund 1,5 Milliarden DM den größten Förderbeitrag. Für Sachsen-Anhalt sind 1,03 Milliarden DM vorgesehen, für Brandenburg 974 Millionen DM, für Thüringen 886 Millionen DM, für Mecklenburg-Vorpommern 833 Millionen DM und für (Ost-)Berlin 330 Millionen DM.

Neben diesen Mitteln in Höhe von rund 6,1 Mrd. DM für den Zeitraum 1991 bis 1993 aus den Mitteln der EG-Strukturfonds wird die Europäische Investitionsbank (EIB) Kredite für die neuen Bundesländer in Höhe von rund drei Mrd. DM zur Verfügung stellen. Schließlich ist

auch erwähnenswert, daß die Europäische Gemeinschaft auf der Grundlage des EGKS-Vertrages Darlehen für den Zeitraum 1991 bis 1993 in Höhe von rund 2,2 Mrd. DM speziell für die Umstellung und Modernisierung von Stahlwerken bereitstellen wird.

Bedeutsamer als alle finanziellen und wirtschaftlichen Hilfen der Europäischen Gemeinschaft für die Integration der neuen Bundesländer ist die politische Akzeptanz des vereinigten Deutschlands durch die Repräsentanten der europäischen Partner- und Mitgliedsländer der Gemeinschaft.

Im Europäischen Parlament wurde diese aktive Mitarbeit an der Herstellung der deutschen Einheit sichtbar und wirksam im Sonderausschuß „Deutsche Einheit“, dessen Vorsitzender, unser spanischer EVP-Kollege Gerardo Fernandez-Albor, sich große Verdienste um die Integration der neuen Bundesländer in die EG erworben hat. Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat — u. a. auf Vorschlag der CDU/CSU-Gruppe des Europäischen Parlaments — dem in Santiago de Compostela beheimateten Abgeordneten in Würdigung seiner Verdienste um die deutsche Einheit das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern verliehen.

Die gleiche Ehrung wurde dem britischen Berichterstatter Alan Donnelly verliehen, dessen positiver Bericht zur deutschen Einheit und zur Integration in der Abstimmung des Europäischen Parlaments am 22. November 1990 mit einer sehr großen Mehrheit von 317 Ja-Stimmen bei nur 3 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen wurde.

In diesen befürwortenden und fördernden Stellungnahmen des Europäischen Parlaments zur deutschen Einheit, die im Hinblick auf die

historischen Gegebenheiten nicht selbstverständlich sind, spiegeln sich auch die unermüdlichen und erfolgreichen Bemühungen aller CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments um freundschaftliche Kontakte zu Abgeordneten aller Nationen und Fraktionen im Europäischen Parlament wider.

Hier liegen auch die Gründe für den Erfolg unserer Initiative zur Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordneten als politische Konsequenz der Tatsache, daß 16 Millionen deutsche Bürger neue EG-Bürger sind. Bereits im Oktober 1990 hatte sich das Europäische Parlament für die Benennung von 18 Beobachtern aus der ehemaligen DDR ausgesprochen, die an den Arbeiten des Parlaments ohne Stimm-, Rede- und Wahlrecht teilnehmen können. Dieser Beobachterstatus war unumstritten: Hierbei spielte zum einen die Sorge vor einer Verschiebung des Kräftegleichgewichts zwischen den vier großen EG-Staaten Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien und Bundesrepublik Deutschland, die alle jeweils über 81 Abgeordnetensitze verfügen, eine Rolle wie zum anderen Fragen der demokratischen Legitimität der Beobachter und der ihnen eingeräumten Rechte.

In seiner Sitzung vom 21. Februar 1991 benannte der Deutsche Bundestag die Beobachter für das Europäische Parlament, die alle durch die ersten demokratischen Wahlen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vom März 1990 legitimiert sind. Sie wurden im März 1991 von Parlamentspräsident Baron Crespo im Europäischen Parlament willkommen geheißen. Mit Blick auf die kommenden Europawahlen im Jahre 1994 und die anstehende Reform der Römischen Verträge hat die CDU/CSU-Gruppe rechtzeitig

eine Entscheidung über die angemessene Vertretung der fünf neuen deutschen Länder angestrebt.

Unsere weitergehenden Initiativen mündeten in einem Kompromiß mit anderen Fraktionen, der sich in einem gemeinsamen Entschließungsantrag niederschlug. Diese — für die politische Integration der neuen Bundesländer in die EG sehr wichtige — Entschließung zur demokratischen Vertretung der 16 Millionen neuen deutschen Gemeinschaftsbürger im Europäischen Parlament hat folgenden Wortlaut:

„Das Europäische Parlament,

A. unter Hinweis auf seine Entschlüsse vom 12. Juli 1990 zu den Auswirkungen der Vereinigung Deutschlands auf die Europäische Gemeinschaft und vom 12. November 1990 zur Gemeinschaft und zur Vereinigung Deutschlands, in denen eine endgültige Lösung der Frage der Vertretung der Deutschen im Europäischen Parlament gefordert wird,

B. in der Auffassung, daß die deutsche Vereinigung, die eine positive Entwicklung darstellt, nicht durch das Ausbleiben einer Entscheidung über eine angemessene Vertretung der ostdeutschen Länder in dem direkt gewählten Parlament Schaden nehmen darf,

C. unter Hinweis darauf, daß es selbst 18 gewählte Vertreter dieser Länder geben hat, als Beobachter an seinen Arbeiten teilzunehmen, zusätzlich zu der in den Verträgen vorgesehenen jetzigen Vertretung der Deutschen,

D. unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Änderungen des Artikels 2 des Aktes zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen und es sinnvoll wäre, diese spezielle Frage gleichzei-

tig mit anderen zu revidierenden Bestimmungen des Vertrages zu klären,

● ist davon überzeugt, daß es erforderlich ist, die Zahl der deutschen Mitglieder im Europäischen Parlament um 18 zu erhöhen;

● betont, daß weder in den anderen Institutionen der Europäischen Gemeinschaft noch in sonstigen gemeinschaftlichen Organen das herrschende Gleichgewicht abgeändert werden sollte;

● fordert unter Hinweis auf seine Befugnis aus Artikel 7 Absatz 1 des Aktes zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Vertreter der Regierungen und den Rat dazu auf, einen entsprechenden Vorschlag zur Änderung des Artikels 2 vorzulegen und den Mitgliedstaaten zur Annahme im Rahmen der Regierungskonferenz zur Politischen Union zu unterbreiten;

● beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission sowie der Regierungskonferenz zur Politischen Union zu übermitteln.“

In seiner spannungsvollen namentlichen Abstimmung hat sich das Europäische Parlament am 9. Oktober 1991 mit 240 Ja-Stimmen gegen 47 Nein-Stimmen und bei 47 Enthaltungen für diesen Vorschlag ausgesprochen. Festzuhalten ist hier die bemerkenswerte Tatsache, daß alle anwesenden Christdemokraten ebenso wie die Konservativen für die Erhöhung der Zahl der deutschen EP-Abgeordneten gestimmt haben. Von den 180 sozialistischen Abgeordneten stimmten 109 mit ja, 6 mit nein und 8 mit Enthaltung. Die Gegenstimmen kamen überwiegend aus den Fraktionen der Linken (französischen Kommunisten), der Grünen, Gaullisten und der Regenbogenfraktion!

Das insgesamt sehr gute Abstimmungsergebnis ist auch darauf

zurückzuführen, daß es unseren Freunden und assoziierten Mitgliedern des Europäischen Parlaments (Beobachtern) aus den neuen Bundesländern gelang, in ihrer relativ kurzen Zugehörigkeit zum Europäischen Parlament durch gute Sacharbeit und menschlich-vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kollegen aller Nationen zu überzeugen und ein gutes „europäisches Klima“ zu schaffen.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament dankt dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl herzlich dafür, daß er sich diesen Vorschlag des Europäischen Parlaments zu eigen gemacht und unverzüglich verfügt hat, eine entsprechende Initiative in der Regierungskonferenz über die Politische Union einzubringen. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Integration der neuen Bundesländer in die Europäische Gemeinschaft.

Weichenstellung für die gesamteuropäische Ordnung

Im Antrag des Bundesvorstandes der CDU an den 2. Parteitag (Dresdner Manifest) heißt es: „Die Europäische Gemeinschaft muß offen sein für alle demokratischen Staaten Europas. Wir setzen uns auch dafür ein, die neuen Demokratien in Europa in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen und über Assoziierungsverträge ihre Mitgliedschaft vorzubereiten.“

Nach einer repräsentativen „Eurobarometer“-Umfrage wollen 55 Prozent der Polen und 51 Prozent der Ungarn den sofortigen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. In der Tschechoslowakei lag dieser Anteil nur bei 25 Prozent. Hier plädieren aber 37 Prozent der Befragten für einen Beitritt in fünf Jahren, 12 Pro-

zent halten eine Zehn-Jahres-Frist für angebracht. In jedem der drei Oststaaten sind nur zwei Prozent der Befragten der Ansicht, ihr Land solle nie Mitglied der Gemeinschaft werden.

Ost- und Mitteleuropa sind voll in den Sog der Europäischen Gemeinschaft geraten. Der Osten driftet nach Westen.

Die Gemeinschaft wird zur ökonomischen Hoffnung, ihr Rahmen zur Stütze der eigenen politischen Stabilität. Der schwierige Übergang von der Diktatur zur Demokratie kann durch ein politisches Signal der Europäischen Gemeinschaft, das die Bereitschaft zur Erweiterung nach Osten vermittelt, wesentlich erleichtert werden.

Für die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament gelten folgende Erfolgsvoraussetzungen der unverzichtbaren EG-Erweiterung:

- die EG-Kompatibilität der beitragswilligen Staaten,
- die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft, d. h. auch Entscheidungsfähigkeit („capacity for decision“) und Durchsetzungskraft („law-enforcing capacity“),
- die demokratische Legitimation der europapolitischen Willensbildung.

Zahlreiche Initiativen und Aktionen der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament dienen diesen Zielsetzungen, deren Verwirklichung es der Gemeinschaft ermöglichen würde, die richtige Weichenstellung für die gesamteuropäische Ordnung des 21. Jahrhunderts rechtzeitig zu vollziehen.

Im Rahmen dieser Bemühungen hat sich die CDU/CSU-Gruppe beispielsweise dafür eingesetzt, daß im EG-Haushaltsplan 1992 u. a. zusätzliche Mittel für die nachstehenden Zwecke eingesetzt werden:

- 860 Mio. Ecu (rd. 1.720 Mio. DM) für die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas,
- 300 Mio. Ecu (rd. 600 Mio. DM) zur Aufstockung der Strukturfonds,
- 300 Mio. Ecu (rd. 600 Mio. DM) für humanitäre Hilfe.

Ebenso wichtig wie finanzielle und ökonomische Hilfen zur Selbsthilfe sind menschliche Kontakte und die Vermittlung von Know-how und Wissen.

In zahlreichen Gesprächen und Begegnungen der CDU/CSU-Abgeordneten mit Repräsentanten der ost- und südosteuropäischen Staaten werden Informationen vermittelt, Erfahrungen ausgetauscht und Vertrauensgrundlagen für erfolgreiche Zusammenarbeit in Europa geschaffen.

Binnenmarkt und Europäischer Wirtschaftsraum

Der Europäische Binnenmarkt als historisch bedeutsame Innovation ist durch CDU/CSU-Abgeordnete mitinitiiert und geprägt worden.

Schon heute kann festgestellt werden, daß der Binnenmarkt unverzichtbar, unvermeidbar und unumkehrbar sein wird.

Der Binnenmarkt steigert die Ergiebigkeit menschlicher Arbeit durch eine an Umfang und Intensität zunehmende europäische Arbeitsteilung sowie durch eine Senkung der sogenannten Transaktionskosten. Dadurch werden Ressourcen erschlossen, Produktivitäts- und Wohlstandszunahmen erzielt und neue Mittel und Möglichkeiten für die Bewältigung großer Zukunftsaufgaben der europäischen Politik gewonnen.

Im Frühjahr 1991 hielten 51 Prozent der EG-Bürger den Europäischen Binnen-

markt, dessen Vollendung zum 31. Dezember 1992 erfolgen soll, für eine „gute Sache“. Das geht aus der Eurobarometer-Umfrage hervor, die am 4. Juli veröffentlicht wurde. Bei den vorangegangenen Erhebungen im Herbst und Frühjahr 1990 lagen die „Sympathie-Quoten“ bei 50 bzw. 45 Prozent, nachdem sie noch in den Jahren 1987 und 1988 die 50-Prozent-Marke deutlich überschritten hatten.

Bei der diesjährigen Frühjahrsumfrage lehnten nur neun Prozent der Befragten den Binnenmarkt als „schlechtes“ Vorhaben ab, während sich knapp 31 Prozent nicht festlegen wollten. In den südlichen EG-Staaten — in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien — sowie in Irland wurde eine stärkere Zustimmung zur Öffnung der innergemeinschaftlichen Grenzen ermittelt als in den übrigen Mitgliedsländern.

Nach Personengruppen gegliedert, entfielen die meisten Ja-Stimmen auf die 15- bis 34jährigen sowie auf Bürger mit Hochschulabschluß und ausgeprägtem Informationsbedarf. Die Umfrage belegt ferner, daß 65 Prozent dem EG-Binnenmarkt mit Zuversicht entgegensehen (im Herbst 1990 lag dieser Anteil bei 60 Prozent) und daß (unverändert) 25 Prozent mit „1992“ Befürchtungen verknüpfen. Die Quote der unentschiedenen Befragten schrumpfte von 16 auf 10 Prozent.

Die Arbeiten an dem Programm zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes sind auch im 1. Halbjahr 1991 wieder sehr gut vorangekommen. Bei den 282 Vorhaben, die 1985 in das Weißbuch eingingen, ist bis Ende September 1991 zu 75 Prozent Einigung erzielt worden.

Aus diesen Gegebenheiten der Binnenmarktentwicklung ergeben sich neue und wichtige Aufgaben für die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parla-

ments. So muß der Binnenmarkt um eine soziale Dimension ergänzt werden, die den Berufstätigen in Europa hohe Standards im Arbeitsschutz, in der Arbeitsumwelt und bei den Mitwirkungsrechten in grenzüberschreitend tätigen Unternehmen sichert.

Am 22. Oktober 1991 wurde der Vertrag über die Bildung eines gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraumes von EG und EFTA (EWR) geschlossen. Die Bedeutung dieser größten Freihandelszone der Erde ergibt sich aus einem Vergleich mit den anderen beiden „wirtschaftlichen Kraftwerken“ der sogenannten globalen Triade. Im EWR erwirtschaften ca. 380 Millionen Menschen ein Bruttosozialprodukt in Höhe von 7.030 Milliarden Dollar und übertreffen somit sowohl die USA (5.470 Milliarden Dollar bei 251 Millionen Menschen) als auch Japan (2.970 Milliarden Dollar bei 124 Millionen Menschen).

Damit leben im EWR 7,1 Prozent der Weltbevölkerung, die 30 Prozent der Weltwirtschaftsleistung erarbeiten und mit ihren Produkten zu 43 Prozent am Welthandel beteiligt sind. Die CDU/CSU-Gruppe begrüßt das Zustandekommen des EWR, sei dies nun ein „Wartezimmer“ oder ein „Durchgangszimmer“ für Staaten, die in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen werden und sich an das Regelwerk der Europäischen Gemeinschaft gewöhnen oder nur eng mit ihr zusammenarbeiten wollen.

Von großer Tragweite sind die Probleme der inneren Sicherheit und einer europäischen Asylpolitik. Wir brauchen in der Gemeinschaft gemeinsame Lösungen in der Asylfrage und der Einwanderungspolitik. Wir müssen mit dem Aufbau von Europol mit einer eigenen Ermittlungskompetenz und eigenen Ermittlungsgruppen beginnen, wenn

wir die dringend notwendige EG-Sicherheitsunion schaffen wollen.

Hier entstehen „offene Flanken“ der inneren Sicherheit in Europa, die im Hinblick auf eine zunehmende organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität in mehrfacher Hinsicht problematisch werden und eine europäische Handlungsfähigkeit zur zwingenden Notwendigkeit werden lassen. Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament wird sich nachdrücklich und mit vollem Einsatz für die Lösung dieser drängenden Probleme einsetzen.

Die lauernden Gefahren bannen und überwinden

In seiner Analyse der „Erfolgssfälle“ der Europäischen Gemeinschaft schreibt Werner Weidenfeld u. a.: „Europa sitzt in der Erfolgssfälle. Es droht an seiner eigenen Attraktivität zu scheitern. Der dramatischen Europäisierung der Aufgaben und Probleme ist nicht die Europäisierung der Instrumente und der Entscheidungen gefolgt. Die Gemeinschaft zieht erfolgreich immer mehr Gegenstände an sich — und zugleich werden die Erwartungen von außen größer und größer —, ohne daß parallel dazu die institutionelle und materielle Ausstattung angemessen ausgebaut worden wäre.“

Wenn nicht große historische Chancen scheitern sollen, dann müssen die hier lauernden Gefahren gebannt und überwunden werden.

Die existentiell notwendige Aktionsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft und die demokratische Legitimation der europäischen Willensbildung können nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten und durch zielgerichtete Bündelung ihrer politischen Energien erreicht werden.

Erwin Teufel:

Die Wahl am 5. April 1992 ist von großer Bedeutung für unser Land

Wir leben in einer Zeit, in der die Tagesordnung der Politik weltweit neu geschrieben wird. Die Sowjetunion zerfällt, Europa wächst und wächst zusammen, und Deutschland muß seine Aufgabe in Europa und in der Welt neu bestimmen.

Ich sehe vier große Herausforderungen, die alle gleichzeitig zu bewältigen sind:

Erstens. Wir müssen den Aufschwung im Osten Deutschlands schaffen, ohne den Abschwung im Westen Deutschlands zu riskieren.

Trotz mancher Ernüchterungen und auch Enttäuschungen in den neuen Bundesländern, die unvermeidbar waren: Deutschland hat das Werk seiner Einigung insgesamt konsequent, erfolgreich und mit großer Solidarität vollbracht. Dabei denke ich an die umfassenden personellen und auch finanziellen Hilfen.

Der Fonds Deutsche Einheit zugunsten der neuen Länder muß auch für das Jahr 1992 auf das Niveau des Jahres 1991 aufgestockt werden.

Der Bund, die westlichen Länder und alle unsere Institutionen, unsere Gemeinden, unsere Städte, unsere Kreise müssen personelle und partnerschaftliche Hilfe auch in den nächsten Jahren leisten.

Auch unsere Wirtschaft wird weiterhin dazu beitragen, daß aus den Ruinen des Sozialismus in einigen Jahren eine blühende Industrielandschaft entsteht. Der Aufschwung im Osten hat allerdings eine wichtige Voraussetzung: daß es im Westen keinen Abschwung gibt.

Ich bitte deshalb unsere Landsleute im Osten auch um ihre Solidarität. Niemand hätte etwas davon, wenn bei uns im Westen die Wirtschaft und die Finanzen in Unordnung kämen. Wir brauchen eine ehrliche, eine solide Finanzpolitik. Die öffentliche Verschuldung kann nicht mehr weiter gesteigert werden.

Wir Deutschen wissen aus leidvollen Erfahrungen, welch verheerende Folgen eine Inflation hat. Ohne stabile Mark gibt es keine positive Entwicklung, weder im Westen noch im Osten.

Der Wohlstand im Westen ist nicht in vier Monaten und nicht in vier Jahren erreicht worden, sondern in vierzig Jahren. So lange werden wir nicht brauchen, aber wir brauchen dennoch Geduld.

Natürlich ist es richtig, manche Vorhaben im Bund und in den Ländern zurückzustellen. Das ist schon deshalb notwendig, weil man Geld, zumal Milliardenbeträge, nicht zweimal ausgeben kann.

Ich stimme hier mit dem Bundeskanzler völlig überein, wenn er sagt: „Das eine oder andere Hallenbad braucht jetzt nicht unbedingt gebaut zu werden.“ Es gibt weitere Vorhaben, die nicht sofort verwirklicht werden müssen. Auch manche Stadtsanierung kann um zwei oder drei Jahre zurückgestellt werden.

Konzentration auf das wirklich Notwendige, wie es Helmut Kohl formuliert, ist sicher eine Zielsetzung, die man bejahen

kann. Aber, meine Damen und Herren, das kann nicht heißen — ich bitte um Verständnis, wenn ich dies offen ausspreche —, daß die westlichen Länder auf vordringliche Maßnahmen, beispielsweise in der Verkehrspolitik, im öffentlichen Personennahverkehr, beim Bau von Kliniken, von Altenpflegeheimen, bei der Förderung von Studienplätzen, bei der Forschungsförderung, zurückfahren.

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich offen: Als Ministerpräsident muß ich der Verantwortung für das ganze Deutschland, aber auch der Verantwortung für mein Land gerecht werden.

Die zweite Aufgabe heißt: Europa bauen, aber demokratisch und föderalistisch. Das Jahr 1991 hat die Ohnmacht und die Hilflosigkeit der europäischen Regierungen auf eine peinliche Weise offenbart, zuerst am Golf, jetzt in Kroatien. Es war deshalb eine richtige Politik, daß Helmut Kohl und er allein ein Junktim zwischen der Währungs- und Wirtschaftsunion auf der einen Seite und substantiellen Fortschritten auf dem Weg einer politischen Union andererseits hergestellt hat.

Wir wollen ein demokratisches und nicht ein bürokratisches Europa, wir wollen kein zentralistisches, sondern ein föderalistisches Europa.

Die dritte Aufgabe: Hilfe für unsere Nachbarn im Osten und Abbau der Armutsgrenzen in der Welt. Wir haben es miterlebt, wie Mauern fallen, wie Grenzen abgebaut werden, politische Grenzen in Europa, militärische Grenzen zwischen Ost und West. Demokratie und Marktwirtschaft haben sich über Diktaturen, Planwirtschaft durchgesetzt. Die entwickelten Industriegesellschaften müssen nun mit aller Kraft eine weitere Grenze überwinden, die die Welt teilt und, wenn

nichts geschieht, die die Welt bald in Unordnung bringen wird, nämlich die Armutsgrenze zwischen Nord und Süd und zwischen Ost und West.

Wir müssen unseren Nachbarvölkern in Osteuropa und Südosteuropa helfen, damit sie nicht im wirtschaftlichen Elend versinken. Wir dürfen uns nicht nur auf unsere nationale Aufgabe, den Aufbau der neuen Bundesländer beschränken.

Die vierte große Herausforderung — nehmen wir sie nicht leicht! —: Wir müssen in Deutschland und in Europa die japanische Herausforderung annehmen und erfolgreich bestehen. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, wo sich künftig das wirtschaftliche Zentrum in dieser Welt herausbildet, in den USA, in Japan oder in Europa. Über den Einfluß Europas in der Welt entscheiden nicht mehr starke Heere oder zuverlässige Militärbündnisse, sondern wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das Kapital an Wissen, die Qualifikation der Menschen und vor allem der technologische Vorsprung. Wenn wir das schaffen — und ich sehe keine Alternative dazu —, dann schaffen wir nicht nur auf mittlere und längere Sicht neue Märkte, wir legen auch den wirtschaftlichen Grundstein für die neue Rolle Europas in der Welt. Sonst werden wir den Anschluß gerade auf jenen Gebieten verlieren, die über unsere Zukunft entscheiden.

Mit diesem Konzept gehen wir in die Landtagswahl in Baden-Württemberg. Diese Wahl am 5. April 1992 ist von entscheidender Bedeutung für unser Land, aber auch für die CDU Deutschlands.

Wir sind zuversichtlich, und wir hoffen auf Ihre Unterstützung. Wir setzen in Baden-Württemberg auf eine eigenständige regierungsfähige Mehrheit der CDU.

Ottfried Hennig:

Wir hoffen, am 5. April wieder stärkste Partei in Schleswig-Holstein zu sein

Am Ende dieses arbeitsreichen und schwierigen Jahres 1991 haben wir gemeinsam viel Anlaß zu Stolz und Zuversicht.

Es war ein ungeheuer arbeitsreiches Jahr, aber es war ein Jahr, das die Union wieder auf die Erfolgsstraße gebracht hat, ein Jahr, von dem wir, wenn wir in unserer Parteigeschichte später darauf zurückblicken, sagen werden: Es war ein besonders gutes Jahr für die Union; wir haben gemeinsam die Kurve nach vorne und nach oben bekommen.

Diese Maßstäbe gewinnt man vielleicht am besten mit dem Blick auf ein Zitat. Karl-Eduard Erdmann, der große unvergessene langjährige Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft, hat uns hinterlassen, was von dem englischen Außenminister Grey im Jahre 1914 gesagt wurde. Grey hat damals, beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, ein Wort gesagt, das für viele Jahrzehnte danach so unheimlich wahr werden sollte: In Europa gehen die Lichter aus, und sie werden für mindestens zwei Generationen auf diesem Kontinent nicht wieder angehen.

Genauso ist es gewesen. Was hat Europa in diesen Jahren nicht alles erlebt: mit zwei schrecklichen völkermordenden Weltkriegen, mit Inflation, mit der Nazi-Zeit, mit der Vertreibung, mit Hunger und Not, mit dem Ost-West-Konflikt und der aufgezungenen Teilung unseres Landes, mit dem Kalten Krieg und der kommunistischen Diktatur allein über vierzig Jahre auf deutschem Boden. Dies

alles hat Europa in den Jahren nach 1914 erlebt.

Nun ist der Spuk auf der anderen Seite zusammengebrochen. Natürlich ist es richtig, daß er uns Schreckliches hinterlassen hat. Natürlich ist es wahr, daß allergrößte Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen sind.

Aber ist es denn nicht genauso richtig, daß dieses Europa trotz kultureller Großleistungen, trotz wirtschaftlicher Großleistungen über Jahrzehnte von seiner eigenen Teilung, von Zersplitterung und vom Gegeneinander geprägt worden ist und daß wir jetzt die gewaltige Chance haben, etwas ganz anderes in Europa gemeinsam zu gestalten, nämlich ein Europa, das nach unseren Maßstäben gestaltet wird, nach Sozialer Marktwirtschaft, nach Freiheit, nach Menschenrechten, nach unseren Gesichtspunkten, die uns zumindest im Westen Deutschlands nach diesen schwierigen Jahren wieder groß gemacht haben?

Liebe Freunde, diese positiven Dinge sollten wir nicht unter den Scheffel stellen.

Wenn dies alles jetzt auf der anderen Seite zusammengebrochen ist, sollten wir auch daran denken, wer uns noch vor zwei Jahren welchen Rat gegeben hat. Wir sollten daran denken, daß die Sozialdemokraten es noch vor zwei Jahren abgelehnt haben, sich an der Finanzie-

rung der Erfassungsstelle in Salzgitter zu beteiligen. Helmut Kohl hat das gestern zu Recht hervorgehoben.

Ich habe in Schleswig-Holstein im Frühjahr 1989 mit der Jungen Union auf den Straßen Kiels für Salzgitter die 9500 DM zusammengestellt, die der gesamte Beitrag dieses Landes zur Beteiligung an den Kosten für Salzgitter gewesen wären. Herr Engholm hat es anschließend abgelehnt, die 9500 DM entgegenzunehmen.

Er beteiligt sich bis heute nicht an der Finanzierung dieser Gemeinschafts Einrichtung der deutschen Länder zur Aufarbeitung eines Teils der Hinterlassenschaft dieses Unrechtssystems auf deutschem Boden.

Liebe Freunde, nun noch eine ganz kurze Anmerkung zu Schleswig-Holstein. Wir treten dort nun gegen den Hamlet schlechthin an, gegen einen, der sich gerade in den letzten Wochen und Monaten in besonderer Weise als Zauderer ausgewiesen hat. Es ist schon erstaunlich, wie man dort die Kanzlerkandidatur hin und her schiebt — nach der Melodie: Das ist ein Gesellschaftsspiel, bei dem der Verlorene hat, der am Ende gegen Helmut Kohl antreten muß.

Es ist doch eigentlich eine Schande für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wie dies dort hin und her geschoben wird.

Liebe Freunde, ich möchte an dieser Stelle eine ganz herzliche Bitte an Sie richten. Jeder von uns kann uns auf dem Wege, der vor uns liegt, helfen. In hundert Tagen haben wir in Schleswig-Holstein eine Landtagswahl, die für die CDU genauso wichtig ist wie die zugestandenermaßen außerordentlich wichtige

Landtagswahl in Baden-Württemberg, bei der wiederum unseren Freunden dort in besonders intensiver Weise geholfen werden muß.

Deshalb ist meine Bitte an Sie: Jeder Bundestagskollege, jeder Kollege aus dem Europäischen Parlament, jede Frau und jeder Mann sind uns hochwillkommen, uns auf dem vor uns liegenden Wege zu helfen. Gerade auch die Kolleginnen und Kollegen aus den fünf neuen Ländern sind gerngesehene Gäste bei uns, die uns in der Tat auf Grund ihrer Erfahrungen mit einem System, das versagt hat, viele gute Ratschläge geben können. Gerade gegenüber dem linken Landesverband der SPD in der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Rat so wichtig, liebe Freunde. Ich kann Ihnen Gott sei Dank sagen, daß die CDU in Schleswig-Holstein ihre große Krise der Jahre 1988/89 überwunden hat. Von 45 Kandidaten haben 23, also mehr als die Hälfte, überhaupt noch nie für den Landtag kandidiert. Wir haben unsere Konsequenzen gezogen.

Wir sind aufgebrochen und haben einen neuen Weg beschritten. Wir hoffen, daß wir am Ende dieses Weges am 5. April wieder die stärkste Partei in unserem schönen Bundesland im Norden der Bundesrepublik sein werden.

Ich bitte Sie: Helfen Sie uns auf diesem Wege. Sie haben es mit uns gemeinsam in der Hand. Wir können ein Stück dieses Weges gemeinsam gehen. Es gibt gute Gründe für Zuversicht. Helfen Sie mit. Dann werden wir anschließend dafür sorgen, daß der Norden eben nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern von Parteifreunden von uns regiert wird, sondern auch wieder das schöne Bundesland Schleswig-Holstein im Norden der Bundesrepublik. ■

Angela Merkel:

Die CDU ist die richtige Partei für die Bewältigung von Risiken

Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen. Ich bin 1954 in Hamburg geboren. Mein Vater hatte dort Theologie studiert — das war in der damaligen DDR relativ schlecht möglich —, hatte sich aber vorher schon entschieden, nach Brandenburg zurückzukehren. So bin ich dann in Templin in der Uckermark aufgewachsen.

Ich habe in Leipzig Physik studiert und später an der Akademie der Wissenschaften gearbeitet. Dort habe ich auf dem Gebiet der Quantenchemie promoviert.

Im Dezember 1989 bin ich dem Demokratischen Aufbruch beigetreten und habe dann als stellvertretende Regierungssprecherin unter dem Ministerpräsidenten Lothar de Maizière gearbeitet. Ich freue mich noch heute, daß er einer meiner politischen Lehrer war.

Heute bin ich Abgeordnete des Wahlkreises 267 im Deutschen Bundestag; das ist der Wahlkreis Rügen-Stralsund-Grimmen. Ich wurde im Januar 1991 vom Bundeskanzler zur Ministerin für Frauen und Jugend vorgeschlagen. Dieses Amt übe ich jetzt seit fast einem Jahr aus.

Wir, d. h. die Delegierten aus den östlichen und westlichen Bundesländern, haben uns im vorigen Jahr in Hamburg in einer Partei zusammengeschlossen. Ich bin Mitglied der CDU geworden, weil diese Partei durch ihre Bewahrung von Grundüberzeugungen Veränderungen möglich gemacht hat.

Ich denke, in diesem einen Jahr seit dem 1. Parteitag in Hamburg haben wir uns auch besser kennen-



Angela Merkel

gelernt. Zum Kennenlernen gehört, daß wir um die Gemeinsamkeiten besser wissen. Aber es gehört natürlich auch dazu, daß wir etwas besser über unsere unterschiedlichen Erfahrungen Bescheid wissen.

Ich möchte Ihnen kurz noch sagen, welche Erfahrungen aus dem Leben in der ehemaligen DDR für mich ganz besonders wichtig sind. Ich möchte Sie bitten, daß Sie als die Delegierten aus den alten Bundesländern neugierig auf unsere Erfahrungen sind, damit wir die Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam gestalten können.

Ich glaube, die erste und vielleicht wichtigste Erfahrung ist das Wissen darum, wie leicht Menschen in der Versuchung stehen, sich anzupassen, und welche Möglichkeiten des Widerstandes gegen

ein menschenverachtendes Regime es gibt. Dieser Erfahrungsschatz ist unverzichtbar, wenn wir die Freiheit in unserem Staat Bundesrepublik auf Dauer erhalten wollen.

Ich erlebe manchmal, daß in der alten Bundesrepublik Demokratie als etwas sehr Selbstverständliches verstanden wird. Ich denke, wir müssen alle immer wieder darauf achten, daß unsere Demokratie gepflegt wird.

Die zweite Erfahrung, auf die es mir ankommt, mag sich für westdeutsche Ohren manchmal etwas seltsam anhören. Es handelt sich um die Fähigkeit, zwischen den Zeilen zu lesen, auf leise Töne zu hören, das Unausgesprochene auch wahrzunehmen.

Ich denke aber, daß das gerade wichtig ist für Bevölkerungsgruppen wie die älteren Menschen, für Kinder, für Jugendliche, für Familien und Pflegebedürftige, die nicht immer die scharfen Auseinandersetzungen führen können. Deshalb brauchen wir diese Sensibilität, die für uns als ehemalige DDR-Bürger unverzichtbar war, um das Leben in diesem Lande zu überstehen.

Eine dritte Erfahrung umschreibt die kulturellen Werte, die im östlichen Teil Deutschlands vielleicht noch etwas getreuer als im westlichen Teil bewahrt wurden: die Fähigkeit, mit bescheidenen Mitteln Lebenszufriedenheit zu erwerben, die Kunst, das Leben entgegen allen Unterdrückungsversuchen zu meistern, und das Geschick, sich auch dann zu behaupten, wenn man in der Minderheit ist.

Ich denke, die CDU ist die richtige Partei für die Bewältigung von Risiken. Mir ist es wichtig, daß wir in unserer Arbeit noch stärker als bisher auf die Anfragen, Sorgen und

Erfahrungen von Frauen und Jugendlichen hören.

Insbesondere die Frauen in den fünf neuen Bundesländern werden mit den Gefahren und den Chancen der Umwandlung konfrontiert. Sie sind nach meiner Beobachtung besonders sensibel für die Atmosphäre, in der die Herausbildung neuer Gemeinsamkeiten geschieht. Die Jugendlichen betrachten uns mit Offenheit, aber sie warten ab, ob wir uns ernsthaft der Aufgabe stellen, die Vergangenheit zu bewältigen und auf ehrlichem Fundament eine neue Zukunft aufzubauen. Mein persönliches Anliegen ist es, ihnen zu zeigen, daß es sich lohnt, in der CDU aktiv zu sein, weil unsere Partei eine echte Volkspartei ist, weil sie für jüngere und ältere Menschen da ist, für Frauen und Männer. Wenn wir nicht bloß Worte machen, sondern das durch praktische Taten beweisen, dann ist die CDU die Partei, die die Stimmenmehrheit in der Bundesrepublik verdient.

Ich möchte auch außerhalb der Parteistrukturen wirken. Die CDU in der ehemaligen DDR hatte nicht die Möglichkeit, alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Im geisteswissenschaftlichen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich, im mittelständischen Bereich, unter den Wissenschaftlern, unter den Studierenden war der Zugang für die CDU sehr schwierig. Deshalb sollten wir in diesem Bereich um neue Mitglieder werben.

Wenn wir auf die Menschen zugehen, wenn wir ihre Probleme und Ängste ernst nehmen, dann sind die Menschen — dessen bin ich sicher — für unsere politischen Anliegen zu gewinnen. Es werden auch solche sein, die uns bisher fernstanden.

Ich hoffe, daß Dresden ein Signal dafür sein wird, daß die CDU die Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam meistern kann. ■

Christine Lieberknecht:

Wir brauchen Selbstvertrauen und Fairneß gegenüber den anderen

Wir sind in Dresden, um in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und aus ihr heraus die Zukunft der Menschen in Einigkeit und Freiheit zu gestalten.

Ich komme aus Weimar, wo ich 1958 als evangelische Pfarrerstochter geboren wurde. Meine Großeltern aber kamen aus Darmstadt und Hannover, um in Weimar, der Stadt der deutschen Klassik, der Malerei und der Kunst, zu studieren und dort zu leben. Das war deutsche Normalität zu Beginn unseres Jahrhunderts, und deutsche Normalität am Ausgang unseres Jahrhunderts muß es wieder werden.

Das bedarf unserer aller Anstrengungen zum Neuaufbau von Bildung und Kultur im östlichen Teil unseres Landes.

Ich selbst studierte in Jena Theologie und war im Gemeindepfarramt unweit des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald tätig, das düstere Kapitel unserer deutschen Geschichte vor 1945 — aber auch danach — geprägt von Nationalsozialismus und Stalinismus.

Werte Delegierte, beide Kinder erleben zur Zeit hautnah die Umstellung des Thüringer Schulwesens, für das ich als Thüringer Kultusministerin seit dem 8. November 1990 im Kabinett der Thüringer Landesregierung die Verantwortung trage: weg von der Einheitsschule hin zu einem freiheitlich-demokratischen und pluralistischen Bildungswesen für unsere Kinder und Jugendlichen.

Mein politisches Wirken in offener Auseinandersetzung mit dem erstarrten Staatswesen der DDR-



Christine Lieberknecht

Führung begann aus den Reihen der Basismitglieder der CDU im Osten Deutschlands, deren Mitglied ich in einem kleinen Ortsverband im Landkreis Weimar im Jahre 1981 wurde.

Darin stehe ich für viele Mitglieder im Osten Deutschlands, die heute Verantwortung übernommen haben, die aber auch früher, unter den Bedingungen der Diktatur die schmalen Spielräume suchten für Menschlichkeit an der Basis vor Ort.

Am 10. September 1989, am Vorabend der Öffnung der ungarischen Grenze für alle Deutschen, unterzeichnete ich in der Gemeinschaft von vier Parteifreunden den Weimarer Brief, der im folgenden zum Schlüsseldokument der Erneuerung der Ost-CDU wurde.

Kurt Biedenkopf: Der Bundesvorstand hat zur Wahl als Stellvertretende Vorsitzende Frau Bundesministerin Dr. Angela Merkel und zur Wahl für ein weiteres Mitglied des Präsidiums Frau Kultusministerin Christine Lieberknecht vorgeschlagen. Ich gebe dem Parteivorsitzenden das Wort zur Begründung beider Vorschläge.

Helmut Kohl: Ein kurzes Wort zu diesem einstimmigen Vorschlag des Bundesvorstands. Wir waren uns bei unseren Diskussionen völlig einig, daß es wichtig ist, die freigewordenen Plätze, die jetzt für ein Jahr besetzt werden — im nächsten Jahr werden der gesamte Parteivorstand und das gesamte Parteipräsidium ja neu gewählt — mit Kandidaten oder Kandidatinnen aus den neuen Bundesländern zu besetzen und entsprechende

Vorschläge zu machen. Zum zweiten waren wir uns einig, daß es aus den Gründen, die eben auch in der Diskussion deutlich wurden, richtig ist, daß wir Kandidatinnen vorschlagen, also Frauen, die sich bewährt haben und die für diese Funktion besonders in Frage kommen.

Zum dritten war, und zwar aus gutem Grund, die Frage der Verjüngung der Parteispitze ein wichtiges Kriterium. Über diese Frage wird ja schon seit langem diskutiert.

Aus diesen drei wohlüberlegten Gründen unterstütze ich hier noch einmal den Vorschlag, den der Parteitagspräsident für den Bundesparteivorstand genannt hat, nämlich zur Stellvertretenden Vorsitzenden Frau Angela Merkel und zum weiteren Mitglied des Präsidiums Frau Christine Lieberknecht zu wählen.

Auf dem Sonderparteitag der CDU im Osten Deutschlands vor fast genau zwei Jahren wurde ich in den neuen Parteivorstand unter Lothar de Maizière gewählt. Seit dem 20. Januar 1990 bin ich stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Thüringen.

Im Vorstand der Landespartei und als Mitglied der Thüringer Landesregierung spüre ich die Last der Geschichte von 40 Jahren, die auf uns und den Menschen in beiden Teilen Deutschlands liegt. Und dabei ist nach wie vor Aufbruch notwendig, und wir müssen aufpassen, daß uns die Kraft des Aufbruchs unter den Bedingungen der Freiheit nicht verlorengeht. Es geht aber auch um unsere Verantwortung gegenüber denen, die heute die Schulen besuchen und morgen unsere

Welt gestalten werden. Die Chancen der Jugend, die Chancen für Bildung und Wirtschaft, die Chancen für Freiheit und neue Wege sind so groß, daß ganz Deutschland eine neue Zukunft haben muß, und auf diesem Weg brauchen wir immer wieder Mut und Bereitschaft, uns einzulassen auf die gemeinsame Zukunft, die vor uns liegt.

Hier ist Selbstvertrauen notwendig, aber auch Fairneß gegenüber der Lebensart und der Lebensleistung des jeweils anderen. Hier ist Offenheit notwendig und Glaubwürdigkeit, hier ist Geduld notwendig und Besinnung auf die Wurzeln christlich-demokratischer Politik — und die Konturen unserer Politik dürfen nicht verwischen. ■

Jan Bielecki*:

Unsere Ziele sind dieselben

Ich freue mich, hier in Dresden zu Ihnen sprechen zu können, hier, auf dem früheren Territorium der DDR, jetzt einem Teil Deutschlands.

Die Tatsache, daß Sie Ihren Parteitag hier abhalten, unterstreicht die Wichtigkeit der Aufgabe, die vor der CDU und die vor ganz Deutschland liegt, nämlich die vollständige wirtschaftliche, soziale Integration von Ost- und Westdeutschland.

Dies sind Zeiten der Herausforderung für unsere beiden Nationen und für unsere beiden Parteien. So, wie sich die CDU der Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung und Integration Ostdeutschlands gegenüberstellt, sieht sich meine Partei, der Liberal-Demokratische Kongreß, dem Wandel Polens gegenüber.

Unsere Ziele sind dieselben. Wir wollen, daß unsere Länder zufriedene, stabile, kulturell aktive, wohlhabende Gesellschaften aufbauen, Gesellschaften, die in Harmonie mit dem übrigen Europa leben.

Unsere Parteien, so glaube ich, arbeiten auf ähnliche Art und Weise auf eine europäische Vision hin: Wir arbeiten für ein Europa, das gekennzeichnet ist durch Freiheit, Demokratie, eine gesunde Wirtschaft und christliche Werte. Unsere Vision ist klar umrissen und entschieden: Es ist die Zukunft Europas.

* ehemaliger polnischer Ministerpräsident

Carl Bildt*:

Gemeinsam für Europas Zukunft

Die Vollmitgliedschaft Schwedens in der EG war seit langer Zeit das Ziel meiner Partei und ist jetzt eines der wichtigsten Ziele der neuen schwedischen Regierung.

Die Unterstützung, die wir seit Jahren und Jahrzehnten von Ihnen allen, ganz besonders vom Herrn Bundeskanzler, bekommen haben, war natürlich immer von großer Bedeutung und wird in den kommenden Monaten und Jahren von noch größerer Bedeutung sein. Wir sind Ihnen dafür sehr dankbar, denn wir wollen dabei sein, wenn das neue Europa gebaut wird, ein Europa mit neuen Sicherheitsstrukturen und mit einer neuen Zusammenarbeit zur Sicherung von Frieden und Freiheit, ein Europa, das sich auf Ideen gründet, die seit Jahrzehnten unsere Ideen sind.

Noch vor ein paar Jahren gab es ja diese Vorstellung von einem Europa des dritten Weges, von einem möglichen Modell zwischen Ost und West. Aber heute sind es unsere gemeinsamen Ideen, die gesiegt haben: die freie Marktwirtschaft, der politische Pluralismus, das Privateigentum, der Rechtsstaat, die grundlegende Bedeutung der Familie für eine gute Gesellschaft, die fundamentale Bedeutung der Freiheit und nicht zuletzt die Einigung Europas in Freiheit. Es sind unsere gemeinsamen Ideen, die die Grundlage des neuen Europa bilden.

* neu gewählter Ministerpräsident von Schweden

Wilfried Martens*:

Auf dem Weg zur Einheit Europas

Mit den weitreichenden Ergebnissen des Gipfeltreffens in Maastricht vor wenigen Tagen haben wir nun auch den Durchbruch auf dem Weg zur politischen Einheit Europas erzielt.

Es bestätigt sich, was schon die Väter Ihrer Verfassung wußten und was schon Konrad Adenauer zur Richtschnur der deutschen Politik gemacht hat, daß nämlich die europäische und die deutsche Einigung sich gegenseitig bedingen. Und was für Deutschland in bezug auf das schwierige Problem der Überwindung seiner nationalen Teilung gilt, das gilt auch ganz generell für alle Staaten und Völker Europas.

Die beste Politik im Interesse unserer Nationen ist eine Politik, die auf die Einigung Europas gerichtet ist, und die beste Politik im Interesse Europas ist eine Politik, die sich der wichtigen nationalen Anliegen der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen und Gemeinden annimmt. Das ist immer eine grundlegende These der christlichen Demokraten in Europa gewesen.

In diesem Geiste leisten wir in der Europäischen Volkspartei unseren Beitrag, sei es im Europäischen Parlament oder im Ministerrat oder in der EG-Kommission, sei es in der Zusam-

menarbeit und in der koordinierten Aktion der Mitgliedsparteien. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die CDU ist eine aktive Mitgliedspartei der EVP. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit für ihre Mitwirkung herzlich bedanken. Der Beitrag der CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, die unter der bewährten Führung von Egon Klepsch in der EVP-Fraktion zusammenarbeiten, ist ganz offenkundig.

Viele weitere Freunde aus der CDU sind daran beteiligt, die EVP zu einer wirkungsvollen europäischen Aktions-einheit der christlichen Demokraten zu formen. Insbesondere auch Ihr Vorsitzender, der Bundeskanzler, mein Freund Helmut Kohl, ist eine treibende Kraft bei unseren Bemühungen, die EVP zu einer wirklichen europäischen Partei zu entwickeln.

Mit seiner Hilfe und mit der Hilfe der anderen christlich-demokratischen Regierungschefs ist es uns übrigens in Maastricht gelungen, im Vertrag über die Politische Union einen Artikel unterzubringen, der die Rolle der europäischen Parteien beschreibt und ihre Funktion im politischen System der Gemeinschaft ausdrücklich anerkennt.

* amtierender belgischer Ministerpräsident

Das Dresdner Manifest kann ab sofort auch in unserem IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Vermold, bezogen werden: Bestell-Nr.: **5467**, Verpackungseinheit: 50 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 17,50 DM zuzügl. MwSt. inklusive Versand.

Generalsekretär Volker Rühle:

Mit dem Dresdner Manifest stellen wir uns den neuen Aufgaben der deutschen Politik

Das Ende der 80er Jahre markiert für Europa und die Welt eine Zeitenwende. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus verschwand die zweite totalitäre Diktatur dieses Jahrhunderts. Die Welt wurde von einem Alptraum befreit.

Zu keiner Zeit hat der Sozialismus gerechte Lebensverhältnisse geschaffen. Er konnte nicht einmal die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen. Nirgendwo hat er Menschen frei gemacht. Sozialismus war immer verbunden mit Stacheldraht und Minenfeldern, ruinerten Volkswirtschaften, verseuchten Landschaften und zerstörten Gesellschaften.

Der Sozialismus ist nicht in erster Linie deshalb gescheitert, weil seine Wirtschaftspolitik falsch war. Er ist gescheitert, weil er ein falsches Bild vom Menschen hatte. Der Mensch ist eben mehr als die Summe seiner gesellschaftlichen Verhältnisse. Er ist nicht nur ein bloßes Instrument des Klassenkampfes.

Von dieser Ideologie wollten sich die Menschen in Osteuropa und in der ehemaligen DDR nicht länger unterdrücken lassen. Darum haben sie sich mutig selbst vom Sozialismus befreit.

Sie haben auch ein Kernstück der Theorien aller Sozialisten in Frage gestellt. Warum — so lautet die kritische Frage — lassen sich ihre Utopien vom Menschen



Volker Rühle bringt den Leitantrag des Bundesvorstandes ein

nur mit Zwang und Gefängnis durchsetzen? Warum lassen sie den einzelnen Menschen nicht gelten, wie er ist, sondern wollen ihn statt dessen als Mittel für ihre Zwecke verstehen?

Mit ihrer Befreiung vom Sozialismus haben sich die Menschen in Osteuropa und der ehemaligen DDR für das Men-

schenbild entschieden, das von Christentum, Humanismus und Aufklärung und den westlichen Demokratien geprägt wurde. Für uns ist der Mensch in seiner Würde Ausgangspunkt und Ziel unseres Denkens und Handelns. Wir wollen mit den Menschen, wie sie sind, schrittweise eine menschliche Welt gestalten und durch Überzeugungskraft und Kompromiß den Weg dahin finden: Wir sind offen für eine Zukunft, die wir noch nicht kennen. Für uns kann weder ein Mensch noch eine utopische Idee zum Ersatz für Gott werden.

Diese Sicht vom Menschen und seiner Zukunft kann nach unserer Überzeugung die Leere ausfüllen, die der Sozialismus bei vielen hinterlassen hat.

Das Ende des Sozialismus hat die politische Landschaft in Europa gründlich verändert. Die alten Karten stimmen nicht mehr. Seit Jahrzehnten gültige Voraussetzungen unserer Politik sind hinfällig geworden. Jetzt müssen wir zunächst das Gelände neu vermessen, um für die wichtigsten Aufgaben der Politik in der Zukunft neue Wege zu finden.

Dafür brauchen wir eine Gesamtschau der politischen Aufgaben und Perspektiven. Und gerade dies ist die Aufgabe des Parteitagess von Dresden, des ersten Parteitagess der CDU Deutschlands, der sich intensiv und ausführlich mit den historischen Veränderungen in Deutschland, in Europa und der Welt befaßt. Darum wollen wir ein Dresdner Manifest beraten und beschließen. Es ist kein vollständiger Katalog zukünftiger politischer Maßnahmen. Das Dresdner Manifest ist vielmehr der Versuch der CDU, sich redlich und sachgerecht den neuen Aufgaben der deutschen Politik zu stellen.

Die Probleme dieser Welt machen keinen Halt an Deutschlands Grenzen. Trotz aller Schwierigkeiten, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, dürfen wir deshalb keine deutsche Nabelschau betreiben. Denn die innenpolitischen Aufgaben der Einheit und die außenpolitische Verantwortung des vereinten Deutschlands sind nicht entfernte Verwandte, sondern enge Geschwister.

Nur wenn wir den außenpolitischen Herausforderungen gerecht werden, können wir ein günstiges internationales Umfeld für die Vollendung der inneren Einheit schaffen. Manchmal erschreckt es mich, wie wenig wir über die dramatischen Veränderungen östlich von Dresden diskutieren. Das gehört auch zu diesem Parteitag; denn wir werden die Früchte der Freiheit in Deutschland nur ernten können, wenn wir uns auch darum kümmern.

Und nur wenn wir die innere Einheit erfolgreich vollenden, unsere Wirtschaft leistungsfähig erhalten, den inneren Frieden und gesellschaftliche Stabilität sichern, sind wir wiederum außenpolitisch handlungsfähig und können unsere internationalen Verpflichtungen erfüllen.

Tagtäglich erinnern uns die Ströme von Flüchtlingen und Asylbewerbern daran, daß Unterentwicklung, Hunger und Not, daß Gewaltherrschaft oder Konflikte im Süden und Osten zu Völkerwanderungen bis vor unsere eigene Haustür führen. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen außerhalb unserer Grenzen, aber die Folgen werden zu einem Problem der Innenpolitik.

In der Diskussion um Ausländer, Flüchtlinge und Asylbewerber wird vieles falsch miteinander vermengt. Worum geht es? Es geht nicht um die über 5 Millionen Ausländer, mit denen wir weitgehend problemlos zusammenleben. Sie sind

Nachbarn, Arbeitskollegen, gute Bekannte und Freunde. Sie bereichern unser Leben auf vielfältige Weise, und unser Wohlstand wird täglich gemeinsam mit ihnen erarbeitet.

Es geht auch nicht darum, das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen. Menschen, die aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen verfolgt werden, finden bei uns Schutz. Das bleibt auch in Zukunft so, ohne jeden Abstrich.

Vielmehr geht es um den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts. Wir können nicht alle Menschen, denen es wirtschaftlich schlecht geht, bei uns in Deutschland helfen.

Und wenn wir die Frage nach der Moral stellen: Wie moralisch ist es eigentlich, daß wir heute in unserem Land mehr als fünf Milliarden DM für Asylbewerber ausgeben, die zu mehr als 90 Prozent nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden?

Das sind vielfach Menschen, die nicht zu den Ärmsten der Armen gehören, die ihre Länder gar nicht verlassen können, sondern das sind zum Teil Menschen, die die Mittel für Schlepperorganisationen aufbringen können. Wie moralisch ist es eigentlich, daß wir unsere Mittel hier einsetzen, statt sie vor Ort einzusetzen, um mit diesen Milliarden sehr viel mehr Menschen helfen zu können?

Manche haben erst jetzt angefangen, Lager und Einrichtungen von Asylbewerbern zu besuchen. Ich habe das in meinem Wahlkreis schon in der Vergangenheit gemacht. Ich bin dabei immer wieder auf politische Flüchtlinge gestoßen, die wirklich politisch verfolgt sind und die sich bitter darüber beschwert haben, wie sie in Deutschland untergehen, was die Achtung und den Respekt in der Bevölkerung angeht, wie sie untergehen in der Masse von Asylbewerbern, die aus wirt-

schaftlichen Gründen nach Deutschland kommen.

Überlegen wir doch einmal einen Moment: Was hätte es für einen Flüchtling aus Nazi-Deutschland bedeutet — nennen wir einen prominenten Namen: Thomas Mann —, wenn man ihm in Amerika nicht gerecht geworden wäre als politischer Flüchtling, sondern ihn zusammen mit Tausenden von Menschen in einen Prozeß gesteckt hätte mit denen, die aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Süden nach Amerika gekommen wären? Das heißt, wie moralisch ist es eigentlich, daß wir nicht endlich diesen massenhaften Mißbrauch des Asylrechts beenden, um uns denen zuwenden zu können, die wirklich als politisch Verfolgte nach Deutschland kommen?

Wir können und wir dürfen es nicht länger hinnehmen, daß das wichtige und kostbare Recht auf Asyl ausgehöhlt wird. Deshalb brauchen wir eine Ergänzung des Grundgesetzes.

Trotz der Belastung durch den deutschen Einigungsprozeß müssen wir bereit sein, unsere Entwicklungshilfe deutlich zu verstärken. Dabei geht es auch um die politischen Lebensbedingungen in den Ländern der Dritten Welt, um die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, um den Schutz von Minderheiten und die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Regierungen, die nicht bereit sind, diese Grundvoraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins in ihrem Land zu schaffen, können nicht auf unsere Hilfe rechnen; denn Hilfe kann nur dort wirken, wo auch die Menschenrechte geachtet werden.

Im Osten Europas haben die Völker die Kraft für die Wiedergewinnung der Freiheit oft aus der Rückbesinnung auf ihre nationale Identität geschöpft. Diese Rückbesinnung auf die nationale Identität

tät war hilfreich bei der Zerschlagung eines falschen Systems. Aber Nationalismus kann auch im Osten Europas nicht die Formel für die Zukunft sein.

Wo vorher der Eispanzer des Sozialismus über den Völkern lag, da droht jetzt die Gefahr treibender Eisschollen. Die Situation in Jugoslawien und der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums geben Beispiel genug für die Gefahren dieses Prozesses.

Deswegen ist es nicht nur wirtschaftlich so wichtig, was nach dem Krieg hier in Westeuropa geschaffen wurde: ein neues Verhältnis zwischen den Staaten, die Abkehr von den klassischen Nationalstaaten; deswegen ist der europäische Einigungsprozeß so wichtig, um Freiheit und Menschenrechte und Frieden und Stabilität in ganz Europa zu verwirklichen. Deswegen ist Maastricht so wichtig in dieser historischen Situation in Europa.

Wenn man nicht will, daß der Westen Europas von Osten her destabilisiert wird, dann muß der Westen jetzt den Osten stabilisieren.

Das heißt: Wir müssen den jungen Demokratien in Mittel- und in Osteuropa so schnell wie möglich einen Platz in der Europäischen Gemeinschaft anbieten. Wirtschaftlich wird das noch ein langer Weg sein. Aber wir sollten diese Staaten so schnell wie möglich in die politische Zusammenarbeit einbinden.

In Westeuropa gibt es ärmere und reichere Länder; das ist richtig. Wir haben bisher vor allem einen Ressourcentransfer von Nord nach Süd durchgeführt. Wir müssen den Ländern im Süden Westeuropas jetzt aber sagen, daß sie im Verhältnis zum Osten Europas auch zum Westen

gehören, und so, wie der westliche Teil Deutschlands dem östlichen Teil hilft, muß natürlich in veränderter Weise unter anderen Bedingungen ganz Westeuropa Mittel- und Osteuropa helfen, damit die jungen Demokratien dort stabilisiert werden.

Wenn wir den Frieden in Europa sicher verankern wollen, dann müssen wir ein „Europa ohne Not“ schaffen; denn Frieden kann nur dort gedeihen, wo die Menschen und Völker nicht erbitterte Verteilungskämpfe um das tägliche Überleben führen müssen und wo Freiheit und Demokratie, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Minderheitenschutz selbstverständlich sind.

In Zeiten des kalten Krieges haben wir viele Milliarden in Waffen investieren müssen, um uns vor der Bedrohung durch das kommunistische System zu schützen. Jetzt sollten wir bereit sein, die Folgen des Zusammenbruchs dieser Bedrohung abzuwenden. Das ist eine notwendige Investition in die gemeinsame Sicherheit und Zukunft aller Europäer.

Deutschland hat sich mit seiner Hilfe für den Osten Europas mehr als andere Staaten engagiert. Das ist gut so. Aber wir können und wollen dies nicht im Alleingang tun. Mißtrauen und Kritik an unserem Engagement sind unangebracht, vor allem wenn sie von jenen kommen, die bisher noch wenig Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Es gibt zwei verschiedene Blickrichtungen: Wenn es um Geld geht, sagen viele, das müssen die Deutschen machen. Wenn es aber um die politische Betrachtung derselben Sache geht, dann fragen dieselben Leute: Warum machen das immer die Deutschen? Das paßt nicht zusammen. Deswegen erinnern wir daran: Wir wollen eine europäische Ost-

politik. Wir wollen uns zusammen mit allen unseren Nachbarn im Westen dieser historischen Aufgabe stellen.

Deutschland hat mit der Einheit auch seine volle Souveränität wiedererlangt. Die Beschränkungen, die uns die Teilung auferlegt hat, sind entfallen. Als gleichberechtigter Partner in der Staatengemeinschaft hat Deutschland auch gleiche Pflichten. Es kann nicht auf Dauer eine Sonderrolle beanspruchen.

Deutschland muß in enger Abstimmung mit seinen Freunden, Nachbarn und Partnern seiner gewachsenen internationalen Verantwortung gerecht werden. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Einheiten der Bundeswehr auch an Einsätzen zur Friedenssicherung und zur Wiederherstellung des Friedens im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen oder einer europäischen Streitmacht beteiligen können.

Ich glaube, es ist nicht ungerecht, wenn ich sage, daß wir in Deutschland während des Golfkrieges nicht immer glänzende Diskussionen geführt haben. Wenn ich die Diskussionen im Deutschen Bundestag mit denen im englischen oder im französischen Parlament vergleiche, dann ergibt sich doch folgende Frage: Kann man auf Dauer eine gemeinsame Währung haben, die wir ja anstreben, wenn dieselben Länder in einer schicksalhaften Situation, in der es um die Herstellung gemeinsamer Sicherheit geht, in verschiedene Richtungen laufen? Ich glaube, nein.

Deswegen: Wer für die gemeinsame Währung ist, der muß auch dafür sein, daß die Deutschen ihren Teil leisten, um zusammen mit den anderen Demokratien in Europa die Sicherheit Europas zu garantieren und auch die internationale Friedensordnung abzusichern.

Wir haben eine Diskussion über die Moral gehabt. Viele, die damals demonstriert haben, haben die Moral für sich in Anspruch genommen und sie den Soldaten abgesprochen. Aber schauen wir uns unsere eigene Geschichte an. Wer hat eigentlich das Morden in deutschen Konzentrationslagern beendet? Das waren keine Demonstranten in anderen Hauptstädten, sondern das waren die Soldaten der Alliierten. Deswegen glaube ich, daß wir eine Diskussion über die Moralität auch von Gewaltanwendung als letztes Mittel zur Durchsetzung einer internationalen Rechtsordnung führen müssen. Wir Deutschen können uns aus dieser Diskussion nicht ausschalten und auf Dauer eine Sonderrolle spielen.

Die staatliche Einheit Deutschlands ist unter der Führung der Union gelungen. Die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, das ist eine Aufgabe — ich glaube, wir spüren das alle —, bei der wir noch am Anfang stehen, und sie ist schwieriger, als viele gedacht haben.

Mehr als 40 Jahre Trennung unseres Vaterlandes haben im Osten wie im Westen tiefe Spuren hinterlassen. Menschen und Gesellschaften haben sich unterschiedlich entwickelt. Sie sind sich in vielen Lebensbereichen fremd geworden. Wir müssen jetzt aufeinander zugehen und einander verstehen lernen.

Von manchen sind die bestehenden Gemeinsamkeiten auch überschätzt worden. Ältere Menschen entdecken sie leicht wieder. Aber jüngere Menschen müssen diese Gemeinsamkeit erst neu erfahren durch gemeinsame Ausbildung, viele Formen der Begegnung, gemeinsame Freizeit, Sport- und Kulturereignisse. Wir dürfen den jungen Deutschen im Westen nicht vorwerfen, daß sie

glaubwürdige Europäer sind, daß sie sich in Rom und in Paris zu Hause fühlen.

Wir dürfen es ihnen nicht vorwerfen, daß sie eben bisher nicht gemeinsam mit ihren Freunden im Osten die Schule, die Hochschule besucht haben, in Betrieben gemeinsam gearbeitet haben.

Deswegen ist es ganz natürlich, daß sie Gemeinsamkeiten erst neu begründen müssen. Aber wir müssen dafür sorgen, daß sie Schulen und Hochschulen gemeinsamen besuchen, daß sie gemeinsam arbeiten und gemeinsam auch internationale Kontakte in Europa wahrnehmen. Dann wird auch die junge Generation in Deutschland zusammenwachsen. Das ist eine entscheidende Aufgabe bei der Herstellung der inneren Einheit.

Die Menschen in den neuen Bundesländern begrüßen in ihrer großen Mehrheit das Ende der Teilung und ihre Freiheit. Aber sie spüren auch, daß die gewonnene Freiheit neue Nöte bringt und daß sie die Hauptlast der Einheit tragen. Die Sorgen um Einkommen, Wohnung, Sozialleistungen und neue berufliche Anforderungen waren und sind für viele eine alltägliche Belastung. Mit dem Verschwinden der alten Ordnung, die die Menschen komplett versorgte und zugleich entmündigte, verloren sie auch alte Gewißheiten.

Darum leiden viele heute unter großer persönlicher Unsicherheit.

Für manche hat die Einheit bisher vor allem den Verlust ihres gesamten Orientierungswissens bedeutet. Viele Menschen in den neuen Bundesländern müssen erst lernen, daß Freiheit auch Unsicherheiten, Chancen auch große Risiken bergen.

Aber heute paßt sich ganz überwiegend der Osten dem Westen an, werden Gesetze und Verordnungen übernommen. Aber auch im Westen gibt es Reformbe-

darf, und schon bald werden vom Osten Impulse zur Erneuerung und Modernisierung ausgehen. Die Investitionen, die hier getätigt werden — denken Sie an die modernen Automobilwerke —, werden nicht nur die modernsten Automobilwerke in Deutschland, sondern in Europa schaffen. Dann wird es Druck von Ost nach West, Wettbewerb von Ost nach West geben. Das sollen die Landsleute auch schon heute wissen. Das, was hier heute neu entsteht, ist moderner als alles, was es im Westen Deutschlands gibt.

Viele im Westen unterschätzen, glaube ich, auch noch anderen Druck, den es aus dem Osten geben wird. Wir waren in den vergangenen 40 Jahren im Westen längst nicht in allem erfolgreich. Unsere Gesellschaft, die Politik hat sich vielfach verkrustet und bürokratisiert. Wenn es jetzt gelingt, etwa mit den Beschleunigungsgesetzen im Osten zu zeigen, daß Bürokratie zurückgedrängt werden kann, daß dereguliert werden kann, daß die Rolle des Staates auf die wirklich notwendigen Aufgaben zurückgedrängt werden kann, wenn es uns durch das Beispiel des Ostens vor allem gelingt, die Ausbildungszeiten in Deutschland kurzzuhalten, kürzer zu machen, damit junge Deutsche nicht fünf Jahre älter als ihre westlichen Nachbarn in den Berufsprozeß gehen, dann wird Deutschland durch die Entwicklung im Osten jünger und moderner.

Das ist einer der wesentlichen Punkte auch in dem Dresdner Manifest. Diese Chance, durch die Einheit jünger und moderner zu werden, sollten wir nutzen. Im übrigen wird dieser Prozeß auch zeigen: Die Anpassung wird nicht mehr länger ausschließlich von West nach Ost laufen, sondern wird sehr bald auch umgekehrt gehen.

Wir Deutschen leben wieder in einem Land. Es geht jetzt darum, eine gemeinsame politische Tagesordnung für Deutschland festzulegen. Unser alter Slogan, von der CDU im Westen entwickelt, „Weiter so, Deutschland!“ war sehr berechtigt und auch sehr populär, aber er ist überholt. Mit einer bloßen Fortschreibung bisheriger Politik werden wir den neuen Aufgaben in Deutschland nicht gerecht.

Wir werden drei Fragen beantworten müssen: Was müssen wir leisten? Was können wir leisten? Worauf müssen wir verzichten, weil wir uns nicht alles leisten können? Diese Fragen müssen wir als CDU Deutschland gemeinsam beantworten. Es kann nicht angehen, daß im Osten Deutschlands die Frage beantwortet wird, was eigentlich geleistet werden müßte, und im Westen dann festgelegt wird, was man zu leisten in der Lage ist. Nein, diese Entscheidung müssen wir gemeinsam treffen, indem wir uns auf eine gemeinsame Tagesordnung unserer Politik verständigen.

Mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost haben wir einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen, aber es gibt noch immer genügend Beispiele, die zeigen, daß in Deutschland bis in diese Tage hinein unterschiedliche Maßstäbe in der Diskussion gelten, daß wir noch keine gemeinsame Tagesordnung haben.

Man vergleiche nur einmal die heftigen Diskussionen im Westen über den Subventionsabbau im Steinkohlebergbau mit der weitgehend stillen Hinnahme des Abbaus von Arbeitsplätzen in den östlichen Braunkohlerevieren.

Im Westen werden erhebliche Mittel aufgewandt, um das sogenannte „patientenfreundliche Krankenhaus“ zu verwirkli-

chen, das an jedem Krankenbett Fernseh- und Telefonanschluß bietet. Im Osten geht man jetzt vielfach erst einmal daran, wenigstens ein Waschbecken in jedem Krankenzimmer zu installieren. Ist das eine gemeinsame Tagesordnung?

Unterschiedliche Maßstäbe gelten auch in der Frage, was den Bürgern zugemutet werden kann. Das Beispiel Rheinhausen im Ruhrgebiet ist gestern schon angesprochen worden. Ich nenne ein Beispiel aus den letzten zwei Wochen im Deutschen Bundestag. Dort haben die Sozialdemokraten eine aktuelle Stunde wegen der Schließung eines Betriebes in einer Stadt in Westdeutschland beantragt. So schmerzhaft das ist, zeigt es doch, daß die Sozialdemokraten noch nicht begriffen haben, worum es in Deutschland geht, denn eigentlich hätte man mindestens 25 aktuelle Stunden an diesem Tag beantragen müssen. Das ist westliches Denken; das ist keine gemeinsame Tagesordnung. Deshalb sollte sich die CDU bemühen, wirklich eine gemeinsame Tagesordnung der Politik in Deutschland zu schaffen.

Alle diese Beispiele zeigen: Wir müssen noch lernen, daß wir jetzt in einem Land leben. Wir müssen unsere gesamte Politik daraufhin überprüfen, ob sie wirklich gesamtdeutschen Anforderungen gerecht wird und ob die Prioritäten, die bisher galten, auch künftig noch gelten können.

Wir geben in unserem Dresdner Manifest eine, wie ich glaube, klare Antwort, die weitreichende Konsequenzen hat, die sich viele vielleicht noch nicht klarmacht haben:

Erstens: Die staatlichen Ausgaben müssen auf die Aufgabe konzentriert werden, die neuen Länder aufzubauen.

Das bedeutet zweitens: Manche Investitionen im Westen müssen zugunsten vor-

dringlicher Investitionen im Osten vertagt werden.

Daraus folgt drittens: Neue soziale Leistungen müssen jetzt beschränkt bleiben.

Wir können die sozialpolitischen Diskussionen, die sich im Westen in den letzten 40 Jahren entwickelt haben, nicht einfach so weiterführen, als ob nichts passiert sei.

Wir brauchen hier neue Prioritätensetzungen.

Wir beziehen damit Position in einer Diskussion, die im Westen Deutschlands — auch in unserer eigenen Partei — besonders schwierig zu führen ist, weil sich die Gesellschaft dort sehr stark an hergebrachten Maßstäben und Besitzständen orientiert. Aber wir müssen die Kraft finden, als Partei zu sagen: Alle staatlichen Ausgaben gehören jetzt auf den Prüfstand. Dann legen wir fest, wo die Prioritäten im zusammenwachsenden Deutschland zu setzen sind.

Die Größe der Herausforderungen, vor denen wir stehen, zwingt uns heute dazu, in allen Bereichen der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik neu festzulegen, was notwendig ist und auf was zumindest vorübergehend verzichtet werden muß. Wir brauchen einen neuen Prioritätenkatalog staatlicher Aufgaben.

Es geht darum, das Subsidiaritätsprinzip unter veränderten Bedingungen zu verwirklichen. Was der einzelne oder Gruppen leisten können, soll der Staat nicht an sich ziehen. Wo der Staat neue Aufgaben zu übernehmen hat, muß er prüfen, wo alte Aufgaben weniger vordringlich und deshalb Einsparungen möglich sind.

Was wir im Dresdner Manifest über die neuen Prioritäten im Hinblick auf die Leistungen des Staates für seine Bürger formuliert haben, muß im übrigen auch für die Finanzbeziehungen der Länder

untereinander gelten. Die alten Bundesländer — das sage ich angesichts ihres Verhaltens vor allem in Richtung der SPD-regierten Bundesländer — können nicht aus der Verantwortung dafür entlassen werden, dem Föderalismus in ganz Deutschland eine solide Grundlage zu geben. Wer den Föderalismus bejaht, wie wir alle das tun, der muß auch ein Interesse daran haben, daß es überall in Deutschland starke Länder gibt. Das ist der wichtigste Beitrag zum Föderalismus. Natürlich gibt es im Westen Deutschlands — so wie ich es in bezug auf Westeuropa gesagt habe — reichere und ärmere Länder. Wir haben in der Vergangenheit versucht, das auszugleichen, aber ich muß feststellen: Gegenüber den neuen Bundesländern sind alle alten Länder reiche Länder. Deswegen müssen im Länderfinanzausgleich neue Prioritäten gesetzt werden.

Wir müssen dem Herrn Lafontaine sagen — bei all den Problemen, die er im Saarland angerichtet hat und bei der öffentlichen Armut dort —: Auch das Saarland ist ein reiches Land im Vergleich zu den neuen Bundesländern. Deswegen fordern wir Solidarität ein.

Wir müssen aber auch prüfen, ob die Prioritäten, die wir heute setzen, angesichts künftiger Herausforderungen richtig gesetzt sind. Wir müssen nicht nur den Aufbau im Osten bewältigen, sondern auch heute bereits in die gemeinsame Zukunft Deutschlands investieren. Entscheidungen, durch die wir uns heute entlasten, dürfen kommende Generationen nicht unzumutbar belasten.

Unsere Ausgaben für den Gegenwartskonsum müssen in einem angemessenen Verhältnis zu dem stehen, was wir an Zukunftsvorsorge treffen. Deswegen geht

es z. B. darum, auch im Rahmen der Herbeiführung der inneren Einheit Deutschlands die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland in Europa rechtzeitig zu sichern. Man kann damit nicht abwarten, bis wir den Einigungsprozeß geschafft haben.

Liebe Freunde, der Sozialismus hat nicht nur die Wirtschaft ruiniert und die Umwelt verwüstet, sondern er hat auch tiefe Wunden in den Herzen und Seelen der Menschen hinterlassen und eine zutiefst ungerechte Gesellschaft geschaffen. Er hinterließ ein Erbe, das die Gegenwart belastet und unsere Zukunft überschattet.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, wir würden bei der Vollendung der deutschen Einheit emotional scheitern, wenn wir uns nur auf die rasche Steigerung des Bruttosozialprodukts konzentrieren würden. Der Wiederaufbau in den neuen Bundesländern hat eben nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine zutiefst moralische Dimension. Und um sie müssen wir uns stärker als bisher kümmern.

Wer sich im alten System in besonderer Weise angepaßt hat und berufliche und politische Führungspositionen erreichen konnte, der darf diese Startvorteile, die er sich durch Anpassung an die Diktatur verschafft hat, nicht schlankweg in die Demokratie mit hinübernehmen.

Wenn wir das zulassen würden, würden wir eine ungerechte Gesellschaft fort-schreiben.

Wer sich im alten System nicht angepaßt hat, nein gesagt hat und dafür schwere Nachteile in Kauf nehmen mußte, der braucht jetzt unsere besondere Förderung, Zuwendung und Unterstützung, damit wir eine gerechte Gesellschaft in Deutschland schaffen.

Wenn es um die Besetzung von Positionen in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Wissenschaft, in der Politik geht, dann wird heute vor allem nach der Effektivität gefragt. Ich muß Ihnen sagen: Wenn wir der Fragestellung: „Wer kann diese Position im Augenblick am effektivsten ausüben?“ die Priorität geben, dann landen wir entweder bei dem alten SED-Kader oder bei dem Profi aus Westdeutschland, und das kann doch nicht unsere Politik sein!

Warum sind wir nicht bereit — das ist auch meine Frage an diejenigen, die Entscheidungen über wirtschaftliche Führungspositionen zu treffen haben —, jemanden zu nehmen, dem man in der Vergangenheit aus politischen Gründen keine Chance gegeben hat und der vielleicht in den ersten sechs Monaten etwas schlechter „funktioniert“, etwas weniger effektiv ist? Wir sollten ihm die Chance geben, die ihm die Diktatur nicht gegeben hat.

Wir können Biographien in Deutschland nicht nachträglich korrigieren. Das Leben von Millionen von Menschen ist verborgen worden. Aber wir müssen für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Junge Menschen, die sich unter der Diktatur nicht anpassen wollten, mußten vielfach einen hohen Preis zahlen, z. B. trotz guter Leistung keine Zulassung zum Studium aus politischen Gründen.

Das führte dazu, daß sie die gewünschten Berufe nicht ergreifen konnten und heute, wo die Demokratie Chancengerechtigkeit verwirklichen soll, keine Chancen auf Führungspositionen haben, weil die Nachteile aus der Diktatur fortgeschrieben werden, wenn wir uns nicht bemühen.

Die Schriftstellerin Monika Maron hat

Anfang der achtziger Jahre die Gefühle solcher Menschen beschrieben, und ich empfehle uns sehr — diese Diskussion unter den Menschen hier in den neuen Bundesländern ernst zu nehmen. Monika Maron hat versucht, die Gefühle der Menschen, die sich verweigert haben und die bereit waren, beruflich schwere Nachteile zu erleiden, so zu beschreiben:

Sie betrügen mich um mich, um meine Eigenschaften. Alles, was ich bin, darf ich nicht sein ... Ich soll mir abgewöhnen, ich zu sein.

Ich sage es noch einmal:

Sie betrügen mich um mich, um meine Eigenschaften. Alles, was ich bin, darf ich nicht sein.

Was kann man einem Menschen Schlimmeres antun? Es ist noch schlimmer, als ihn in ein Gefängnis einzusperren, wenn man ihn um sich selbst betrügt, um seine Entwicklungsmöglichkeiten. Wir müssen für diese Menschen Sensibilität aufbringen.

Monika Maron schreibt weiter:

Ein solcher Mensch geht kaputt, eines Tages hat er seine ursprüngliche Art vergessen oder er schreit vor Schmerz oder stirbt.

Das Schicksal dieser Menschen darf uns nicht gleichgültig sein. Ich hoffe, dieser Parteitag interessiert sich auch für die junge Frau, die nicht Rechtsanwältin werden konnte, weil sie aus politischen Gründen nicht Jura studieren konnte.

Ich empfehle uns, daß wir uns für den jungen Mann interessieren, der nicht Betriebsleiter werden konnte, weil er nicht bereit war, sich an das System politisch anzupassen.

Ich empfehle uns, daß wir uns für die Wissenschaftler an den Hochschulen im Mittelbau interessieren, die häufig wissenschaftlich viel qualifizierter waren als

die Kader, die Hochschullehrer, und daß wir nicht so vorgehen, daß wir unter den jetzigen Hochschullehrern auch die zukünftigen aussuchen. Nein, wir müssen denen aus dem Mittelbau eine Chance geben, die sie in der Vergangenheit nicht hatten.

Es gibt keine Heilung ohne tiefe Einschnitte, und wenn ich mir manche Hochschulen anschau, dann möchte ich davor warnen, daß es zu einer unheilvollen Mischung von marxistischer Parteilichkeit und westdeutscher Mittelmäßigkeit kommt. Das kann nicht die Zukunft sein.

Haben wir eigentlich das Recht zuzulassen, daß wieder eine Generation von Studenten, wieder eine junge Generation durch solche Hochschullehrer um ihre Zukunft betrogen wird? Ich glaube, nein.

Wir müssen Gerechtigkeit schaffen für die Opfer des Systems, deren Biographie durch die Diktatur verbogen worden ist. Nehmen Sie einen 45jährigen Mann — oder eine Frau —, der aus politischen Gründen die Schule nicht beenden konnte, der nicht studieren konnte! Haben wir das Recht, ihm jetzt zu sagen: Volkswirtschaftlich macht es keinen Sinn mehr, dir jetzt noch ein Hochschulstudium anzubieten? Haben wir nicht die Pflicht, ihm zum Beispiel durch ein Fernstudium ein Angebot zu machen, bei dem er diesen Lebenstraum nachholen kann und seine Familie trotzdem weiter abgesichert ist?

Wer kümmert sich eigentlich um die Menschen, die um sich selbst betrogen worden sind? Das sind Schicksale, die nicht ganz so spektakulär sind wie die Schicksale derjenigen, die aus politischen Gründen ins Gefängnis gesteckt wurden. Aber wenn ich mir anschau, wie in Deutschland die Aufmerksamkeit verteilt

wird, was Opfer und Täter angeht, dann muß ich Ihnen sagen: Es ist ein Skandal, wie viele Fernsehminuten auf die Täter Honecker, Schalck-Golodkowski und Markus Wolf verwendet werden.

Manchmal habe ich den Eindruck, die Deutschen seien in makabrer Weise von den Tätern fasziniert. Wo bleibt unser Interesse an den Opfern? Wo bleiben die Fernsehsendungen über die Männer und Frauen, die in Bautzen saßen?

Ich möchte einfach auch einmal ein halbstündiges Interview mit einem ganz normalen Bürger sehen, der um sich selbst betrogen wurde, der einmal schildert, wie es ist, wenn man die Fähigkeit hat, zum Beispiel Rechtsanwalt zu werden, und es aus politischen Gründen nicht werden konnte, oder wenn man die Fähigkeit gehabt hätte, Hochschullehrer zu werden oder eine Führungsposition in der Wirtschaft einzunehmen. Warum gibt es nicht Interviews mit ganz normalen Menschen, die um ihre Biographie betrogen worden sind?

Die Deutschen interessieren sich schon für Opfer, aber vor allem für ferne Opfer, wie es scheint, für Opfer auf fernen Kontinenten, in Nicaragua und anderswo. Wann interessieren wir uns endlich für die vielen Opfer in unserem eigenen Lande?

Liebe Freunde! Wer das Unrecht der Vergangenheit aufarbeiten und für eine gerechte Gesellschaft arbeiten will, der muß im eigenen Bereich mit gutem Beispiel vorangehen. Die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft kann nur eine Partei ansprechen, die an sich selbst die gleichen Maßstäbe der Erneuerung und der Chancengerechtigkeit anlegt. Ich glaube, wir haben das im Dresdner Manifest in fairer Weise versucht, in dem nicht schematisiert wird, sondern an die persönliche Verantwortung appelliert wird: Kann

ich Vertrauen erringen, kann ich Glaubwürdigkeit erringen?

Ich bin den Kollegen in Thüringen in der Reformkommission dafür dankbar — das hat ja Minister Zeh gestern angesprochen —, wirklich faire Fragen formuliert zu haben, die auch zeigen, daß das kein West-Ost-Konflikt und kein überflüssiger Streit ist, sondern eine ernsthafte und schwierige Diskussion, die die Partei stärken wird.

Liebe Freunde! Millionen von Deutschen in der ehemaligen DDR haben die CDU Deutschlands gewählt, und Millionen, die nicht Mitglieder irgendeiner Partei waren oder sind, erwarten von uns, daß der Wohlstand in Deutschland gleichmäßig verteilt wird. Aber ich sage ihnen: Sie erwarten von uns auch, daß wir die Partei der Gerechtigkeit sind und daß wir für Chancengerechtigkeit im wiedervereinigten Deutschland sorgen. Deswegen müssen wir uns dieser Aufgabe mit großer Leidenschaft zuwenden.

Wenn die CDU bei der Vollendung der inneren Einheit Erfolg haben will, dann darf 1994 nicht nur das Bruttosozialprodukt stimmen, sondern es muß auch die Gerechtigkeit in der Gesellschaft stimmen. Wenn wir das beachten, werden wir Aussöhnung und inneren Frieden in der Gesellschaft erreichen, und das wird ein Deutschland sein, das sich den großen Herausforderungen gewachsen zeigt.

Zeigen wir durch die Art und Weise der Diskussion über das Dresdner Manifest, daß wir eine wirklich spannende Partei sind — das sagt sich so leicht —, die sich auch schwierigsten Diskussionen stellt! Dann werden wir auch eine erfolgreiche Partei in Deutschland sein. Ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken.

(Anhaltender Beifall)

Reinhard Göhner:

Wir müssen auf die drängenden Zukunftsfragen Antworten finden

Warum, meine Freunde, diskutieren wir jetzt über ein neues Grundsatzprogramm? Natürlich deshalb, weil die deutsche Einheit vieles verändert hat und weil damit auch wesentliche Bestandteile unseres bisherigen Grundsatzprogramms erfüllt sind. Aber machen wir uns nichts vor: Diese Grundsatzdiskussion ist fällig, ja überfällig. Sie wäre auch notwendig, wenn es keine Wiedervereinigung gegeben hätte.

Deutschland, Europa, die Welt haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Wir selbst haben uns in unserem Denken, in unserem Empfinden so nachhaltig verändert, daß sich die Union ihres Standortes und ihrer Ziele neu versichern muß.

Wir befinden uns in einer Phase des politischen und geistigen Umbruchs. Das sozialistische Menschenbild ist total gescheitert, und linke Ideologie insgesamt befindet sich deshalb in einer tiefen Krise. Das ist eine große Chance für christdemokratische Politik, für uns als Volkspartei, unsere Vision einer besseren Welt in dieser defizitären Situation zu formulieren.

Wir dürfen dabei nicht in einen selbstgefälligen Habitus als Regierungspartei verfallen. Die CDU hat die staatliche Einheit zweifellos meisterhaft vollzogen. Aber bei allem Stolz, meine Freunde: Die Bewährung für unsere Partei kommt erst noch. Sie wird darin bestehen, daß wir auf die drängenden Zukunftsfragen Antworten finden müssen.

Diese Aufgabe dürfen wir nicht durch Tagesgeschäft verdrängen lassen. Wir können das auch nicht einfach der Parteispitze zuschieben. Die programmatischen Wegmarken auf dem Weg zur Zukunft zu entwickeln, ist Aufgabe der gesamten Partei.

Wissen wir denn selbst, wissen vor allem die Bürger, wo die CDU nach neun Jahren Regierungszeit inhaltlich steht? Weiß der Bürger, wissen wir, wo die CDU in neun Jahren, also im Jahre 2000 stehen will? Wir sind keine Wahrsager der Zukunft, aber wir müssen sagen, für welche Zukunft wir als Christdemokraten streiten wollen.

Die innere Einheit leben: Die sozialistische Unterdrückung und die Jahre der

Aus dem Zwischenbericht des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm- kommission der CDU

Trennung wirken trotz friedlicher Revolution und trotz Selbstbefreiung von der SED-Herrschaft untergründig fort. Der Anpassungsprozeß an eine offene Gesellschaft mit ihren vielfältigen Angeboten, aber auch Risiken, das Eingliedern in ein dynamisches, mitunter sehr hartes Wirtschaftssystem und eine Individualisierung der Lebensbezüge — das alles stellt viele Menschen vor bislang nicht gekannte Orientierungsaufgaben.

Wenn wir uns zu dieser vordringlichen Aufgabe der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands bekennen, dann dürfen wir dabei nicht vergessen: Wir können die politische, die soziale und wirtschaftliche Integration nicht wie Architekten am Reißbrett konstruieren. Wir müssen vielmehr die Wünsche, aber auch die Ängste, die Sorgen, die Erfahrungen, die besonderen Sichtweisen der Menschen aus den neuen Ländern aufnehmen. Gerade dazu dient diese Grundsatzdiskussion in einem erheblichen Umfang. Deutschland hat sich verändert. Wir müssen uns heute fragen: Was bedeutet z.B. die Tatsache, daß im vereinten Deutschland mittlerweile ein Viertel der Bevölkerung konfessionslos ist? Was bedeutet das für eine christdemokratische Partei? Welche Konsequenzen haben die hohen Scheidungsraten — jede dritte Ehe in Deutschland wird geschieden — für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für die Entwicklung unserer Kinder? Auf welchen Konsens können wir uns noch berufen, wenn über die Grundwerte dieser Gesellschaft gesprochen wird?

Unsere Gesellschaft scheint von einem sehr gegenläufigen Trend bestimmt zu sein. Viele Menschen leiden unter Anonymität, Distanz, menschlicher Beziehungslosigkeit insbesondere in den Großstädten. Sie suchen nach Nähe, Kontakt, nach festen sozialen Bindungen.

Aber andererseits stehlen sich viele allzuoft fort, wo es konkret wird, wo ihre Verantwortung für das Ganze gefordert ist. Nicht wenige entziehen sich der eigenen Pflicht zur Sorge und Vorsorge, der Verantwortung z.B. für die Angehörigen und auch für sich selbst.

Wir sind auf dem besten Wege, die Solidargemeinschaft zu überfrachten und letztlich aufzukündigen, wenn wir uns

nicht wieder auf den ursprünglichen Kern von Solidarität besinnen. Solidarität heißt: Die Gemeinschaft sichert jene Risiken und Lasten, die der einzelne nicht allein tragen kann. Aber erreichen unsere Sozialleistungen tatsächlich noch diejenigen, die darauf angewiesen sind? Oder sichern wir nicht mittlerweile, was viele in Eigenvorsorge leisten können?

Es gibt andererseits aber auch neue Risiken, die der einzelne nicht tragen kann, die ihn existenziell treffen und die wir deshalb solidarisch absichern wollen, das Pfliegerisiko zum Beispiel. Die Lösung darf aber nicht weiterhin darin bestehen, daß trotz steigenden Wohlstandes und gewachsener Leistungsfähigkeit des einzelnen die Sozialausgaben weitaus stärker steigen als das Bruttosozialprodukt. Diese Schere müssen wir wieder schließen, meine Freunde.

Wenn wir nicht wollen, daß diese Schere zwischen Ansprüchen und Leistungen weiter auseinanderklafft, wenn wir nicht wollen, daß wir eine Gesellschaft von Einzelkämpfern und Egoisten werden, dann müssen wir in der Sozialpolitik die Prioritäten neu bestimmen.

Das gilt auch für die Zukunft der Industriegesellschaft und unsere ökologische Verantwortung. Viele Menschen spüren ein Unbehagen, wenn sie die Kehrseite der Industriegesellschaft betrachten. Unser Wohlstand hat zwei Gesichter: soziale Sicherheit, Vielfalt des Konsums, materielle Absicherung von Freiheitswünschen auf der einen Seite, Ressourcenverschwendung, Verkehrsprobleme, Müll, Umweltschäden auf der anderen Seite. Hinzu kommt ein sicherlich nicht unbedeutendes schlechtes Gewissen gegenüber den unterentwickelten Ländern der Erde; denn wenn die reichen Länder die Märkte nicht öffnen und wenn wir sub-

ventionierte Exportkonkurrenzen nicht unterlassen, dann werden wir die Wohlstandsbarrieren zwischen den Armen und Reichen dieser Welt nicht überwinden können.

Wir wissen, und die Menschen spüren es: Wachstum kann nicht ins Unendliche gehen. Technischer Fortschritt bedeutet nicht immer Verbesserung, und moderne Technik hat auch Schattenseiten. Aufgabe der Politik ist es daher, auch die Grenzen aufzuzeigen. Ich nenne als Beispiele nur Genforschung, Großtechnologie, ethische Fragen der Medizin.

Gerade für uns Christdemokraten stellen sich die Fragen nach den Grenzen dessen, was der Mensch darf, um so schärfer, je mehr der Mensch kann.

Lassen Sie uns deshalb unsere Kreativität und die Durchsetzungskraft der Union auf die Frage lenken, wie wir die Soziale Marktwirtschaft ökologisch fortentwickeln können. Wir sind dabei, aber da sind erhebliche zusätzliche Anstrengungen erforderlich, vor allem im Blick auf die internationalen Zusammenhänge und im Blick auf die Länder der Dritten Welt.

Das Ende der Nachkriegsordnung ermöglicht und fordert von uns ein neues Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen einen völlig neuen Sicherheitsbegriff entwickeln, denn an Stelle der alten militärischen Bedrohungen des Ost-West-Konflikts sind neue Risiken und andere Unwägbarkeiten entstanden, neue, nicht kalkulierbare auch militärische Fragen, vor allem aber ganz andere Sicherheitsprobleme.

Unsere Sicherheit heute hängt davon ab, wie ethnische, religiöse und vor allem nationale Konflikte gelöst werden.

Unsere Sicherheit hängt davon ab, ob es uns gelingt, einen Beitrag zur Stabilisierung der neuen Demokratien in Mittel-

und Osteuropa zu leisten — unkalkulierbare Risiken für die Sicherheit, falls uns das mißlingt.

Unsere Sicherheit hängt davon ab, ob wir Armut und Hunger in der Welt wirksam bekämpfen, indem wir uns für eine weltweite Kultur der Solidarität einsetzen: Entwicklungszusammenarbeit als Bestandteil von Sicherheitspolitik.

Unsere Sicherheit hängt heute davon ab, ob wir die globalen Umweltzerstörungen stoppen können und wie auf der Welt Ressourcenkonkurrenzen ausgetragen werden: Umweltaußenpolitik als Bestandteil unseres neuen Verständnisses von Außenpolitik.

Wir sagen im Dresdner Manifest, die Welt wächst zusammen. Deutschland wird auch von den Entwicklungen in fernen Regionen nicht unberührt bleiben. Deswegen, meine Freunde, wäre die gewachsene Verantwortung Deutschlands in der Welt auch viel zu kurz gegriffen, wenn wir eine „out of area“-Diskussion auf militärische Fragen konzentrieren würden.

Das führt uns vielmehr zur globalen Verantwortung unserer Politik. Konflikte, Gewalt, Bürgerkriege, Armut, globale Umweltzerstörung berühren uns direkt, und zwar nicht nur, weil wir die Folgen von Not und Unterdrückung in Form von Flüchtlingswellen unmittelbar zu spüren bekommen. Vielmehr müssen uns diese Probleme betroffen machen, weil wir gerade als Christen berührt sind. In einer einheitlichen Welt kann es kein Refugium der Glückseligkeit geben.

Christliche Werte sind unteilbar. Sie gelten für alle Menschen dieses Planeten. Nur diese Unteilbarkeit unserer Grundwerte, die weltweite Achtung der Menschenrechte, eine global ausgerichtete Umweltpolitik, die internationale Solida-

rität ermöglichen letztlich die Entwicklungs- und Überlebenschancen für alle Menschen auf dieser Erde.

Dies, meine Freunde, ist die zentrale Herausforderung christlich-demokratischer Politik weit über unser Land hinaus, eben eine globale Aufgabe am Ausgang des 20. Jahrhunderts.

Wenn wir diese neuen Problemdimensionen erkennen und die damit verbundenen Herausforderungen ernst nehmen, dann kann deutsche Politik nicht lediglich im Fortschreiben scheinbar bewährter Politikmuster bestehen; Volker Rühle hat das heute morgen sehr deutlich unterstrichen. Es wird darauf ankommen, daß wir uns mit der gebotenen Aufrichtigkeit diesen neuen, von uns zum Teil noch nicht erkannten oder sogar verdrängten Tatsachen stellen.

Dazu müssen wir das in unserer Partei doch vorhandene Potential an Erfahrungen und Intellektualität ausschöpfen, die Sensibilität auch uns entfernt stehender kritischer Geister nutzen, denn gerade weil die Probleme dringlich sind, gilt es alle Stimmen zu hören, auch und gerade diejenigen, die unbequeme Kritiker sind.

Wir können uns dabei auf eine Wertebasis stützen, die letztlich den Umbruch in Europa bewirkt hat, auf eine Wertebasis, die den Aufbruch in die Zukunft bestimmen kann, auf das christliche Bild vom Menschen und die Grundwerte der abendländischen freien und sozialen Gesellschaft. Letztlich ist es das christliche Bild vom Menschen, das diesen Umbruch in Europa ermöglicht hat.

Auch deshalb kann das C für uns nicht zur Disposition stehen. Wir sind schließlich keine Anpassungsartisten, die nach

windschnittigen Marketingmodellen der zunehmenden Säkularisierung nachlaufen. Aber wir sind andererseits auch keine missionarischen Eiferer. Das C bleibt für uns vielmehr, wie Paul Mikat das vor einigen Tagen auf einer Veranstaltung der Grundsatzkommission formuliert hat, eine Last und ein Maßstab zugleich, an dem wir uns messen und messen lassen müssen. Das ist unsere ethische Grundlage für das politische Handeln von Christen und Nichtchristen in unserer Partei, in unserer Gesellschaft. Von diesem Maßstab her wollen wir versuchen, die Welt von morgen zu gestalten. Drei Dinge — nur drei Dinge — müssen wir beachten, wenn wir ein ehrliches Programm für die Zukunft schreiben wollen:

Erstens: Wir müssen die innen- und weltpolitische Herausforderung schonungslos, tabufrei analysieren. Das heißt, die Partei muß für die gesellschaftlichen Umbrüche und die ökologischen Probleme wahrnehmungsfähiger werden.

Zweitens: Wir müssen in der Partei mit unserer politischen Führung und umgekehrt dialogfähiger werden und nach außen hin offener, vor allem für Jugendliche und Frauen.

Drittens: Wir müssen den Bürgern zeigen, daß wir im Hinblick auf politische Fehlentwicklungen und auf Fehlentscheidungen offenfähig sind, und wir müssen ihnen offen sagen, was in den nächsten Jahrzehnten auf sie zukommen wird, soweit wir es denn wissen.

Nicht mehr, aber möglichst auch nicht weniger sollte das neue Programm leisten. Ob es gelingen wird, meine Damen und Herren, hängt von Ihnen allen ab, denn die Grundsatzdiskussion wird nur erfolgreich sein, wenn Sie alle sich daran beteiligen. Dazu möchte ich Sie herzlich einladen. ■

Helmut Kohl: Wenn wir gemeinsam zupacken, dann werden wir's schaffen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich darf nach der Tradition unserer Parteitage zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen machen. Ich darf auch von mir aus zunächst ein Wort des Dankes sagen. Der Parteitagspräsident, unser Freund Bernd Neumann, hat den vielen Mitarbeitern gedankt. Ich möchte das ganz bewußt auf alle Bürger dieser Stadt erweitern.

Wo gibt es eine Stadt in Deutschland, in der die Erinnerung an den Krieg und die schrecklichen Leiden der Menschen so lebendig ist wie hier in Dresden!

Aber hier ist auch die Erinnerung lebendig an das Wiedererstarken der demokratisch-freiheitlichen Idee. Wenn in irgendeiner Stadt in Deutschland der Ruf: nie wieder Diktatur, nie wieder Krieg! seinen Platz hat, dann hier in Dresden. Und wir sind dankbar auch für diese Erfahrung, die wir aus dieser Stadt mit nach Hause nehmen können.

Meine Damen und Herren, ein Weiteres kann man hier erfahren. Wenn man die Baukräne sieht, die Umbauarbeiten: Diese Stadt ist im vollen Umbruch wie die neuen Bundesländer insgesamt. Hier zeigt sich, was noch alles zu tun ist. Hier sieht man etwas von den Spuren und von den Narben der Geschichte auch der letzten 40 Jahre. Hier spürt man auch die Sorgen der Menschen etwa um Arbeitsplatz und Zukunft.

Aber man verspürt ebenso jenes andere, was ja glücklicherweise in den Umfragen, auch in den neuen Bundesländern, zum Jahresende deutlich wird: Den klaren Optimis-

mus und die Überzeugung der großen Mehrheit: Wir werden auch im nächsten Jahr ein gutes Jahr haben; es geht weiter aufwärts. Wenn wir gemeinsam zupacken, dann werden wir's schaffen!

Dieser Parteitag der CDU in Dresden war, wenn Sie zurückblicken auf die Serie der Bundesparteitage in den alten Bundesländern und auch den Vergleich zum ersten gesamtdeutschen Parteitag in Hamburg ziehen, anders — und das woll-

Aus dem Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

ten wir ja auch so. Wir wollten hier, außerhalb von Wahlzeiten, Standortbestimmung vornehmen, auch ein Stück Selbstbesinnung.

Wir haben die Chance genutzt, vor allem in den Foren, mit Gästen zu sprechen, mit solchen, die nicht selbstverständlich bei uns ihre politische Heimat haben. Und so ist dieser Parteitag auch ein offener Parteitag geworden. Es ist diskutiert worden, es sind Fragen gestellt worden, und es ist auch über die Notwendigkeit diskutiert und gesprochen worden, Prioritäten neu zu überdenken und damit Signale für die Zukunft zu geben.

Zukunft, liebe Freunde, das heißt für uns, als eine der großen Volksparteien — wir sind nicht allein; auch die anderen sind gefordert —, als eine der großen Volksparteien in Deutschland unseren Beitrag

zur inneren Einheit unseres Volkes zu leisten und uns nicht damit zu begnügen — denn das wäre ein Versagen vor der Geschichte —, daß wir uns „nur“ um die ökonomisch-sozialen Fragen kümmern — wobei diese auch entscheidend sind, gerade für den einzelnen und sein privates Glück.

Aber die Zukunft unseres Landes hängt ebenso davon ab, ob wir nach über 40 Jahren der Trennung innerlich zueinander finden, ob wir Geduld miteinander haben, ob wir auch einander zuhören.

Wer wie ich Gelegenheit hatte, im wichtigen Forum über die Vergangenheit die Gespräche zu erleben, wie die persönliche Betroffenheit aus den einzelnen herausbrach, der wird mir vielleicht zustimmen, wenn ich sage: Dies ist — so glaube ich — der richtige Umgang mit Geschichte, so kommen wir zum Miteinander: indem wir fair miteinander reden, fähig sind zusammenzurücken, Freundschaft und Kameradschaft zu finden.

Diese innere Einheit unserer Partei ist dann auch ein Beitrag zur inneren Einheit der Deutschen.

Wir nehmen für uns nicht in Anspruch, daß wir dabei besser sind als andere. Ich finde es nur eigentümlich, daß andere so tun, als hätten sie dieses Problem nicht; denn das zeigt ja nur, daß sie die geschichtliche Aufgabe eigentlich nicht begriffen haben.

Wir haben aber als die Partei, die sich stets und zu jedem Zeitpunkt der letzten Jahrzehnte zur deutschen Einheit bekannt hat, hier auch eine besondere Verpflichtung, ein Beispiel zu geben.

Wir haben gesagt — und ich will es wiederholen —: Es gibt im Umgang mit der Zeit der SED-Diktatur vor allem zwei

Prinzipien, die wichtig sind, nämlich das Prinzip der Wahrhaftigkeit — Verdrängen nützt niemandem —, aber auch das Prinzip des fairen Umgangs miteinander, des Sich-Hütens vor pauschalen Urteilen und vor Vorverurteilungen.

Dies — Wahrhaftigkeit und Fairneß — müssen unsere Einstellung sein. Zum Miteinander finden wir nur, wenn wir uns diesen Prinzipien entsprechend verhalten.

Das Dresdner Manifest, das wir verabschiedet haben, legt politische Prioritäten fest für die Zeit, die vor uns liegt, definiert Aufgaben, die jetzt vorrangig gelöst werden müssen.

Wir haben den Zwischenbericht unseres Freundes Göhner über die Diskussion zum Grundsatzprogramm gehört. Ich darf Sie noch einmal herzlich bitten, in ihre Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände diese Botschaft weiterzutragen: daß wir das ganze Jahr 1993 nutzen wollen zu einer sehr grundsätzlichen Diskussion unseres Standorts, damit wir uns dann — vermutlich im Februar 1994 — die Zeit nehmen und die Chance wahrnehmen, das neue Grundsatzprogramm auf einem Programmparteitag zu behandeln und gemeinsam zu beschließen.

Dies ist wichtig für die CDU in Deutschland, dies ist auch ein wichtiger Beitrag der deutschen CDU in der Familie der internationalen Christlichen Demokraten. Das gilt für die Weltgemeinschaft genauso wie für die Europäische Volkspartei, die Christdemokraten in Europa.

Ich habe es in meinem Eingangsreferat gesagt, und viele haben es aufgenommen, auch in der Diskussion auf den Foren: Es ist wichtig, daß wir dieses geistige Vakuum nach dem Zusammenbruch der

kommunistisch-sozialistischen Ideologie nicht nur registrieren, sondern daß wir unseren Beitrag zur Orientierung zu leisten versuchen — einen Beitrag, der nicht ganz einfach ist angesichts der vielen Suchenden. Denn es war eine in vielerlei Hinsicht komfortable Ideologie. Man konnte sich darin gleichsam einrichten, und die, die es vermochten, haben auch eine Weile daran geglaubt. Es war relativ einfach, Antworten zu geben.

Wofür ich dankbar bin — das war gestern abend, beim Sachsen-Abend, spürbar und bei vielen anderen Gelegenheiten —, ist die Begegnung mit alten und neuen Freunden. Ich habe es oft in Diskussionen gesagt, weil es mein eigenes Leben sehr geprägt hat: Eine politische Partei ist nicht eine Organisation, in die man einfach eintritt in der Annahme, das sei ein reiner Interessenverband. Das sind wir überhaupt nicht! Diese Partei muß immer auch unsere politische Heimat sein, in guten und in schlechten Tagen. Dazu gehört das Gefühl „Wir haben es gepackt!“ nach einer guten Wahl und das Gefühl der Erbitterung und Ernüchterung, wenn man eine Wahl verloren hat. Man muß miteinander feiern und miteinander leiden können in einer solchen Partei, dann ist sie Gemeinschaft!

Liebe Freunde, für dieses Gemeinschaftsgefühl bedeutete Dresden eine weitere Chance, auch weil wir räumlich vielleicht enger beieinander saßen und viel miteinander sprechen konnten, und dafür sind wir dankbar.

Wir haben Grund zum Selbstbewußtsein. Wir haben vieles leisten können im Dienst an unserem Land. Und gerade in diesen Tagen haben wir einen wegweisenden Beitrag geleistet zur Vereinigung Europas. Heimat, Vaterland und Europa, dieser Zusammenhang ist jetzt viel stär-

ker, als wir früher in unseren Träumen zu hoffen wagten.

Wir haben Grund zum Stolz auf das Geleistete, aber wir haben überhaupt keinen Grund zu Arroganz oder Überheblichkeit. Die Pflicht, in die wir gestellt sind, läßt es zu, daß wir mit Selbstvertrauen auf diese Leistungen blicken, verlangt von uns aber auch die Erkenntnis, daß noch viel zu tun ist, daß noch viel harte Arbeit zu leisten ist. — „Hart“, das möchte ich eigentlich zurücknehmen, denn in Zeiten wie diesen etwas erreichen zu können, ist auch ein Glück, auch wenn die Anstrengungen manchmal bis an die Grenzen des Menschenmöglichen gehen. Es ist ein Glück, etwas bewegen zu können. Für mich ist es ein Glück, heute sagen zu können, daß die Kroaten nicht alleingelassen werden.

Liebe Freunde, dieser Parteitag fand zu einem ungewöhnlichen Zeitpunkt statt, im Advent, wenige Tage vor Weihnachten. Das hat vielleicht auch unsere Möglichkeit zur Besinnung jenseits der Hektik des Alltags erhöht. Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, verbunden mit meinem Dank für Ihre Hilfe und Unterstützung im abgelaufenen Jahr, Ihnen allen zuzurufen: Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1992, aus der Sicht der CDU vor allem in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein.

Nun wollen wir mit der Gewißheit nach Hause zurückkehren, daß noch viel zu tun ist, daß wir aber die Kraft und, so denke ich, auch den Mut dafür haben und daß das Werk gelingen kann.

Wir schließen diesen Parteitag in Dresden mit dem Lied der Deutschen: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne. ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

In dieser Ausgabe:

- Helmut Kohl: Wir sind und bleiben die Partei der deutschen Einheit. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands. **Seite 9**
- Volker Rühle: Wir werden im nächsten Jahr eine Offensive der Parteiarbeit starten. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands. **Seite 29**
- Alfred Dregger: Die beste Aufarbeitung der Vergangenheit ist die Arbeit für die Zukunft. Bericht des Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. **Seite 36**
- Wolfgang Schäuble: Statt Selbstgerechtigkeit brauchen wir die Bereitschaft zum Verstehen. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. **Seite 41**
- Günter Rinsche: Die neuen Länder sind integraler Bestandteil der EG geworden. Aus dem Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments. **Seite 45**
- Erwin Teufel: Die Wahl am 5. April 1992 ist von großer Bedeutung für unser Land. **Seite 52**
- Ottfried Hennig: Wir hoffen, am 5. April wieder stärkste Partei in Schleswig-Holstein zu sein. **Seite 54**
- Generalsekretär Volker Rühle: Mit dem Dresdner Manifest stellen wir uns den neuen Aufgaben der deutschen Politik. Einbringung des Leittrahns des Bundesvorstands. **Seite 62**
- Reinhard Göhner: Wir müssen auf die drängenden Zukunftsfragen Antworten finden. Aus dem Zwischenbericht des Vorsitzenden der Grundsatzprogrammkommission der CDU. **Seite 73**
- Helmut Kohl: Wenn wir gemeinsam zupacken, dann werden wir's schaffen. Aus dem Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands. **Seite 77**

Im nächsten UiD bringen wir die Beschlüsse über die sonstigen Anträge.

UiD

39/40 1991

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung:  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.